RALF FÜCKS,
RAINALD MANTHE (HG.)

LIBERA-LISMUS NEU DENKEN

Freiheitliche Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

[transcript] X T E X T E

Ralf Fücks, Rainald Manthe (Hg.)
Liberalismus neu denken

X-Texte zu Kultur und Gesellschaft

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft



und die Open Library Community Politik 2022 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Vollsponsoren: Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitäts- und Landesbibliothek Bonn | Staats- und Universitätsbibliothek Bremen | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Frankfurt am Main | Justus-Liebig-Universität Gießen | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Technische Informationsbibliothek (TIB Hannover) | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Koblenz · Landau | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek der Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universität der Bundeswehr München | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg |Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Passau | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wuppertal | Vorarlberger Landesbibliothek | Universität Wien Bibliotheks- und Archivwesen | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Universitätsbibliothek St. Gallen | Zentralbibliothek Zürich

Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Bibliothek | Landesbibliothek Oldenburg | Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, Hochschulbibliothek | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschulbibliothek

Mikrosponsoring: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Ralf Fücks, Rainald Manthe (Hg.)

Liberalismus neu denken

Freiheitliche Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

[transcript]

Dieser Band wurde ermöglicht durch eine Förderung der Friede-Springer-Stiftung und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, denen wir ganz herzlich für ihre Unterstützung danken.

friede springer stiftung





Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Lektorat & Korrektorat: Nila Sarabi und Lara Schauland
Satz: Jan Gerbach, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-6319-8
PDF-ISBN 978-3-8394-6319-2
EPUB-ISBN 978-3-7328-6319-8
https://doi.org/10.14361/9783839463192
Buchreihen-ISSN: 2364-6616
Buchreihen-eISSN: 2747-3775

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *https://www.transcript-verlag.de*
Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter *www.transcript-verlag.de/vorschau-download*

Inhalt

II Liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Liberalismus neu denken. Eine Einleitung

Ralf Fücks & Rainald Manthe

Demokratie lässt sich heute nur noch als liberale Demokratie denken. Die Schimäre der »illiberalen Demokratie« ist nur Tarnung auf dem Weg in den Autoritarismus. Ideengeschichtlich bildet der Liberalismus als breite politisch-philosophische Denkströmung die Grundlage der modernen Demokratie. Er hat Gewaltenteilung und Rechtsstaat, eine ständige Ausweitung politischer Partizipation und eine aktive Bürgergesellschaft befördert. In seinem Zentrum steht das Postulat der gleichen Freiheit aller und die normative Idee der Menschenrechte. Beide sind subversive Postulate gegenüber Verhältnissen, in denen sie nicht eingelöst sind. Auch die Vorstellung einer durch das Recht geregelten internationalen Ordnung geht auf liberale Denker zurück. Der Liberalismus ist so tief vorgedrungen, dass wir die Begriffe »liberale Demokratie« und »Demokratie« heute beinahe synonym benutzen.

Die liberale Demokratie ist bedroht

Die Erfolgsgeschichte des Liberalismus ist allerdings keine Garantie für die Zukunft. Die liberale Demokratie ist umkämpft. Im Inneren ist sie durch populistische Parteien und Bewegungen bedroht, die sie als Deformation des »echten« Volkswillens attackieren. Während die Hochzeit der AfD in Deutschland (vorerst) vorbei zu sein scheint, konkurrierten im Nachbarland Frankreich bei den Präsidentschaftswahlen 2022 gleich mehrere populistische Kandidaten und Kandidatinnen um das höchste Staatsamt. Auch in den USA ist die populistische Gefahr nicht gebannt. Dort hat die politische und kulturelle Polarisierung ein Ausmaß erreicht, das kaum noch eine Rückbesinnung auf demokratische Gemeinsamkeiten ermöglicht. In einigen ost-

mitteleuropäischen Staaten regieren Parteien, die den Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Medien untergraben.

Von außen wird die liberale Demokratie durch immer selbstbewusster auftretende autoritäre Mächte bedroht, allen voran China und Russland. Wir befinden uns inmitten einer neuen Systemkonkurrenz mit autoritären Staaten. In China ist ein neuer Typus eines High-Tech-Autoritarismus entstanden, der totalitäre Herrschaftsmethoden mit ökonomischer Dynamik, technischer Innovation und digitaler Überwachung verbindet.

Während wir diese Zeilen schreiben, führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, wie ihn Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat. Putins Feldzug gegen eine unabhängige, demokratische und europäische Ukraine ist zugleich ein Angriff auf die liberale Demokratie. Nichts fürchten die Herrschenden im Kreml mehr als ein Überspringen des Geists der Freiheit auf Russland.

Der eklatante Bruch des Völkerrechts und die enthemmte Gewaltpolitik eines ständigen Mitglieds des UN-Sicherheitsrats markieren eine tiefe Zäsur. Putins Krieg hat die liberalen Demokratien aufgeweckt. Deutschland fährt seine Verteidigungsausgaben hoch und steigt aus der lange gehegten Energiepartnerschaft mit Russland aus. Die Europäische Gemeinschaft rückt enger zusammen, das transatlantische Bündnis wird neu belebt.

Was sind Demokratien bereit zu tun, um sich gegen ihre Feinde zu verteidigen? Diese schon fast vergessene Frage lässt sich nicht länger beiseiteschieben. Freiheit gibt es nicht umsonst, sie muss immer wieder neu errungen und verteidigt werden. Die Ukraine zahlt gerade den höchsten Preis – auch, weil der Westen zu lange zögerte, Putins Revanchismus entgegenzutreten.

Herausforderungen der 2020er Jahre

Damit nicht genug. Die 2020er werden ein Jahrzehnt des Umbruchs. Zum neuen Systemkonflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus kommen weitere fundamentale Herausforderungen:

Die größte ist wohl der *Klimawandel*. Es bleibt offen, ob die Destabilisierung des Erdklimas in eine Art ökologisches Notstandsregime führt oder ob es in einer globalen Kraftanstrengung gelingt, den Klimawandel durch eine neue Welle grüner Investitionen und Innovationen aufzuhalten. Eine

vorrangig auf Einschränkungen und Frugalismus setzende Politik wird den Klimawandel bestenfalls verzögern, aber die Demokratie gefährden.

Die *digitale Revolution* beeinflusst alle Bereiche unseres Lebens. Sie verändert dramatisch die Arbeitswelt wie auch die öffentliche Kommunikation und die Art, wie Politik gemacht wird. In letzter Konsequenz stellen Künstliche Intelligenz und die fortschreitende Automatisierung komplexer Tätigkeiten die Dominanz des Menschen über die Maschinenwelt infrage. Digitale Technologien haben ein großes Freiheitspotential, das sich aber auch in sein Gegenteil wenden kann, wie der chinesische Hightech-Autoritarismus zeigt.

Westliche Gesellschaften werden *sozial und kulturell immer heterogener*. Dieser Prozess nimmt durch globale Migration noch einmal zu. Wie lässt sich in so diversen Gesellschaften sozialer Zusammenhalt und republikanische Gemeinsamkeit herstellen? Wie können wir gleiche Rechte und Chancen für alle gewährleisten und vermeiden, dass die Gesellschaft in identitäre, selbstbezügliche Gruppen zerfällt?

Die Beiträge dieses Bandes stehen noch unter dem Eindruck der *Covid-19-Pandemie*. In vielen Ländern – nicht nur in China mit seiner Null-Covid-Strategie – wurden drastische Maßnahmen ergriffen, um die Pandemie einzudämmen. Individuelle Freiheiten wurden im Interesse aller eingeschränkt. Heute wird in Deutschland heftig über eine Impfpflicht gestritten. Was tun, wenn der Appell an Eigenverantwortung und Solidarität nicht ausreicht? Wieweit ist die Einschränkung von Grundrechten legitim oder sogar geboten, um Leben und Gesundheit aller zu schützen? Weitere Gesundheitsgefahren – etwa eine wachsende Resistenz gegen Antibiotika und damit verbundene neue Pandemien – klopfen bereits an die Tür.

Auch die *Rolle des Staates* wandelt sich. Wenn die Welt aus den Fugen gerät, ist der Staat gefordert. Er rückt wieder als kollektive Instanz der Gefahrenabwehr in den Blick. Darin liegt auch die Gefahr der Überschätzung und Überforderung. Demokratische Resilienz erfordert mehr als einen handlungsfähigen Staat. Sie braucht funktionierende Märkte und eine engagierte Zivilgesellschaft. Das wird gerade wieder an der großen Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter deutlich. Markt, Staat und Zivilgesellschaft müssen zusammenspielen, um die liberale Demokratie zukunftsfest zu machen.

Liberalismus unter Beschuss

Es scheint, als habe der zeitgenössische Liberalismus zu diesen zentralen Herausforderungen wenig zu sagen. Auch deshalb ist er vielfach in die Defensive geraten. Von seinen Gegnern wird er oft und gern mit Marktradikalismus, Egoismus, sozialer Kälte und ökologischer Ignoranz assoziiert. Manche Kritikerinnen und Kritiker werfen ihm vor, den Geltungsanspruch liberaler Prinzipien überdehnt zu haben. Andere hegen den Verdacht, der Liberalismus habe sein emanzipatorisches Potential verloren und sei zur bloßen Verteidigung der Privilegien der Privilegierten verkümmert. Das Beharren auf individueller Freiheit, die liberale Staatsferne und die Skepsis gegenüber Gemeinschaftsutopien gelten als nicht mehr zeitgemäß.

Wir sind überzeugt: Der Liberalismus als Denkrichtung ist nicht tot, aber er braucht eine profunde Erneuerung. Diese selbstkritische Erneuerung muss sich über die gegenwärtigen Bedingungen von Freiheit verständigen, und sie muss liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben.

Was will dieses Buch?

Der Liberalismus ist eine vielfältige, sich ständig erneuernde Denkströmung. Sie reicht weit über die Parteien hinaus, die »liberal« oder »Freiheit« im Namen tragen. Es gibt freiheitlich denkende Akteure in allen demokratischen Parteien und fast allen gesellschaftlichen Milieus. Allerdings sind die Bedingungen der Freiheit im 21. Jahrhundert andere als in der Frühzeit des Liberalismus und wiederum andere als in seiner jüngsten Blütezeit in den Wendejahren 1989/90. Der Liberalismus darf die Suche nach Identität und Gemeinsamkeit nicht der politischen Rechten, die soziale Gerechtigkeit nicht der Linken und die Ökologie nicht allein den Grünen überlassen. Er muss eigene, liberale Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit finden. Um diese selbstkritische Erneuerung des Liberalismus geht es im ersten Teil unseres Bandes.

Der zweite Teil diskutiert liberale Antworten auf die großen Probleme der 20er Jahre: den Klimawandel, die Globalisierung, die digitale Revolution, die transnationale Migration. Welche Infrastrukturen brauchen Demokratien? Wie sollten Liberale auf das wachsende Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität in einer sich rasant verändernden Welt reagieren? Wie muss das Verhältnis von Staat, Markt und bürgerlicher Selbstverantwortung neu bestimmt werden?

Die Texte

Unser Band versammelt Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft, die sich auf verschiedene Weisen als liberal verstehen. Dass der Liberalismus unterschiedliche Perspektiven auf die Verwirklichung von Freiheit einnimmt, wird auch an ihren Beiträgen deutlich.

I Liberalismus im 21. Jahrhundert

Timothy Garton Ash spricht sich für eine neue liberale Agenda aus. Ein erneuerter Liberalismus muss sich mit seinen blinden Flecken und Verkürzungen auseinandersetzen, er muss das traditionelle Erbe wie die Redefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz gegen den neuen Autoritarismus verteidigen und Antworten auf die neuen Herausforderungen geben.

Rainer Hank wendet sich gegen eine reine Verteidigung der Demokratie. Liberalismus und Demokratie, meint er, seien nicht immer dasselbe. Wichtig sei, den Liberalismus und damit die liberale Demokratie zu verteidigen. Jetzt muss für eine liberale Toleranz gestritten und wehrhaft mit den Gegnern umgegangen werden.

Michael Zürn beleuchtet das Spannungsverhältnis zwischen Globalisierung und liberaler Demokratie. Die Erwartung, dass die ökonomische Globalisierung den Siegeszug der Demokratie befördert, hat sich als Illusion entpuppt. Vielmehr hat sie zu wachsenden Konflikten in den westlichen Demokratien geführt und zugleich den globalen Aufstieg des autoritären Populismus befördert.

Karolina Wigura plädiert dafür, einer »Politik der Gefühle« wieder mehr Raum zu geben. Während populistische Bewegungen und Parteien vor allem das Gefühl der Angst kapitalisieren, versagen Liberale dabei, mit Gefühlen progressive Politik zu machen.

»Neoliberalismus« ist ein schillernder Begriff. Vielfach wird er als Grund allen Übels gegen liberales Denken und Politik in Stellung gebracht. *Stefan Kolev* zeichnet in seinem Beitrag die Geschichte und Bedeutung dieses Begriffs nach und plädiert dafür, dass der Liberalismus sich immer wieder erneuern muss, also stetig neue Neoliberalismen benötigt.

Ein Leben in Furcht macht unfrei. *Amichai Magen* plädiert in Anlehnung an Judith Shklar für einen »Liberalismus der Furcht«, der verhindert, dass Furcht zur dominierenden Stimmungslage wird.

Jacques Rupnik erkundet mit seinem Text, warum sich in einigen Ländern Ost-Mitteleuropas ein fruchtbarer Boden für illiberale, autoritäre Parteien entwickelt hat. Demografische Panik, schwach ausgeprägte liberale Traditionen, soziale Diskrepanzen sowie eine kulturelle Definition nationaler Identität bilden ein spezifisches Gemisch, das nationalpopulistische Parteien begünstigt.

Christoph Möllers zeigt, dass Individualität nur als soziale Leistung zu verstehen ist. Freiheit ist an gesellschaftliche Bedingungen geknüpft, die erlernt und bewahrt werden müssen. Das erfordert gemeinsames Handeln als Medium der Freiheit. Ein moderner Liberalismus muss sich vor allem in Situationen bewähren, in denen Menschen die Freiheit, ihr Leben selbstständig zu gestalten, verwehrt wird.

Freiheit und Gerechtigkeit werden in der öffentlichen Diskussion häufig als konkurrierende Grundwerte gehandelt. Demgegenüber zeigt *Karen Horn* in ihrer Reise durch die Ideengeschichte, dass Gerechtigkeit für liberale Denker ein zentrales Konzept ist.

Auch Ökologie und Freiheit erscheinen oft als Gegensätze. Gerade jetzt, da der Klimawandel eine drastische Reduktion von Treibhausgasemissionen erfordert, werden Rufe nach Freiheitseinschränkungen lauter. *Ralf Fücks* plädiert demgegenüber für die Innovationsfähigkeit von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft und umreißt die Potentiale einer ökologischen Moderne.

II Liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Demokratie baut auf eigenen Infrastrukturen auf: Parlamente, Parteien und unabhängige, professionelle Medien. *Jan-Werner Müller* plädiert dafür, auch die digitalen Infrastrukturen der Demokratie – vor allem soziale Medien und Software – stärker zu demokratisieren, damit sie die aktive Teilhabe Vieler unterstützen.

Die Coronapandemie ist eine Bewährungsprobe für den Liberalismus. *Sabine Döring* diskutiert anhand der Frage einer allgemeinen Impfpflicht, wie Freiheit und Gemeinwohl miteinander in Verbindung gebracht werden

können. Sie knüpft damit an Christoph Möllers an: Freiheit vollzieht sich immer nur im Kontext eines Gemeinwesens.

Demokratie muss wehrhaft sein. *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* begründet, weshalb der Liberalismus sich entschieden dem Rechtspopulismus entgegenstellen muss. Liberale müssen einen Weg zwischen radikalem Individualismus und falscher, gesellschaftliche Konfliktlinien verleugnender Einmütigkeit finden.

Ralf Fücks plädiert in einem weiteren Beitrag für »Eigentum für alle« als Grundlage einer liberalen Bürgergesellschaft: Wohneigentum und eine breite gesellschaftliche Beteiligung an Unternehmen erweitern Freiheitsgrade und ermöglichen mehr ökonomische Mitbestimmung.

Daniela Schwarzer analysiert die neue Systemkonkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritären Mächten, allen voran China und Russland. Sie zeigt, dass Demokratien nach innen wie nach außen handlungsfähig sein müssen und entwirft mögliche Antworten auf EU-Ebene, damit liberale Demokratien sich behaupten können.

Die gesellschaftliche Zustimmung zu Migration und Integration wächst. Wie kann man gelingende Integration politisch gestalten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken? *Cornelia Schu* gibt fünf Antworten.

Achim Wambach zeigt, dass es Lösungen jenseits von Staatseigentum gibt, um wichtige öffentliche Infrastrukturen zu organisieren. Mit »klugem Marktdesign« lassen sich Mobilfunk- oder Energiemärkte im Interesse des Gemeinwohls regulieren.

Gabriel Felbermayr plädiert für mehr statt weniger Freihandel. Auch die Dämpfer durch die Coronapandemie sieht er nur als vorübergehend an. Staaten sollten wieder stärker auf Freihandel im Rahmen vereinbarter Spielregeln setzen, statt wohlstandsmindernde und innovationshemmende Handelsbarrieren aufzubauen.

Alexandra Borchardt argumentiert, dass Digitalisierung eine erneuerte Ethik braucht. Wir müssen, so ihr Apell, die digitale Welt gestalten, statt uns von ihr gestalten zu lassen. Das wird zu einer Grundfrage der Demokratie.

Christopher Gohl spricht sich für eine neue Demokratiepolitik aus. Damit die liberale Demokratie lernfähig und lebendig bleibt, muss Demokratiepolitik Wege zwischen technokratischer Elitenherrschaft und anti-institutionellem Populismus finden.

Im abschließenden Beitrag argumentieren *Ralf Fücks und Rainald Manthe*, dass Menschen in Zeiten rasanten Wandels ein grundständiges Maß an

Sicherheit brauchen. Am Beispiel eines Bildungsgrundeinkommens, das ein Bürgerrecht auf Weiterbildung finanziell und institutionell absichert, zeigen wir, wie erweiterte individuelle Freiheitsgrade und Bewältigung des Strukturwandels zusammengehen können.

Danksagung

Dieser Band war nicht möglich ohne die Unterstützung vieler Menschen und Institutionen. Zuerst zu nennen sind die Friede-Springer-Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, die das Projekt finanziell unterstützt und uns darin ermutigt haben, dass ein erneuerter Liberalismus nötig ist, um unsere Demokratie weiterzuentwickeln. Ute Schweitzer und Anna Hofmann, die das Projekt wertschätzend und flexibel begleitet haben, danken wir sehr.

Auch unseren Autorinnen und Autoren sind wir zu großem Dank verpflichtet. Sie sind auf Anregungen eingegangen und haben sich auch über kurze Deadlines nicht beschwert. Ihre Ideen und Texte tragen das Buch und bereichern die Debatte. Gemeinsam mit ihnen zur Diskussion über einen erneuerten Liberalismus beizutragen ist uns eine Ehre und Freude.

Beim transcript Verlag hat Linda Dümpelmann uns stets unterstützt, auch schwierige Fragen gelöst und maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Band schnell erscheinen konnte.

Last but not least gilt unser Dank Nila Sarabi, Lara Schauland und Marius Drozdzewski, die das Projekt beim Zentrum Liberale Moderne begleitet und zu seinem Erfolg beigetragen haben.

I Liberalismus im 21. Jahrhundert

Neue Lösungen für neue Probleme: Warum (und wie) sich der Liberalismus im 21. Jahrhundert neu erfinden muss

Timothy Garton Ash

Demokratie ohne Freiheit

Rainer Hank

Wladimir Putins Angriff auf die Ukraine sei ein Angriff auf den Westen, so hört man es oft.[1] Deshalb gelte es jetzt, die »westlichen Werte« zu verteidigen, mithilfe von Wirtschaftssanktionen und, wenn es sein muss, auch mit Waffen.

Was sind westliche Werte? »Die Demokratie«, sagen viele. Aber Demokratie kennt viele Spielarten, nicht alle passen uns. Sie ist nicht mehr als ein Verfahren zur Legitimation einer Regierung durch das Volk. Das Volk kann auch Schurken wählen. Das ist dann nicht schön, aber immer noch Demokratie. Viktor Orbán, der ungarische Regierungschef, ist stolz auf seine »illiberale Demokratie«. Liberalismus hasst er, Demokratie mag er: Die Stimmen der Wähler stabilisieren seine Macht. Mit demokratischen Mitteln und einem ihn begünstigenden Wahlrecht hat Orbán sich zum Autokraten gewandelt. Seine Fidesz-Partei hat im April erneut die absolute Mehrheit im Parlament errungen.

Liberalismus und Demokratie werden oft synonym verwendet. Das ist falsch. Wenn es um die Verteidigung westlicher Werte geht, dann sollte es um liberale Werte gehen. Die sind das Erbe der (west)europäischen Aufklärung. Den Liberalismus würde ich mit Zähnen und Klauen verteidigen. Ob ich die Demokratie stets verteidigen würde, kommt darauf an. China und Nordkorea haben beide autokratische Regime, die sich »Volks«-Republiken nennen. Wenn der indische Premierminister Narendra Modi in seinem Land einen hinduistischen Nationalismus installiert, hat er nicht die Demokratie verraten, den Liberalismus aber schon. Wenn Polens Regierung unliebsame Richter auswechselt und die staatsunabhängige Presse stumm schaltet, ist

---

1 Der Beitrag erschien zuerst am 03. April 2022 verfasst von Rainer Hank in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

das kein Verstoß gegen die Demokratie, aber ein schwerer Schlag gegen die Rechtsstaatlichkeit.

Sind totalitäre Systeme zum Scheitern verurteilt?

Man kann noch weiter gehen: Liberalismus hält demokratische Regierungen in Schach gegen deren Anfälligkeit, sich von Populismus und Nationalismus verführen zu lassen. Gewaltenteilung relativiert die Macht der Exekutive, schützt Minderheiten gegen demokratische Mehrheiten. Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ist »klassischer Liberalismus« ein Instrument, »in pluralistischen Gesellschaften Toleranz friedlich zu managen«. Die zentralen Ideen heißen Freiheit, Toleranz und Respekt vor der persönlichen Autonomie. Diese Werte muss eine Regierung garantieren, die ihrerseits durch das Recht diszipliniert wird und dieses auch respektiert. Der Rechtsstaat sichert das Privateigentum, die Vertragsfreiheit und freie Märkte: Nichts davon darf eine demokratisch gewählte Regierung über Bord werfen. Liberalismus ohne Marktwirtschaft geht nicht. Demokratie ohne Liberalismus geht. Ob Liberalismus ohne Demokratie geht, ist umstritten.

Dass der Liberalismus allenthalben auf dem Rückzug ist, lässt sich nicht übersehen. Der amerikanische Think-Tank »Freedom House« subsumiert für das Jahr 2020 nur noch 20,3 Prozent der Regierungen der Welt unter »frei«, etwa Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Südafrika. 41,3 Prozent sind »nicht frei«, dazu zählen Russland, China und Venezuela. 38,4 Prozent sind »teilweise frei«, zum Beispiel die Ukraine, Ungarn, Singapur und Indien.[2] Verglichen mit dem Jahr 2005, sind die Veränderungen in Richtung Illiberalität dramatisch: Damals zählten 46 Prozent der Staaten als »frei« und 31,1 Prozent als »teilweise frei«.[3]

Für Francis Fukuyama müssen diese Fakten eine tiefe Kränkung sein. Im Sommer 1989, noch vor dem Mauerfall, wurde er weltberühmt mit einem einzigen Zeitschriftenartikel, der die Überschrift »Das Ende der Geschich-

2 Vgl. Freedom House: »New Report: The global decline in democracy has accelerated«, Pressemitteilung vom 3.3.2022. https://freedomhouse.org/article/new-report-global-decline-democracy-has-accelerated

3 Vgl. Freedom House: »Freedom in the World 2005. The annual survey of political rights & civil liberties«, New York: Rowman & Littlefield Publishers, Inc 2005.

te?« trug.[4] Drei Jahre später wurde daraus ein Buch, der Titel blieb stehen, bloß das Fragezeichen war verschwunden. Das war dann doch etwas voreilig, wie wir heute wissen. Fukuyamas damalige These: Kommunismus und Faschismus stellten keine politischen Alternativen mehr dar, der Weg sei frei für eine liberale Demokratie, ein irdisches Paradies der Freiheit. Totalitäre Systeme seien zum Scheitern verurteilt, weil sie der liberalen Grundidee widersprechen. Ein bisschen naiv war das schon damals, nach dem Motto: Das Gute setzt sich am Ende durch.

Streit für liberale Toleranz

Wohlfeil ist indessen die Häme, die sich seither über Fukuyama ergossen hat. Nichts ist produktiver als ein Irrtum von Format. Fukuyama arbeitet sich bis heute an seinem Fehlurteil ab. Sein gerade erschienenes neuestes Buch trägt den Titel »Liberalism and its discontents« (»Liberalismus und seine Zumutungen«).[5] Es wurde vor Ausbruch des Ukrainekrieges abgeschlossen, hat aber an Brisanz noch einmal gewonnen. Die These, salopp gesprochen: Der Liberalismus ist auch nicht mehr das, was er einmal war. Fukuyama äußert den Verdacht, dass der Liberalismus Mitschuld trage an der schwindenden Zustimmung zu den Werten der Freiheit und dem Siegeszug der Populisten und Autokraten.

Wie das? Einerseits hätten »dogmatische Neoliberale« (Ökonomen wie Gary Becker oder Milton Friedman) aus der Idee freier Märkte eine Art absoluter Religion gemacht. Sie hätten Krisen des Kapitalismus nicht verhindert und zugelassen, dass in vielen Ländern die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen unanständig und unerträglich geworden sei. Zugleich sei von den »Linksliberalen« die Idee der Toleranz und freien Rede als Privileg zum Machterhalt weißer Männer ideologiekritisch dekonstruiert worden. Aus dem liberalen Auftrag, Ambiguität auszuhalten, wurde eine dogmatische Identitätspolitik, eine Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Kurzum: Wenn der Liberalismus selbst kein gutes Beispiel mehr gibt, braucht man sich nicht zu wundern, dass Machthaber allerorten sich von ihm abwenden.

---

4 Fukuyama, Francis: »The End of History?«, in: The National Interest No. 16 (1989), S. 3-18.

5 Fukuyama, Francis: Liberalism and Its Discontents, London: Profile Books 2022.

Über Fukuyamas Thesen lässt sich streiten. Das macht sie wertvoll. Sie dienen erkennbar auch der Legitimation der Tatsache, dass die Weltgeschichte nicht auf Fukuyamas These gehört hat. Ich bezweifle, dass Putin, Orbán und Erdogan sich zum lupenreinen Liberalismus bekennen würden, wäre die Vermögensungleichheit in Amerika geringer und die LGBTQ-Bewegung weniger lautstark. Trotz seiner moralphilosophischen und ökonomischen Überlegenheit war der Liberalismus für seine Gegner immer schon dekadent, wurde der Kapitalismus von ihnen immer schon als plutokratisch verunglimpft.

Denen, die sich den Werten der Aufklärung verpflichtet fühlen, bleibt wohl nur, künftig noch entschiedener für liberale Toleranz zu streiten – und die Aporie zu ertragen, dass es keine Toleranz denen gegenüber geben darf, die ihre Politik auf Intoleranz, Krieg und Vernichtung gründen.

Globalisierung und demokratische Regression

Michael Zürn

Die Globalisierung hat zum vorübergehenden Triumph der Demokratie geführt. Sie brachte die Abschottungsstrategie der sozialistischen Welt von der Dynamik kapitalistischer und demokratischer Gesellschaften zum Scheitern. Sie erhöhte den Erneuerungsdruck in diesen Gesellschaften und brachte sie letztlich zum Einstürzen. Ohne Globalisierung hätte es kein 1989 gegeben.[1]

Die Globalisierung hat aber gleichzeitig erst die neuen Gegner der liberalen Demokratie hervorgebracht und gestärkt. Sie hat zum einen durch den Export von Kapital und Wissen zur ökonomischen Dynamisierung von Regionen geführt, die angesichts der Herausforderungen der nachholenden Entwicklung lange Zeit scheiterten. Vor allem Ostasien hat von der Globalisierung profitiert und einen eigenen Weg in die wohlhabende Moderne gefunden. Zunächst konnte dieser Prozess in Gesellschaften beobachtet werden, die sich im Zuge ihrer ökonomischen Dynamik auch demokratisierten. Nach 1989 bewies aber insbesondere China, dass es keinen engen Zusammenhang zwischen erfolgreicher kapitalistischer Entwicklung und Demokratie zu geben braucht. Die Globalisierung ermöglichte also auch die Erfolgsgeschichte eines autokratischen politischen Systems wie China. Spätestens seit der Finanzkrise erwächst der liberalen Demokratie westlicher Provenienz eine ordnungspolitische Konkurrenz, die im Gegensatz zum real existierenden Sozialismus beides ist: anders und erfolgreich.

---

1 Dieser kurze Beitrag beruht auf einer breit angelegten Untersuchung, die unter dem Titel »Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus« (Berlin: Suhrkamp 2021) erschienen ist.

Globalisierung hat auch die neuen Gegner der liberalen Demokratie hervorgebracht

Sie ist anders, weil sie die Entfaltung ökonomischer Marktdynamiken explizit nicht an die Institutionen der liberalen Demokratie koppelt und damit die scheinbar unauflösbare Verbindung von Markt und Demokratie infrage stellt. Sie ist erfolgreich, weil sich die autoritär regierenden Eliten in Ländern wie China und Singapur nicht ohne Weiteres als eigensüchtige Despoten abtun lassen. Ihre Politik hat eine erkennbare Gemeinwohlkomponente und kann dabei auf erhebliche Fortschritte insbesondere bei der Armutsbekämpfung verweisen. Aber auch bei der Pandemiebekämpfung haben sie sich als erfolgreicher erwiesen als die westeuropäischen und nordamerikanischen Länder. Diese Staaten zeigen, dass gesellschaftlicher Fortschritt möglich ist – und dies ohne die demokratische Kontrolle der Machthabenden und der Garantie von Individualrechten, verbunden mit weitreichenden Überwachungs- und Belohnungssystemen. Damit wird die insbesondere nach 1989 vertretene Vorstellung von der Alternativlosigkeit der liberalen Demokratie untergraben. Wenn China heute in Teilen des Globalen Südens als ordnungspolitische Alternative gesehen wird, dann ist die Frage nach der richtigen politischen Ordnung wieder auf der globalen Tagesordnung.

Rasanter Wandel hat die Gegner der liberalen Demokratie gestärkt

Die Globalisierung hat zudem auch die inneren Gegner der liberalen Demokratie gestärkt. Sie führte innerhalb der westlichen Welt zu einer dramatischen Zunahme an kultureller Diversität, zu wachsender ökonomischer Ungleichheit und zur Entfremdung von Teilen der Bevölkerung von einer als abgehoben wahrgenommen politischen Klasse. Das sind die Entwicklungen, die den Aufstieg der Populisten möglich gemacht haben. Damit sind die Parteien und politischen Bewegungen gemeint, die für sich reklamieren der einfachen Bevölkerung im Namen der Demokratie wieder eine Stimme zu verleihen, aber gleichzeitig eine grundlegende Gefahr für die liberale Demokratie darstellen. Der gegenwärtige Populismus ist nämlich vorrangig ein *autoritärer* Populismus. Es handelt sich um eine politische Ideologie, die auf eine entprozeduralisierte Form der Mehrheitsrepräsentation baut und sich

nationalistisch gegen »liberale kosmopolitische Eliten« wendet. Der Topos *our nation first* bringt den Nationalismus zum Ausdruck. Die Entprozeduralisierung verweist auf die Ablehnung des demokratischen Streites über das, was richtig ist. Es muss nicht ausgehandelt werden, was das Richtige ist. Es steht fest. »Er weiß, was wir wollen« stand auf einem Wahlplakat der Freiheitlichen Partei Österreichs mit Blick auf H.C. Strache.

Autoritär-populistische Parteien haben in fast allen liberalen Demokratien in Westeuropa ein Wählerpotential von circa 20 Prozent der Stimmen. Viel wichtiger noch: Ein erheblicher Anteil der Weltbevölkerung wird von autoritären Populisten regiert. Die bekanntesten Namen sind: Jair Bolsonaro, Recep Tayyip Erdoğan, Lech Kaczyński, Nicolás Maduro, Narendra Modi, Viktor Orbán, Wladimir Putin und bis vor kurzem allen voran Donald J. Trump. Das sind fast alles große Länder, was den autoritären Populismus so wirkmächtig für die internationale Ordnung macht. Der autoritäre Populismus hat sich in relativ kurzer Zeit global ausgebreitet.

Der autoritäre Populismus ist global verbreitet

Dort wo die autoritären Populisten an die Macht gekommen sind, erleben wir ein *democratic backsliding.* In all den acht angesprochenen Ländern (Brasilien, Türkei, Polen, Venezuela, Indien, Ungarn, Russland und den USA) zeigt das Göteborger Demokratiebarometer V-Dem deutliche Verschlechterungen in der Demokratiequalität. Dabei hat sich die Qualität der demokratischen Regierungsform auch in vermeintlich konsolidierten Demokratien verschlechtert. War der Verfall der Demokratie lange Zeit etwas, das aus der Perspektive von Westeuropäerinnen nur in fernen Ländern stattfand, kommen die Einschläge nun näher. Nicht nur in Venezuela oder Brasilien, sondern auch in den USA und Polen hat sich die Demokratie in den letzten zehn Jahren deutlich verschlechtert. In manchen dieser Länder besteht die Hoffnung, dass ein Regierungswechsel eine Trendumkehr bringen wird; wo aber die liberale Demokratie bereits durch eine elektorale Autokratie ersetzt worden ist, wird auch die Abwahl der Regierung immer unwahrscheinlicher.

Entscheidend für die weitverbreitete Entfremdung von der Demokratie sind Veränderungen in der Funktionsweise der Demokratie. Die bisherige Diskussion hat stark auf die ökonomischen und kulturellen Ursachen des autoritären Populismus abgehoben. Zwar spielt sicherlich die wachsende

Ungleichheit in den reichen Ländern eine Rolle und zum Teil lässt sich auch ein kultureller *backlash* beobachten, zentral ist jedoch die politische Frage. Ökonomische und auch kulturelle Erklärungen gehen davon aus, dass die Menschen mit spezifischen Politiken unzufrieden sind und sich deshalb den autoritär-populistischen Parteien zuwenden. Umfragen zeigen aber, dass der Unzufriedenheit zumeist eine Systemkritik an der politischen Klasse und den etablierten Volksparteien zugrunde liegt. Die ökonomische Zufriedenheit ist hingegen relativ hoch und die Gleichstellungspolitiken finden eine breite Unterstützung.

Menschen fühlen sich in der Demokratie nicht mehr wahrgenommen

Die politische Erklärung besagt, dass es die Unzufriedenheit mit dem politischen System ist, die von den autoritären Populisten für ihre Zwecke instrumentalisiert wird. Zum einen fühlen sich viele Menschen durch ihre Parlamente nicht angemessen repräsentiert. Die Abgeordneten werden als professionalisierte politische Klasse wahrgenommen, die in einer Blase, abgehoben von den Interessen der Wählerinnen und Wähler agiert. Zum anderen wurden in den letzten drei Jahrzehnten in beachtlichem Ausmaß Entscheidungskompetenzen von Mehrheitsinstitutionen (MIs), wie Parteien und Parlamenten, hin zu nichtmajoritären Institutionen (NMIs) wie Zentralbanken, Verfassungsgerichten und internationalen Institutionen verlagert. Entscheidungen werden zunehmend von Institutionen getroffen, die weder dem Mehrheitsprinzip noch den Rechenschaftspflichten repräsentativer Gremien unterliegen. Der Zweck vieler NMIs besteht darin, den dreifachen Liberalismus aus individuellen Rechten, internationalen Regeln und offenen Märkten durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Mechanismen entsteht offensichtlich bei vielen Menschen der Eindruck, sie wären aus dem Blick der Politik geraten – und diese Wahrnehmung hat eine reale Grundlage. Nicht alle Gruppen haben die gleiche Chance, dass ihre Anliegen gehört und politisch umgesetzt werden. Dabei konnte sich die Vorstellung ausbreiten, es gebe eine homogene politische Klasse, die abgehoben von der Bevölkerung ihr Ding macht und dabei den Interessen einer verwöhnten und tendenziell korrupten kosmopolitischen Schicht dient. Dementsprechend scheinen die meisten autoritär-

populistischen Kampagnen auch nicht konkrete ökonomische oder kulturelle Politiken zu kritisieren, sondern das System, das sie hervorbringt, also die »Systemparteien«, das »links-rot-grün versifftte System« und die gesamte politische Klasse, allen voran das erklärte Feindbild Angela Merkel.

Der gegenwärtige Rückzug der Demokratie scheint mehr als nur eine vorübergehende Erscheinung. Die optimistische Erzählung, wonach sich die Demokratie in Wellen ausbreitet, zwischen denen lediglich kurze Perioden partieller Rückschritte liegen, deckt sich kaum mit der tatsächlichen Entwicklung. Vielmehr hat sich im Nachhinein vor allem die Zeit von 1945 bis zum Ende des 20. Jahrhundert als eine Phase der weltweiten Demokratisierung erwiesen. Dieses halbe Jahrhundert war allerdings durch positive Rahmenbedingungen gekennzeichnet, die heute nicht in derselben Weise bestehen. Die demokratische Progression war weniger das Resultat einer unausweichlichen Fortschrittslogik, sondern vielmehr einer spezifischen historischen Konstellation geschuldet. Die Veränderung dieser besonderen Umstände ermöglicht nun die demokratische Regression. Gesellschaften gleiten nicht auf einer vorgezeichneten Trasse auf die liberale Demokratie zu, sondern entwickeln sich durch politische Konflikte und Kämpfe um die Ausweitung sozialer und demokratischer Rechte – und diese Konflikte können die Fahrt nicht nur verlangsamen, sondern auch zu einem Wechsel des Zielbahnhofs führen.

Ein neuer Liberalismus muss vor allem versöhnen

Ein neuer Liberalismus muss Kosmopolitismus und Demokratie institutionell miteinander versöhnen, um wieder auf die richtige Spur zu kommen. Es bedarf realer Veränderungen in unserer Demokratie, um dem Erfolg der autoritären Populistinnen etwas entgegenzusetzen. Der exklusive Blick auf die Merkmale und Strategien der Gegner führt nur zur Reproduktion des Freund-Feind-Denkens. Er nimmt uns die Einsicht in die zentralen Fragen, die wir uns stellen müssen, um dem autoritären Populismus die Grundlage zu entziehen: Wie können wir das Repräsentationsproblem lösen? Wie können wir nichtmajoritäre Institutionen so reformieren, dass sie responsiver werden und weiterhin gute Ergebnisse in einer komplexen, globalisierten und pluralisierten Welt erzielen? Vereinfachte Lösungen, die darauf abzielen die institutionellen Grundlagen der Demokratie zu re-nationalisieren und homogenisieren, wie dies die autoritären Populisten fordern, greifen in

einer globalisierten Welt zu kurz. Was also tun? Die Antwort eines neuen Liberalismus muss sein: Mehr Demokratie wagen und für die Komplexitätstoleranz in unserer Gesellschaft werben.

Die Rache der Gefühle

Karolina Wigura

Im Zusammenhang mit dem durch die Coronapandemie erzeugten Durcheinander wurde zunehmend deutlich, welch große Rolle Gefühle weltweit in der Politik spielen. Gefühle haben die Entscheidungen ganzer Staaten beeinflusst, wenn es um das Verhängen eines strengen Lockdowns ging. Sie sind auch die Grundlage der großen Protestbewegungen, die wir während des gesamten Jahres 2020 beobachtet haben. Von den Demonstrationen der Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA und Großbritannien bis hin zu Protesten zur Verteidigung von Frauenrechten in Polen – die Ursache dieser Erscheinungen ist die Verstärkung sozialer Gefühle während der Pandemie. Angst und Unruhe verwandeln sich leicht in Zorn und Wut, wie wir gut an diesen Protestbewegungen erkennen können.

Man könnte sich fragen, was daran so seltsam ist. Seit Jahrhunderten ist den Menschen bewusst, dass Politik die Gefühle anspricht. Führer großer und kleinerer Staaten haben ihre Fähigkeit, Gefühle in den von ihnen Regierten hervorzurufen, seit den Tagen Machiavellis perfektioniert. Dieser hatte in seinem berühmten Werk »Der Fürst« der Forderung Ausdruck verliehen, dass ein Herrscher in der Lage sein sollte, sowohl Angst als auch Liebe hervorzurufen.[1]

Heute, in der Ära der sozialen Medien, sind Gefühle nicht mehr nur Beiwerk politischer Strategien. Sie bilden ihren Kern und diejenigen, die sie am besten nutzen können, sind auch in Wahlen erfolgreich. Dies ist eine besonders große Herausforderung für die Politiker, die die liberale Politik verteidigen wollen, denn in den letzten Jahren waren es deren Feinde, die aus verschiedenen Gründen die Kunst, die Gefühle der Massen anzusprechen zur Perfektion gebracht haben. Der französische Philosoph Pierre Hassner schrieb vor einigen Jahren über das, was er als Rache der Leidenschaften be-

1 Vgl. Machiavelli, Niccolò: Der Fürst, Stuttgart: Kröner Verlag 1978.

zeichnete.[2] Wir leben wahrhaftig in einer Zeit der Rache der Gefühle. Dies erfordert Verstehen und angemessene Reaktionen.

Ist die Politik die Domäne der Vernunft oder der Leidenschaft?

Bis vor Kurzem schien die Politik die Domäne der Vernunft zu sein. Seit die liberalen Demokratien 1945 den Faschismus besiegten, herrschte der Glaube, dass Gefühle in der Politik zu blutigen Aufständen und ethnischen Säuberungen führen. Dass man ihnen gegenüber Vorsicht walten lassen sollte. Und dass gute politische Systeme vor allem Bildung, Recht, Konstitutionalismus und unabhängige Institutionen fördern sollten. Darüber hinaus sollte der Lebensstandard allmählich verbessert werden, so dass die Menschen nie wieder die große Wut und Frustration fühlen würden, die einst dazu führte, dass politische Extreme und Grausamkeit Europa in nie zuvor gekanntem Ausmaß beherrschten. Damit sollte gewährleistet werden, dass Ordnung und Stabilität beständiger wären als je zuvor.

Vor einigen Jahren begannen sich die Dinge jedoch zu ändern. Plötzlich begannen die Bürgerinnen und Bürger vieler Länder, Unruhe, Frustration, Angst und Wut zu zeigen. Diese Gefühle waren gegen die sie regierenden liberalen Eliten gerichtet. Dann waren da auch die Politiker, die diese Stimmung der Öffentlichkeit aufgriffen: die Illiberalen. Im Gegensatz zu ihren liberalen Opponenten zeigten sie Verständnis für diese Gefühle. Sie boten ihnen eine Bühne und richteten sie gegen die alten Eliten in Staat und Recht, gegen ausländische Migrantinnen und Migranten und gegen Menschen, die anders lebten als die Mehrheit. Als Ausweg versprachen die Illiberalen eine neue Welle der Demokratisierung, mit der angeblich die öffentlichen Einrichtungen in die Hände der Bürger gegeben werden sollten.

Ein Beispiel für genau dieses Phänomen ist der Sieg und die fortbestehende Popularität der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen mit ihrer anti-elitistischen und anti-liberalen Rhetorik. Aber die PiS steht keineswegs allein. Es gibt weltweit eine ganze Reihe von Gruppierungen, die ein ähnliches Muster aufweisen, und entweder gewinnen sie Wahlen oder erlangen wachsende Unterstützung. Die Liste umfasst Donald Trump in den USA,

2 Hassner, Pierre: Rache der Leidenschaften: Metamorphosen von Gewalt und politischen Krisen, Paris: Fayard 2015.

die Alternative für Deutschland in Deutschland, Thierry Baudets Forum für Demokratie in den Niederlanden, die Brexit-Befürworter in Großbritannien, die Fidesz in Ungarn und so weiter.

Wahlsiege dieser Politiker führen bald entweder zur Auflösung des Rechtsstaates und unabhängiger Institutionen (wie es in Polen geschieht) oder zumindest üben sie erheblichen Druck darauf aus (wie in den USA). Gleichzeitig erhalten sie gesellschaftliche Unterstützung. In Polen ist die PiS zum zweiten Mal Regierungspartei und auch ihr Präsident wurde wiedergewählt. In Ungarn gewinnt Victor Orbán eine Wahl nach der anderen. Wenn man die Ereignisse beobachtet, stellt man fest, dass Liberale die Menschen oft tadeln und behaupten, sie hätten sich von Illiberalen kaufen lassen und ihre Verärgerung und ihr Zynismus hätten diese Veränderungen zugelassen.

Demokratie und Verlustgefühle

All dies kann man auch anders beschreiben. Die Ursachen für die gegenwärtige politische Lage und auch der Schlüssel für ihre Überwindung liegen in den großen gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen der Gefühle der Massen, denen wir alle unterliegen.

»Schritt für Schritt, Jahr für Jahr, verbessert sich die Welt. Nicht bei jeder einzelnen Maßnahme in jedem einzelnen Jahr, aber in der Regel. Obwohl die Welt vor großen Herausforderungen steht, haben wir enorme Fortschritte gemacht. Dies ist die auf Fakten basierende Weltanschauung.«[3] Auf diese Weise beschreibt der schwedische Arzt und Forscher Hans Rosling auf dem Gebiet des Gesundheitswesens die Wirkung des weltweiten Fortschritts in der jüngsten Geschichte.

Diese Veränderungen wurden in den letzten 200 Jahren erreicht, aber die größte Beschleunigung erfuhren sie im letzten halben Jahrhundert. Dazu gehören insbesondere die Verringerung der Kindersterblichkeit, eine höhere Lebenserwartung, Zugang zu fließendem Wasser in den Haushalten, bessere Bildung für Jungen und Mädchen, bessere Ernährung, Zugang zu technischen Errungenschaften wie Autos, Computer und Mobiltelefone und

3 Rosling, Hans: Factfulness. Wie wir lernen die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist, Berlin: Ullstein Taschenbuch Verlag 2019.

vor allem ein größerer Wohlstand in ganzen Gesellschaften, wodurch sie von der untersten auf mindestens eine mittlere Stufe des Wohlstands gelangten.

Man sollte annehmen, dass diese großen wissenschaftlichen und technischen Veränderungen und die Veränderungen der Lebensweisen zu größerem Optimismus hinsichtlich der Zukunft und zu der Auffassung führen würden, dass wir und unsere Kinder damit rechnen können, in einer besseren Welt zu leben. Das Paradoxe ist, dass wir uns durch das Erreichen dieses kollektiven Erfolges zutiefst frustriert fühlen. Warum ist das so?

Wie jede Veränderung ist auch diese Entwicklung mit Kosten verbunden. Das rührt daher, dass Veränderung Verlust bedeutet. Althergebrachte Bindungen, gefestigt durch Tradition und soziale Ordnung, lösen sich auf. Verhaltensstrategien, die bislang perfekt funktionierten, werden unwirksam. Es kommt zu einem Verlust bewährter Gewohnheiten. Entwicklung ist also aus emotionalen Gründen schwierig, nicht, obwohl sie Erfolge mit sich bringt, sondern weil sie es tut. Dies führt zum Entstehen eines starken Gefühls, nämlich zu dem des Verlustes. Von dort ist es nur ein kleiner Schritt hin zu Angst, Frustration und Unruhe.

Diejenigen Politiker, die diesen Mechanismus zuerst verstanden hatten, waren in der Lage, in der jüngsten Vergangenheit große Erfolge zu erzielen. Der perfekte Beleg für dieses Phänomen ist der Erfolg der politischen Gruppierung von Jarosław Kaczyński in Polen. Er hat es geschafft, das ziemlich ambivalente und unklare Gefühl des Verlustes in sehr konkrete Gefühle – Angst vor Migrantinnen und Migranten und Minderheiten (wie die LGBT-Gemeinschaft) und Ärger über die liberalen Eliten und die Gründerinnen und Gründer der dritten polnischen Republik umzuwandeln.

Eine ähnliche Erklärung könnten wir für den Erfolg finden, dessen sich die Alternative für Deutschland erfreut. Auch diese Situation kann leicht missverstanden werden. Viele Menschen in meinem Land Polen glauben – wie die Menschen anderer postkommunistischer Länder –, dass Ostdeutschland aufgrund der seit 1989 vor sich gegangenen Veränderungen vor Begeisterung überschäumen sollte. Als die Mauer fiel und internationale Mächte die Wiedervereinigung Deutschlands zuließen, war die DDR der einzige postkommunistische Staat, der sich keine Sorgen zu machen brauchte, woher die Gelder für seine Modernisierung kommen sollten. Westdeutschland pumpte exorbitante Geldmengen in die Infrastruktur der östlichen Länder. Bahnhöfe und Straßen wurden entweder saniert oder neu gebaut und historische Innenstädte wurden wiederaufgebaut. Man ging davon aus, dass

die Umgestaltung schnell vor sich gehen würde – fast wie bei einem zweiten Marshall-Plan.

Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass es entgegen den anfänglichen Erwartungen in der früheren DDR nicht zu einer Wiederholung des Wirtschaftswunders wie in Westdeutschland unter Kanzler Erhard kam. Entscheidende makroökonomische Werte (ein geringeres Wirtschaftswachstum, ein Aufwärtsschnellen der Arbeitslosenzahlen usw.) waren völlig anders als in den 1950er Jahren in Westdeutschland. Es ist also kein Wunder, dass obwohl Deutschland den 30. Jahrestag seiner Vereinigung feierte, die deutschen Medien voll sind von Skeptizismus und Zweifel hinsichtlich der tatsächlichen Folgen des Wiedervereinigungsprozesses. In Diskussionen werden Fehler, vergebene Chancen für ganze Gruppen der Bevölkerung und ungleiche Bezahlung angeführt. Ein weiteres Argument, dass in den Diskussionen zum 30. Jahrestag der Vereinigung Deutschlands vorgebracht wurde, ist die fehlende Anerkennung der ostdeutschen Errungenschaften nach 1989. Es gibt auch fast keine aus Ostdeutschland stammenden Eliten. Politische Nutznießer all dieser Vorbehalte in den östlichen Ländern ist niemand anderes als die Alternative für Deutschland.

Empathie, Zugehörigkeit und Pluralismus

Was können die Verteidiger der liberalen Demokratie also in der gegenwärtigen Situation tun? Für viele besteht die erste intuitive Reaktion auf eine durch aufgeheizte Emotionen gekennzeichnete Politik in der Forderung nach Vernunft. Dafür gibt es gute Gründe. Die Geschichte der europäischen Politik zumindest des vergangenen Jahrhunderts hat uns gelehrt, Vorsicht walten zu lassen, wenn es um diesen Bereich der individuellen und gesellschaftlichen *Psyche* geht. Gefühle zu manipulieren ist einfach. Jüngstes Beispiel hierfür sind die vom Nationalsozialismus in Deutschland und von unterschiedlichsten anderen Arten von Nationalisten begangenen Grausamkeiten, deren Handeln zum Beispiel zu dem Krieg im früheren Jugoslawien geführt hat.

Die intellektuellen Gründer der modernen liberalen Demokratie wie der bekannte deutsche Philosoph Jürgen Habermas oder die amerikanische Denkerin Martha Nussbaum halten uns deshalb dazu an, Gefühle mit Vorsicht zu behandeln und sie in Gedanken oder zumindest in sorgfältige liberale Bildung zu verwandeln. Habermas forderte die Erfindung eines neuartigen Patriotis-

mus: statt nationaler Gefühle, die manchmal zum Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen und Feindschaft ihnen gegenüber führen können, schlägt der Philosoph das Konzept des konstitutionellen Patriotismus vor, der auf der Verfassung Deutschlands und dem EU-Vertrag von Lissabon beruht.[4]

Nussbaum hat sich ihrerseits intensiv mit Liebe, Angst und anderen Gefühlen befasst, die in unserem kollektiven Leben eine wesentliche Rolle spielen.[5] Was den Umgang mit Gefühlen in der Politik betrifft ist das, was sie vorschlägt, allerdings ein recht utopisches Projekt einer »sokratischen Pädagogik«, die zuerst zu kritischem Verstehen und im Weiteren zu Mitgefühl und Sympathie führen soll. Dieser Ansatz beruht auf der Tatsache, dass viele Menschen, die die Kosten von Veränderung und das Gefühl des Verlustes verstehen, mit größerer Wahrscheinlichkeit sagen würden, dass es viel besser ist, sich auf Rechtsstaatlichkeit und Institutionen zu konzentrieren als auf die unvorhersehbaren Reaktionen des Herzens.

Aber man kann auch auf andere Art mit Gefühlen in der Politik umgehen. Statt sie zu eliminieren, sollten wir versuchen, so mit ihnen zu arbeiten und sie so zu beschreiben, dass sie einer besseren, nicht einer schlechteren politischen Gemeinschaft dienen. Gleichzeitig müsste dies an den Wahlurnen wirksam werden können. Es wäre demzufolge ein neuer Ansatz in der liberalen Politik, sich wieder dem Gefühl des Verlustes zuzuwenden und zu versuchen, mit dieser Empfindung zu kommunizieren, mit Empathie auf sie zu reagieren und eine Alternative zu illiberalen Projekten zu schaffen – in Form eines von Fremdenfeindlichkeit freien Gefühls der Zugehörigkeit zur eigenen politischen Gemeinschaft.

Das von mir beschriebene kollektive Gefühl des Verlustes kann mit der Trauer nach dem Verlust eines geliebten Menschen verglichen werden. Beim Trauern ist unsere erste Reaktion zurückzuschauen und uns ständig mit dem Verlust zu befassen. Den Inhalt des reaktionären Illiberalismus kann man mit genau dieser Phase der Trauer vergleichen. Aus unserer Erfahrung als Menschen wissen wir jedoch, dass die Trauer auch andere Phasen umfasst. Eine davon ist die, in der wir uns bemühen, uns selbst wiederzubeleben und Quellen der Hoffnung in die Zukunft zu finden. Dies ist die Phase,

4 Vgl. Habermas, Jürgen: Eine Art Schadensabwicklung, Berlin: Suhrkamp 1987.

5 Siehe etwa Nussbaum, Martha: Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise, München: btb 2020.

in der man Mut, Hoffnung und Mitgefühl braucht, insbesondere für diejenigen unter uns, die nicht so sind wie wir.

Dies könnte der Weg in die Zukunft des Liberalismus werden. Dieses politische Vorhaben hat schon begonnen, sich international zu entwickeln. Der erdrutschähnliche Sieg von Zuzana Čaputová bei den Präsidentschaftswahlen 2019 in der Slowakei könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie in ihrem Wahlkampf vor allem auf Empathie gesetzt hat. 2019 gewann die vorher kaum bekannte Aktivistin die Präsidentschaftswahlen in der lange von der populistischen Partei Smer-SD (Richtung – Sozialdemokratie) beherrschten Slowakei mit beeindruckenden 58 Prozent der Stimmen. In meinem Heimatland Polen schlug der für den Bürgermeisterposten kandidierende Rafał Trzaskowski einen der PiS angehörenden Rivalen in der ersten Runde der Warschauer Kommunalwahlen.

Auch als Trzaskowski die Präsidentschaftswahlen 2020 verlor, zeigte das Maß der Unterstützung für ihn, dass die Entscheidung, Empathie zu einem wichtigen oder sogar wesentlichen Element der politischen Sprache zu machen, der Schlüssel zum Erfolg bei Wahlen ist.

Gefühle und die Covid-19-Pandemie

Zum Schluss sollten wir uns der Covid-19-Pandemie zuwenden und zu der Frage, wie sie sich auf die kollektiven Emotionen auswirkt und wie Politiker darauf reagieren können.

Als die Pandemie ausbrach, konnte man die historischen Erfahrungen aus früheren Pandemien in der Geschichte unseres Kontinentes (und auch unseres gesamten Planeten) nutzen, um Schlussfolgerungen zu ziehen, welche Gefühle sie wecken würde und welche Rolle diese wiederum spielen könnten.

Die erste und wichtigste Emotion im Zusammenhang mit einer Pandemie ist natürlich Angst. Diese Angst hat viele mögliche Facetten, aber unsere Reaktionen darauf sind seit Jahrhunderten unverändert geblieben. Heute – so wie zu Boccaccios Zeiten – hören wir von der Angst der Menschen vor gefährlichen Krankheiten, die von Menschen um uns herum, von unseren eigenen Nachbarn, verbreitet werden.

Das zweite Gefühl, über das seit dem Ausbruch der großen Epidemien im alten Europa stets gesprochen wird, ist Verdächtigung. In seiner »*Ge-*

schichte des peloponnesischen Krieges« berichtet Thukydides[6] von dem Verdacht, dass die Krankheit von den Peloponnesiern hervorgerufen wurde – angeblich indem sie Brunnenwasser vergifteten. In Dokumenten aus dem 14. Jahrhundert wird berichtet, wie Pogrome gegen Juden durch den Verdacht, die Juden würden den Schwarzen Tod beherbergen, hervorgerufen wurden. Inwiefern unterscheidet sich dies von den heute umgehenden Gerüchten, das Coronavirus sei ein Produkt einer chinesischen oder sogar chinesisch-jüdischen Verschwörung?

Die dritte grundlegende mit der Pandemie zusammenhängende Emotion ist Unsicherheit. Diese Emotion wird auch in historischen Berichten von Epidemien viel diskutiert. Unsicherheit hing vor allem damit zusammen, dass während der Seuchen die Rechtsstaatlichkeit verfiel – es war nicht mehr klar, welche allgemeinen Regeln noch galten.

Die gegenwärtige Pandemie und die sie begleitenden Emotionen legen einen weiteren Schleier über alles, was zuvor in der Weltpolitik funktioniert hatte. Falls die Gegner der Populisten wirklich davon träumen, diesen die Macht zu entreißen, oder zumindest ihre Popularität zu verringern, werden sie alles berücksichtigen müssen, was gegenwärtig eine Rolle spielt. Nach ihrem Sieg in den US-Präsidentschaftswahlen zögerten Joe Biden und Kamala Harris nicht, zu Mut und Hoffnung in die Zukunft aufzurufen. Dies könnte das erste Zeichen dafür sein, dass die Liberalen dafür bereit sind, die Politik für das 21. Jahrhundert neu zu erfinden, Angst in Mut zu verwandeln, Verdächtigungen in Vorsicht und Unsicherheit in Kreativität.

6 Thukydides: Geschichte des peloponnesischen Krieges, Reclam: Leipzig, 2000.

Giftschrank oder Schatztruhe? Warum jede Generation ihren eigenen Neoliberalismus benötigt

Stefan Kolev

Es ist merkwürdig: Dem Neoliberalismus werden seit geraumer Zeit alle möglichen Boshaftigkeiten in die Schuhe geschoben. Gleichzeitig bezeichnet sich der Autor dieses Essays gerne selbst als Neoliberaler und glaubt dabei, kein böser Mensch zu sein. Wie passt das zusammen?

Wie viele umkämpfte Begriffe hat auch der Neoliberalismus eine vertrackte Geschichte, bei der verschiedene Akteure ihre Agenda verfolgten und dabei Spuren hinterließen, die nicht immer leicht zurückzuverfolgen sind. Dennoch lohnt die Reise, auch und vor allem für Liberale. Denn wie in diesem Essay aufgezeigt wird, gibt es auch eine Lesart des Neoliberalismus, die für die Zukunft des Liberalismus von Bedeutung sein könnte.

Das mühsame Entwirren eines Begriffswirrwarrs

Üblicherweise werden in der Literatur zwei Bedeutungen unterschieden: der Neoliberalismus in den 1930er und 1940er Jahren sowie der Neoliberalismus seit den 1970er Jahren. Ersterer war eine Selbstbezeichnung von Liberalen, Letzterer ist eine Fremdbezeichnung, die durch oft illiberale Autoren verschiedenen Phänomenen zugeschrieben wird. Inhaltlich können sie indes kaum unterschiedlicher sein. Während die Neoliberalen der 1930er und 1940er Jahre einen neuen, humanistischen Liberalismus für das 20. Jahrhundert zu konzipieren suchten, wird heute all das als neoliberal bezeichnet, was Wirtschaft und Gesellschaft enthumanisieren soll. Wie kam es dazu?

Die 1930er und 1940er Jahre waren die dunkelste Zeit für die Freiheit in der Moderne. Als sich 1938 in Paris eine letzte Schar liberaler Denker zum Colloque Walter Lippmann traf, war es nicht einfach, an die Zukunft der

freiheitlichen Ordnung zu glauben.[1] Bei der Tagung, die dem Buch »The Good Society« des amerikanischen Journalisten Walter Lippmann gewidmet war, tauchte der Begriff Neoliberalismus auf, als es darum ging, wie ein für das 20. Jahrhundert erneuerter Liberalismus aussehen könnte. Mit dem Erbe des klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gingen die meisten Teilnehmer hart ins Gericht. Die beiden großen Ideen des 19. Jahrhunderts, Nationalismus und Sozialismus, die zu der Zeit auf besonders unheilvolle Art in Deutschland kombiniert wurden, hatten in der Lesart der meisten Teilnehmer auch deshalb den Kampf der Ideen gewonnen, weil der Liberalismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts selbstgefällig geworden war und auf zentrale Herausforderungen der Moderne keine Antworten fand.

1947 fand am Genfer See eine Tagung statt, die gewissermaßen als Fortsetzung des 1938 losgetretenen binnenliberalen Diskurses gelten kann.[2] Die versammelten Denker, von denen viele in Paris dabei gewesen waren, konnten nun mit einem neuen Optimismus über das positive Programm des für das 20. Jahrhundert erneuerten Liberalismus debattieren – und tun es bis heute in der dort gegründeten Mont Pèlerin Society. Abgesehen von einer kleinen Gruppe, die auf dem Laissez-faire des klassischen Liberalismus beharrte, bestand in den frühen Jahren der Society der Konsens zwischen Friedrich August von Hayek, den deutschen Ordoliberalen wie Walter Eucken und Wilhelm Röpke sowie den Vertretern der Chicagoer Schule wie Frank Knight und dem jungen Milton Friedman darin, dass sich der Kern des erneuerten Liberalismus durch die Chiffre »Laissez-faire within rules« einfangen lässt. Diesen Neoliberalen ging es darum, einen Ordnungsrahmen zu finden, innerhalb dessen die Ergebnisse der Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft im materiellen Sinne ergiebig und, mindestens genauso wichtig, im ideellen Sinne menschenwürdig geraten.

Einige dieser Neoliberalen waren in den 1970er und 1980er Jahren noch aktiv, als es in den USA und Großbritannien zur Thatcher-Reagan-Revolution kam. Dass sich diese beiden Politiker oder, in stark abgewandelter Form, Pi-

---

1 Vgl. Reinhoudt, Jurgen/Audier, Serge: The Walter Lippmann Colloquium: The Birth of Neo-Liberalism, London: Palgrave Macmillan 2018.

2 Vgl. Caldwell, Bruce (Hg.): Mont Pèlerin 1947: Transcripts of the Sessions of the Founding Meeting of the Mont Pèlerin Society, Stanford: Hoover Institution Press 2022.

nochet in Chile[3] auf Hayek und Friedman beriefen, führte dazu, dass nunmehr die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik in den USA und Großbritannien oft als »neoliberal« angefeindet wurden – bis hin zur Vorstellung, man würde in einer neoliberalen Welt leben. Dass etwa die Deregulierung der Luftfahrtindustrie bereits unter Jimmy Carter einsetzte oder dass Ideen bei Weitem nicht der einzige Treiber von Wirtschaftspolitik sind, war und ist dabei nicht immer wichtig. Bis heute ist es gängige Praxis in vielen Sprachen, denjenigen Reformen, die einem selbst missfallen, das Etikett »neoliberal« anzuheften. Ob Turbokapitalismus, entfesselte Globalisierung, vermachtete Digitalisierung oder auch Sozialdarwinismus: All das ist für viele schlicht und einfach neoliberal.

Die Geschichte des Liberalismus als Abfolge von Neoliberalismen

Die obige Gegenüberstellung zeigt deutlich auf, dass eine *inhaltliche* Festlegung des Begriffes heute nicht ganz einfach ist. Wohl aber bietet ein *prozeduraler* Blick darauf einen hilfreichen Impuls für den heutigen Liberalismus. Historisch ist nämlich nicht korrekt, dass der Begriff in den 1930er Jahren geprägt worden sei. Vielmehr findet man ihn bereits in Frankreich des frühen 19. Jahrhunderts[4] oder in Italien des späten 19. Jahrhunderts[5]. Bereits diese beiden Datenpunkte deuten darauf hin, dass es immer wieder den Versuch gab, den Liberalismus für die eigene Zeit zu aktualisieren. In diesem Verständnis ist der Liberalismus eine Lehre, die zwar einen festen Kern haben mag, der aber in den verschiedenen Kontexten von Zeit und Raum neue Formen annimmt. Genau genommen könnte man die Geschichte des Liberalismus als eine Abfolge von Neoliberalismen auffassen, in deren Ver-

---

3 Für detaillierte und differenzierte Analysen der Chile-Besuche von Hayek and Friedman siehe Caldwell, Bruce/Montes, Leonidas: »Friedrich Hayek and His Visits to Chile«, in: Review of Austrian Economics 28:3 (2015), S. 261-309; Edwards, Sebastian/Montes, Leonidas: »Milton Friedman in Chile: Shock Therapy, Economic Freedom, and Exchange Rates«, in: Journal of the History of Economic Thought 42:1 (2020), S. 105-132.

4 Vgl. Horn, Karen: »Der Neoliberalismus wird achtzig«, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12.8.2018, S. 22.

5 Vgl. Kolev, Stefan: »Paleo- and Neoliberals: Ludwig von Mises and the ›Ordo-interventionists‹«, in: Patricia Commun und Stefan Kolev (Hg.): Wilhelm Röpke (1899-1966): A Liberal Political Economist and Conservative Social Philosopher, Cham: Springer 2018, S. 65-90.

lauf immer neue Generationen in ihren kulturellen Räumen nach den adäquaten Formen eines zeitgemäßen Liberalismus gesucht haben. In diesem Verständnis ist etwa Adam Smith ein Neoliberaler vis-à-vis John Locke, Wilhelm von Humboldt wiederum ein Neoliberaler vis-à-vis Smith und Locke.

Wie eingangs erwähnt, wählt der Autor des Essays ganz bewusst »neoliberal« als Selbstbezeichnung – und nicht etwa »klassisch-liberal« wie bei vielen Mitgliedern der Mont Pèlerin Society üblich, der auch der Autor angehört. Das liegt sowohl an einigen Unzulänglichkeiten von »klassisch-liberal« als auch einigen Vorzügen von »neoliberal«. Wenn nämlich etwas zur Klassik erklärt wird, tut man es ja in dem Bemühen, dieses etwas auf ein Podest zu heben und ab dann nachzuahmen – wie etwa bei der klassischen Musik. Das birgt Gefahren für den Liberalismus, die heute ganz konkret beobachtbar sind. Das Nachahmen oder gar Anbeten des Klassischen führt leicht zu Dogmatismus, Sektenbildung oder gar Kults, wie etwa bei vielen heutigen Anbetern von Ayn Rand oder Ludwig von Mises. Außerdem ist der Begriff »klassisch-liberal« denkbar unscharf: Wie viel Locke, wie viel Smith und wie viel Humboldt ist in diesem Amalgam genau drin? »Neoliberal« dagegen bringt eine Rhetorik mit sich, welche die heutigen Liberalen dazu ermuntert, gleichzeitig *respektvoll* mit der Geschichte des Liberalismus umzugehen und dennoch *innovativ* über einen Liberalismus für das 21. Jahrhundert nachzudenken, der den heutigen sozio-ökonomischen Herausforderungen angemessen ist. Und zwar dringend, wie ein Blick auf die Fragilität unserer heutigen freiheitlichen Ordnung imperativ gebietet.

Warum wir heute einen neuen Neoliberalismus benötigen

Dass sich Geschichte nicht wiederholt, wohl aber reimt, ist eine gesunde Haltung zur Erneuerungsnotwendigkeit des heutigen Liberalismus. Man kann aus Konstellationen der Vergangenheit wie den 1930er oder 1980er Jahren sehr wohl vieles lernen. Die 1930er Jahre rufen in Erinnerung, dass ein »Denken in Ordnungen« gerade in Momenten von Ordnungsfragilität besonders hilfreich ist, sowohl für das Verstehen als auch für das Gestalten der sozial-ökonomischen Realität. Die 1980er Jahre verhelfen zur Erkenntnis, dass es auch heute »empires of evil« gibt und dass die Ordnungsentwürfe des heutigen Russlands oder Chinas aus liberaler Sicht genau das sind. Vieles ist aber heute glücklicherweise anders als damals. Die Globalisierung

hat, trotz aktueller Rückschläge, die ihren Charakter wesentlich verändern könnten, ein Niveau erreicht, das mit der Zwischenkriegszeit oder den frühen Nachkriegsjahrzehnten nicht vergleichbar ist. Die Digitalisierung hat, trotz aktueller Risiken, allen Bürgerinnen und Bürgern der Welt Zugang zu Wissen, Nachrichten oder auch spezifischen Dienstleistungen auf eine Weise gewährt, die historisch als einmalig egalitär gelten kann. Dennoch ist die Begeisterung für diese global-digitale Welt alles andere als ungeteilt und die Gegner des Liberalismus sind vielfältiger geworden. Vor allem sind die nationalen und internationalen Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft auf eine Art fragil geworden, wie dies zumindest im Westen seit der Zwischenkriegszeit nicht mehr wahrgenommen wurde.

Der neue Neoliberalismus muss ein lernfähiger Liberalismus sein. Er muss es schaffen, aus den verschiedenen Neoliberalismen der Vergangenheit das »richtige« – oder, in der ordnungstheoretischen Begriffswelt von Walter Eucken, »aktuelle« – Wissen zu extrahieren und, mit besonderer historischer Vorsicht, auf die heutigen Kontexte zu übertragen. Auf die alte neoliberale Frage der 1930er Jahre, welche die adäquaten Formen für einen neuen Neoliberalismus sind, erscheint heute vor allem eine Antwort von Belang: ein Liberalismus, der es dem Einzelnen ermöglicht, mit der schier unglaublichen Dynamik der sich abzeichnenden global-digitalen Ordnung klarzukommen. Das Wunderbare an der Moderne sind die dynamischen Tauschprozesse zwischen Milliarden Subjekten in Wirtschaft und Gesellschaft. Aber diese Tauschprozesse können auch überfordern, zumal wenn Technik und Wirtschaft einem solch rasanten Wandel unterliegen, wie sie es heute tun.

Was die Geschichte der Neoliberalismen so faszinierend macht, ist die ständige Suche nach denjenigen Institutionen, welche die Dynamik der Moderne menschenwürdig machen. Der Staat mit all seiner Komplexität bietet eine Vielzahl von solchen Institutionen, die Zivilgesellschaft tut es ebenfalls.[6] In der heutigen Ordnung müssen sie vor allem als »Fixpunkte« dienen, als Orientierungspunkte also, die dem Einzelnen ein Mindestmaß an Stabilität und Statik – oder, in der machtsoziologischen Begriffswelt von Heinrich Popitz, »Ordnungssicherheit« – inmitten der überwältigenden global-digita-

6 Vgl. Kolev, Stefan: Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich, Berlin: De Gruyter 2017.

len Dynamik bieten.[7] Das können Bildungsangebote sein, um sicher sein zu können, dass man den durch Globalisierung oder Digitalisierung entstandenen Verlust an Humankapital schnell aufholen kann. Oder Instrumente des Umwelt- und Klimaschutzes, die zeigen, dass diese Phänomene komplex, aber dennoch beherrschbar sind. Oder Maßnahmen des Datenschutzes, die zeigen, wie ein Mindestmaß an Autonomie in der digitalen Koexistenz möglich ist. Oder Reformen der demokratischen Praxis, die von den digitalen Technologien Gebrauch machen und zeigen, wie die eigene demokratische Teilhabe in der liberalen Bürgergesellschaft zur Mitgestaltung der global-digitalen Ordnung führt.

Liberale zeigen sich zu Recht oft fasziniert von den offenen Prozessen der offenen Gesellschaft. Die Geschichte lehrt, dass diese Offenheit die grundsätzlich fragile Ordnung der Moderne immer wieder sprengen konnte. Damit es nicht dazu kommt, müssen die offenen Prozesse in klug ausgestaltete und ständig neu austarierbare institutionelle Formen eingebettet sein. Der etwas sperrige und fast unübersetzbare Begriff »Ordnungspolitik« der deutschen Neoliberalen der Freiburger Schule steht dabei in keiner Weise für einen deutschen Sonderweg, sondern für die zentrale Herausforderung der Geschichte des Liberalismus (und ihrer wissenschaftlichen Schwester, der Geschichte der politischen Ökonomie): Freiheit menschenwürdig ordnen. Aus liberaler Sicht leben wir heute in der besten aller gewesenen Welten. Hoffentlich gelingt es, sie mithilfe eines erneuerten Liberalismus künftig etwas weniger fragil werden zu lassen.

---

7 Vgl. Popitz, Heinrich: Phänomene der Macht. Tübingen: Mohr Siebeck 1992/2009. Siehe auch das Projekt »Sicherheit im Wandel« des Zentrums Liberale Moderne. https://libmod.de/themen/sicherheit-im-wandel

»Liberalismus der Furcht«

Amichai Magen

Liberalismus – ein Begriff, der lange Zeit großen konzeptionellen Umdeutungen und Missbrauch unterworfen war – ist eine politische Überzeugung, deren Vertreterinnen und Vertreter sich dem Streben nach Wohlergehen der Menschen durch Ausübung individueller Freiheiten, wirtschaftlicher Offenheit, beschränkter und egalitärer Kontrolle durch Regierungen und Rechtsstaatlichkeit widmen. In ihrem Kern beruht sie auf Anerkennung von überragendem Wert und Würde jedes einzelnen menschlichen Wesens und letztendlich des Lebens selbst.

Die zentrale politische Mission des Liberalismus besteht darin, die für die möglichst vollständige Verwirklichung dieses überragenden individuellen Wertes und des damit verbundenen einzigartigen menschlichen Potentials erforderlichen Bedingungen sicherzustellen. Demzufolge lehnt er jegliche politische Doktrin und alle Regierungssysteme ab, die diesen Unterschied zwischen der Sphäre des Persönlichen und der des Staates, zwischen dem Bereich des individuellen Privatlebens (einschließlich des Lebens in der Familie und der Gemeinschaft) einerseits und dem staatlichen Bereich andererseits nicht respektieren.

Der Liberalismus verlangt als Mindestes, dass jeder Person gestattet sein muss, die Geschichte ihres Lebens selbst zu schreiben – ungehindert von Angst, Grausamkeit oder zerstörerischer Einmischung – soweit dies mit der entsprechenden Freiheit aller anderen Personen vereinbar ist. Die von den Einzelnen geschriebene Geschichte kann eine Heldengeschichte, eine bittersüße Komödie oder die Geschichte eines tragischen Versagens werden. Liberalismus besteht nicht auf ein Happy End, aber er besteht darauf, dass die Einzelnen ihre Geschichte selbst schreiben dürfen.

Mit anderen Worten: Liberalismus ist im Wesentlichen eine unserer Zeit entsprechende politische Suche nach einer Existenz, in der Menschen kei-

ne Angst haben müssen vor Vernichtung, willkürlicher Gewalt, unnötigem Zwang oder Verletzung dessen, was Isaiah Berlin in seiner typischen Untertreibung als »ein bestimmtes Minimum persönlicher Freiheit, die auf gar keinen Fall verletzt werden darf« bezeichnet.[1]

Der Liberalismus der Furcht

Dieser »Liberalismus der Furcht« auf den Montesquieu und Constant schon anspielten, der jedoch erst von Judith Shklar 1989 in ihrem brillanten Kapitel mit diesem Titel ausführlich behandelt und erforscht wurde, ist nicht die einzige Art im Stammbaum liberaler Traditionen, bei der sich die Suche nach Ideen für eine liberale Erneuerung des einundzwanzigsten lohnen würde.[2] Shklar erkennt dies selbst an, indem sie auf andere Arten des Liberalismus Bezug nimmt, insbesondere den »Liberalismus der natürlichen Rechte« und den »Liberalismus der persönlichen Entwicklung«, die sich vom Liberalismus der Furcht unterscheiden.[3]

Ein weiterer Vorbehalt ist noch anzuführen, bevor ich mich der Aufgabe zuwende, eine Lanze für einen »Neuen Liberalismus der Furcht« als eine Möglichkeit der liberalen Erneuerung zu brechen. »Furcht« ist oberflächlich betrachtet ein unattraktives Mittel für den liberalen Überreder. Der Geruch der Angst gilt normalerweise als widerwärtig. Hoffnung, Einhörner und das Versprechen freier Liebe sind verständlicherweise die bevorzugten Marketinginstrumente des politischen Wahrsagers.

Der Liberalismus der Furcht leidet demzufolge unter einem ihm innewohnenden Marketingproblem. In diesem Sinne ist er ein wenig wie Isaiah

1 Berlin, Isaiah: »Two Concepts of Liberty«, in ders.: Four Essays on Liberty, Oxford: Oxford University Press 1969.

2 Zu Montesquieus Bezugnahme auf das menschliche Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit als Vorbedingung für politische Freiheit siehe Montesquieu: *The Spirit of the Laws*, in der Übersetzung von Cohler, Miller und Stone, Cambridge: Cambridge University Press 1989, S. 157. Auch Benjamin Constant denkt in seinem Vortrag »*The Liberty of the Ancients Compared with That of the Moderns*« von 1819 über das Verhältnis von Sicherheit, Angst und Freiheit nach; Shklar, Judith N.: »The Liberalism of Fear«, in: Nancy L. Rosenblum (Hg.), Liberalism and the Moral Life, Cambridge: Harvard University Press 1989, S. 21-38.

3 Shklar, Judith N.: ebd., S. 26-27.

Berlins Begriff der »negativen Freiheit« – weise, aber nicht attraktiv[4]. Der durchschnittliche Verbraucher politischer Ideen wird im Liberalismus der Furcht keine kuschlige Bequemlichkeit finden. Was ihn nach Shklars eigenen Worten von den anderen Arten des Liberalismus unterscheidet ist, dass er völlig »nichtutopisch« ist.[5]

Der Liberalismus der Furcht schaut dem Schrecken geradewegs ins Gesicht und schaudert. Er ist sich der Abgründe, in die menschliche Wesen sinken können, und des Ausmaßes der Grausamkeit und Zerstörung, denen wir zerbrechliche Menschen – insbesondere durch institutionalisierte Gewalt – ausgesetzt werden können, aufs Deutlichste bewusst.

Der Liberalismus der Furcht ist durch eine schreckliche Bescheidenheit der Ansprüche gekennzeichnet. Es ist der Liberalismus der Schadensbegrenzung und des »gerade gut genug, um sich durchzuwursteln«. Es ist der Liberalismus des Vermeidens von Auschwitz-Birkenau, der sowjetischen Gulags und – in unserer Zeit – der Gewalt gegen die Jesiden, des Hungers der Jemeniten oder der Gefangenlager in Nordkorea und Xinjiang. Sein wichtigstes und in mancher Hinsicht urtümliches Ziel besteht darin, uns darauf zu konzentrieren, dass wir das Schlimmste, das uns geschehen könnte, vermeiden, statt anzunehmen, dass es irgendwie nicht dazu kommen wird oder uns von den verlockenden, aber falschen utopischen Versprechen einer von Tragik freien Welt verführen zu lassen.

Ein Liberalismus der Schadensbegrenzung

Der »neue Liberalismus der Furcht« beginnt damit, dass er die historische Amnesie abschüttelt, die unsere Kultur seit 1989 durchdrungen hat. Zufrieden, selbstgefällig und mehr als nur ein wenig naiv schlummerten wir nach 1989 unter der warmen Decke des Triumphes – im Vertrauen darauf, dass das Ende der Geschichte gekommen wäre, dass sich der Weg des moralischen Universums unabwendbar der Gerechtigkeit zuwenden würde und dass sich der Rest der Welt unausweichlich einer sich stetig ausbreitenden Liberalen Internationalen Ordnung zuwenden würde.

---

4 Isaiah Berlin: »Two Concepts of Liberty«.

5 Ebd., S. 26.

Unter dem Einfluss des Fukuyama-Komas wurde es dem Liberalismus gestattet, zu stagnieren und zu verfallen. Ironischerweise begingen wir Liberalen die Todsünde des Marxismus – die Sünde des historischen Determinismus. Wir ließen uns treiben und verspielten zum großen Teil die durch harte Arbeit errungene Friedensdividende, die uns der Sieg in heftigen Kämpfen gegen Faschismus, Nazismus und Sowjet-Kommunismus im Laufe des blutigen 20. Jahrhunderts eingebracht hatte. Wir vernachlässigten die Pflege der Tugenden, Werte und Institutionen, von denen das Überleben moderner liberaler Demokratien abhängt – aktive und engagierte Bürgerbeteiligung, wirksames Funktionieren des Staates und leistungsfähige öffentliche Einrichtungen, echte demokratische Rechenschaftspflicht, um sicherzustellen, dass die Regierungen im Interesse der Mehrheit tätig sind, und Rechtsstaatlichkeit, um diejenigen zu zügeln, die ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht dazu nutzen, Zwang über die Übrigen auszuüben.

Auf diesem Weg haben wir viele unserer Mitbürger zurückgelassen, denn wir haben törichterweise das oberste Prinzip des modernen Liberalismus außer Acht gelassen, nämlich dass die Zustimmung der Regierten die einzige solide Basis für eine funktionierende demokratische Ordnung ist. Wir geben vor, dass die dunklen Seiten der Globalisierung entweder nicht vorhanden sind oder keine große Rolle spielen (dass sie bald durch das Wirken der Kräfte der liberalen Konvergenz verschwinden werden) oder dass sie allein durch die unsichtbare Hand des Marktes wirksam im Zaum gehalten werden könnten. Wir haben versäumt, mit sich beschleunigender Konnektivität, Komplexität und zerstörerischen angsteinflößenden technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Wir haben es nicht geschafft, überzeugende liberale Lösungen für große, neu heraufziehende Bedrohungen zu entwickeln, wie zum Beispiel für den chinesischen Autoritarismus, Umweltzerstörung, unkontrollierte Migration, entstaatlichte Regionen, Verbreitung von Kernwaffen, Pandemien, unkontrollierte künstliche Intelligenz und eine degradierte Informationsökologie, die uns in die Gefahr bringt, dass wir unsere Fähigkeit, uns auf grundlegende wissenschaftliche und historische Tatsachen zu einigen, verlieren.

Der »Neue Liberalismus der Furcht« fordert ein stark entwickeltes historisches Gedächtnis und eine auf geschichtlicher Grundlage aufgebaute Vorstellung von der Zukunft der Menschheit. Demzufolge würde er die Geschichte wieder ins Spiel bringen, und zwar auf drei unterschiedlichen Wegen:

Zum Ersten würde er unter Umschreibung dessen, was Hal Brand und Charles Edel schrieben, darauf bestehen, dass ein Verständnis für Tragik unabdingbar bleibt für Politik, Regierungskunst und die Erhaltung der Weltordnung.[6] Wenn wir vergessen, welche Zerbrechlichkeit den liberalen Ordnungen innewohnt und wie sehr sie ständiger Verteidigung, fortgesetzten Schutzes und stetiger Aktualisierung bedürfen, werden wir unaufhaltsam Vergessenheit und Verfall anheimfallen.

Für die Moral der liberalen Ordnungen eintreten

Zum Zweiten würde er Zeit und Kraft investieren, um Partei für die Moral (ja, Moral, nicht nur Effizienz) der liberalen Ordnungen zu ergreifen. Er würde stolz die seit Beginn der liberalen Ära und insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten bei allen Indikatoren für menschliches Wohlergehen, dort wo liberale Werte und Einrichtungen Wurzel gefasst haben, erreichten erstaunlichen Fortschritte der Menschheit, darstellen und feiern. Er würde die fantastischen 3.000 Prozent Zuwachs des realen BIP seit 1800 für die ärmsten Menschen hervorheben und zeigen, dass in den vergangenen drei Jahrzehnten der größte Teil dieser »Großen Bereicherung« nicht im »weißen Amerika« oder Westeuropa, sondern im sich liberalisierenden Lateinamerika, Osteuropa, China, Indien und immer mehr auch Afrika stattfand.[7]

Der »Neue Liberalismus der Furcht« würde aktiv danach streben, gegenwärtigen und künftigen Generationen die wahre Bedeutung der folgenden statistischen Angaben verständlich zu machen – als Zahl der verschonten, verbesserten, bereicherten und befreiten Menschenleben: 1950 lag die Lebenserwartung weltweit bei unter 30 Jahren, heute beträgt sie 72,6 Jahre. 1950 betrug die Kindersterblichkeit 24 Prozent. Das bedeutet, dass fast eins von vier Kindern vor Erreichen des fünften Geburtstages starb. Heute

6 Brands, Hal/Edel, Charles: The Lessons of Tragedy: Statecraft and World Order, Yale: Yale University Press 2019.

7 Die vollständigen Angaben finden Sie in der Datenbank »The Maddison Project Database 2020«. https://www.rug.nl/ggdc/historicaldevelopment/maddison/releases/maddison-project-database-2020?lang=en; Zusammenfassung und Analyse siehe: McCloskey, Deidre N.: *Bourgeois Equality: How Ideas, Not Capital or Institutions, Enriched the World*, Chicago: University Press 2016; Pinker, Steven: *Enlightenment Now: The Case for Reason, Science, Humanism, and Progress*, New York: Viking 2018.

sind es vier Prozent. 1950 lebten 63,5 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut, heute sind es weniger als neun Prozent. Und 1950 lebten nur zehn Prozent der Weltbevölkerung in Demokratien, heute – auch nach eineinhalb Jahrzehnten weltweiten Demokratieabbaus – leben 56 Prozent der Menschen in Demokratien.[8] Dies ist ein erstaunlicher Rekord materiellen und moralischen Fortschritts. Dieser Fortschritt ist nicht perfekt, er ist unvollständig und zerbrechlich, aber er ist auch unschätzbar gut und verdient unsere Dankbarkeit, unseren Schutz und ständige Weiterentwicklung.

Als Letztes ist hier anzuführen, dass der »Neue Liberalismus der Furcht« dafür eintreten würde, dass ein Neudenken des Liberalismus auch eine Erweiterung unserer Vorstellungen von Geschichte umfassen muss, und zwar nicht nur hinsichtlich der Vergangenheit mit ihrer ständigen Wiederholung von Erfolgen und Versagen, Triumphen und Verbrechen, sondern auch mit Blick auf die Zukunft. Ein Neudenken des Liberalismus muss eine Verpflichtung enthalten, wie sie Toby Ord in seiner wundervollen Widmung seinem Buch »The Precipice« vorangestellt hat:

> »Den hundert Milliarden Menschen vor uns, die unsere Zivilisation geschaffen haben; den sieben Milliarden jetzt Lebenden, deren Handlungen möglicherweise unser Schicksal bestimmen; den Trillionen nach uns, deren Existenz in der Waagschale liegt.«[9]

Leben in Furcht macht uns unfrei

Die Antwort auf die Frage, ob wir in einer freien Gesellschaft leben oder nicht, hängt nach dem Verständnis des »Neuen Liberalismus der Furcht« stark von der kollektiven Psychologie ab. Shklar schrieb »Wir fürchten eine Gesellschaft ängstlicher Menschen«, denn systematische Angst der Massen

---

8 Zahlen aus »Our World in Data« siehe https://ourworldindata.org/a history-of-global-living-conditions-in-5-charts; Zur Lebenserwartung siehe https://ourworldindata.org/life-expectancy#:~:text=The%20divided%20world%20of%201950,achieved%20in%20a%20few%20places

9 Im Original: »*To the hundred billion people before us, who fashioned our civilization; To the seven billion now alive, whose actions may determine our fate; To the trillions to come, whose existence lies in the balance*« (Toby Ord, *The Precipice: Existential Risk and the Future of Humanity,* Paris: Hachette 2020).

macht menschliche Freiheit unmöglich.[10] Wenn wir in Angst leben, sind wir fundamental unfrei.

Hightech-Tyranneien wie die von der chinesischen kommunistischen Partei angebotene können »effizienter« sein als die Politik der Unvollkommenheit, persönlichen Wahlfreiheit und Unsicherheit, die der Liberalismus bietet. Aber welchen Nutzen bringt eine solche Effizienz dem menschlichen Geist? Worin liegt ihr Sinn, wenn sie uns in eine riesige Kolonie ängstlicher, sich duckender Sklaven verwandelt? Ähnlich steht die Frage nach dem Sinn unserer menschlichen Zivilisation, wenn wir unseren Planeten unbewohnbar machen oder es unkontrollierter künstlicher Intelligenz gestatten, Amok zu laufen und uns in Sklaverei oder sogar Ausrottung zu stürzen. Der Neue Liberalismus der Furcht blickt in diesen seelenlosen Abgrund möglicher dystopischer Fallgruben und schaudert. Er weigert sich, sanft in diese alptraumhaften Nächte hinüberzudämmern. Er bäumt sich auf gegen das Erlöschen des Lichts.

Liberale haben zu unterschiedlichen Zeiten Verschiedenes gefürchtet und haben deshalb danach gestrebt, politische Ordnungen zu schaffen und anzupassen, die sich einer Abfolge sich ändernder Ängste entgegenstellen. Der frühe moderne Liberalismus – und es gab keinen Liberalismus in der Welt vor der Moderne – entstand aus dem von religiöser Intoleranz und Krieg hervorgerufenen Chaos und Gemetzel. Die Angst vor religiösem Zwang ist der Ursprung des modernen Liberalismus. Allmählich – im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts – stellten wir fest, dass Toleranz der Grausamkeit des religiösen Fanatismus überlegen war.

Dann, in einer zweiten Welle des Kampfes darum, welche politische Ordnung herrschen sollte, erwiesen sich die Prinzipien und Institutionen eines begrenzten und egalitären Staates als vorteilhafter – militärisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich und in Hinsicht auf das persönliche Glück – als der Absolutismus. Als der *Leviathan* die Macht übernommen hatte, stellten wir fest, dass er uns noch leichter und systematischer verschlingen könnte, als es die Mächte der Vormoderne je gekonnt hätten. Demzufolge haben wir immer neue Mechanismen erfunden, um den *Leviathan* zu zähmen. Wir haben dafür verschiedene Bezeichnungen, zum Beispiel als bürgerliche und politische Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Konstitutionalismus, Föderalismus und letztlich als moderne repräsentative Demokratie. Diejenigen Gesellschaften, die diese

10 Judith N. Shklar: »The Liberalism of Fear«, S. 29.

Mechanismen einführten und anwandten, errangen größere Macht, Wohlhabenheit und Dynamik.

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich unsere liberalen Ordnungen weiter – national, regional und international – denn wir begannen, Armut, totalen Krieg und den Aufstieg kollektivistischer totalitärer Ideologien und Staaten zu fürchten. Angespornt von diesen Ängsten stellten sich auf Nationen begründete, marktbasierte liberale Demokratien ihren imperialen, faschistischen, nazistischen und sowjetkommunistischen Gegnern entgegen und besiegten diese letztendlich.

Aus dieser Sicht betrachtet sind die gegenwärtigen liberalen Ordnungen im Wesentlichen »dreifach destillierte« Systeme normativer und institutioneller Güter, geschaffen im Laufe von Jahrhunderten im Zuge einer Abfolge historischer Kämpfe, aus denen die »liberale Lösung« siegreich hervorging, indem sie sich als ihren Opponenten überlegen erwies hinsichtlich der Schaffung physischen und ontologischen Wohlbefindens. Unsere modernen Formen der liberalen Ordnung, deren Genom aus Toleranz, begrenztem staatlichen Einfluss, auf Freiwilligkeit basierender repräsentativer Demokratie und Marktwirtschaft besteht, sind das Ergebnis wiederholter Infragestellung und Auswahl, aus denen sie stets als Sieger hervorgingen. Die liberale Ordnung hat überlebt und sich durchgesetzt, weil sie sich hinsichtlich der Gewährleistung physischer und ontologischer Sicherheit als überlegen erwies. Gleichzeitig herrscht jedoch eine kalte evolutionäre Logik. Falls es den liberalen Ordnungen nicht gelingt, sich wieder dem Wettbewerb zu stellen und ihre Überlegenheit erneut zu beweisen, müssen wir damit rechnen, dass antiliberale Angriffe zunehmen und immer mehr Menschen diesen Ordnungen abtrünnig werden.[11]

Die Angst vor menschlicher Redundanz

Was fürchten wir heutzutage am meisten? In einigen Ländern fürchten wir immer noch, was Locke, Constant, Mill, Popper, Hayek, Arndt, Berlin, Solschenizyn und Shklar in der Vergangenheit fürchteten – die ungleiche Macht des autoritären und räuberischen Staates über das Individuum. Und

11 Vgl. Magen, Amichai: »Liberal Order in the Twenty-First Century: Searching for Eunomia Once Again«, in: Journal of Contextual Economics 139/2-4 (2019), S. 271-284.

doch würde der »Neue Liberalismus der Furcht« zugeben – mit einer Prise Skepsis gemischt mit vorsichtiger Zufriedenheit –, dass das, was wir in den meisten der jetzt bestehenden Gesellschaften die meiste Zeit über am stärksten fürchten, nicht die Macht des Staates ist. Tatsächlich ist es in vielen Ländern mit einem schwachen Staat (darunter Irak und Libyen, Syrien, Somalia, Kongo und Haiti, um nur einige traurige Beispiele zu nennen) so, dass das, was die Menschen am meisten fürchten, die Folgen des Fehlens eines funktionierenden Staates sind.

Letztendlich ist das, was wir – in den bis vor Kurzem leichthin als »Freie Welt« bezeichneten Ländern – am meisten fürchten ein künftiges Überflüssigwerden der Menschheit. Wir fürchten physische Redundanz infolge existenzieller Katastrophen wie dem demografischen Wandel, dem Klimawandel, einem unüberwindbaren Zusammenbruch der Zivilisation oder unüberwindlicher Dystopie im Ergebnis natürlicher oder von Menschen hervorgerufener Bedrohungen. Wir fürchten, dass unkontrollierte Kräfte der Finanzmärkte, Big-Tech-Algorithmen und allgegenwärtige Überwachung durch Unternehmen und Behörden den Menschen vollständig seines wirtschaftlichen und politischen Einflusses berauben. Wir fürchten eine metaphysische Redundanz durch den Verlust von Bedeutung, Sinn, Zugehörigkeit und Bindung – nicht so sehr in Folge einer mit dem Industriezeitalter einhergehende Entfremdung, sondern durch die Übernahme durch Maschinen und künstliche Biologie des Digitalzeitalters. Wir fürchten sogar eine epistemische Redundanz dadurch, dass sehr bald KI und Deep-Fake-Technologien sehr wohl in der Lage sein werden, es gewöhnlichen Menschen unmöglich zu machen, mit der immer schneller zunehmenden Komplexität der Welt zurechtzukommen oder den Unterschied zwischen Tatsachen und Aussagen einer Verschwörungstheorie zu erkennen.

Die Herausforderung, vor der wir Liberale gegenwärtig stehen, besteht darin, uns der Redundanz, also dem Überflüssigwerden der Menschheit entgegenzustellen und diese Entwicklung umzukehren. Wir brauchen einen neuen humanistischen Liberalismus, der gleichzeitig die zentralen Werte des traditionellen Liberalismus vertritt und eine bessere Weiterentwicklung der Menschheit gewährleistet als die von unseren autoritären und kollektivistischen Opponenten angebotenen Lösungen.

Die Herausforderung, vor die uns der »Neue Liberalismus der Furcht« stellt, ist sehr groß, möglicherweise existenziell, aber die Lage ist nicht völlig

aussichtslos. Wie Bernard Williams in seinen eigenen Mediationen zu dem Text von Judith Shklar aussagte:

> »der Liberalismus der Furcht beschränkt sich nicht auf Warnungen und Mahnungen. Falls es gelingt, grundlegende Freiheiten zu gewährleisten und grundlegende Ängste zu beschwichtigen, wird sich die Aufmerksamkeit des Liberalismus der Furcht anspruchsvolleren Konzepten der Freiheit zuwenden [...].«[12]

Uns direkt, entschlossen und kreativ mit den schlimmsten Ängsten unserer Zeit zu befassen, ist möglicherweise die beste Möglichkeit, voranzuschreiten und wieder einen Liberalismus der Hoffnung zu erreichen.

12 Williams, Bernard: In the Beginning Was the Deed: Realism and Moralism in Political Argument, Princeton: Princeton University Press 2005, S. 60.

»Vorwärts, nach hinten«: Die illiberale Wende in Ostmitteleuropa

Jacques Rupnik

»Die Ära der liberalen Nichtdemokratie ist beendet. Was für ein Tag! Was für ein Tag! Was für ein Tag!«[1]
Viktor Orbán

»›Vorwärts, nach hinten!‹ Diese Aufforderung habe ich einmal in einer Straßenbahn in Warschau gehört. Ich schlage sie als Parole für eine mächtige Internationale vor, die niemals das Licht der Welt erblicken wird.«[2] So beginnt eine denkwürdige Schrift von Leszek Kolakowski mit dem Titel »Wie man ein konservativ-liberaler Sozialist sein kann«.

»Vorwärts, nach hinten« wäre tatsächlich ein angemessener Titel für eine Untersuchung des Rückschritts der liberalen Demokratie in Kolakowskis Heimat Polen und anderen Teilen Ostmitteleuropas in den mehr als drei Jahrzehnten seit Ende ihrer kommunistischen Regimes und fast zwanzig Jahren nach ihrem EU-Beitritt.

»Rückschlag« ist der Begriff, den der ungarische Politikphilosoph Oskar Jaszi in den 1920er Jahren für sein Land unter der Regierung Horthy verwendete. Er übernahm das Konzept aus der Psychoanalyse, die lehrt, dass in Krisenzeiten alte Strukturen wieder hervortreten. Die alten Strukturen, die heute wieder zum Vorschein kommen, sind jedoch nicht die des Kommunismus, wie einige glauben machen wollen, sondern vielleicht noch ältere vor-

1 Viktor Orbán im Interview mit Peter Foster, *The Daily Telegraph*, 11. November 2016. Das Interview fand am Tag nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA statt.

2 Kolakowski, Leszek: Comment être socialiste+conservateur+libéral: Credo, Paris: Les Belles Lettres 2017.

kommunistische Strukturen, die wieder in den Diskurs und die politische Praxis Einzug halten.

Als die politischen Führer Polens und Ungarns Jaroslaw Kaczynski und Viktor Orbán im Herbst 2016 in Krynica zusammenkamen, feierten Sie den Brexit und forderten eine »Gegenrevolution« in Europa. Früher trafen sich die Dissidenten von Solidarnosc und Charta 77 an der Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei, um demokratische Strategien für die Opposition zu entwickeln. Heute treffen sich zwei aus ihren Reihen in der Tatra als Vertreter zweier Länder, die längst als Erfolgsstorys der Nachwendezeit in Ostmitteleuropa gelten, und rufen zu einer »Gegenrevolution« in Europa auf.

Die illiberale Regression hat Auswirkungen auf Institutionen und Verfahren in der liberalen Demokratie

Die illiberale Regression hat in den Ländern Ostmitteleuropas unterschiedliche Auswirkungen, zeigt sich aber hauptsächlich in der Erosion wichtiger Institutionen und Verfahren der liberalen Demokratie, insbesondere der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit (der unabhängigen Rechtsprechung). Dazu gehört auch der Angriff auf die unabhängigen Medien: Der staatliche Rundfunk wird in beiden Ländern von der Regierung kontrolliert, auch wenn in Polen weiterhin einige freie Medien publizieren. Insbesondere in Polen und Ungarn, doch in geringerem Maße auch anderswo, stehen die Grundsätze und Werte der liberalen Demokratie infrage.

»Der neue Staat, den wir aufbauen, [ist] kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler Staat.«/»Etwas, das nicht liberal ist, kann noch eine Demokratie sein.«[3] Mit dieser Rede machte sich Viktor Orbán 2014 einen Namen, als er das Konzept der »illiberalen Demokratie« von Fareed Zakaria entlieh, um den Hang seiner Regierung zum Autoritarismus theoretisch zu untermauern.

Zakaria warnt vor der Ausbreitung von Staatsformen, in denen zwar gewählt wird, aber keine Rechtsstaatlichkeit herrscht. Diese werden jedoch von einigen äußerst selbstbewussten konservativen Liberalismuskritikern als erstrebenswert aufgefasst (unter anderem von den polnischen Autoren Legutko, Krasnodebski, Cichocki und Wildstein). Das beharrliche Bestehen

3 Orbán, Viktor: »Speech at the XXV Bálványos Free Summer University and Youth Camp«, Băile Tuşnad, 26. Juli 2014. http://budapestbeacon.com/

des Liberalismus auf Verfassungen, gegenseitiger Kontrolle der Staatsorgane und auf der Rechtsstaatlichkeit wird dargestellt als eine Unterdrückung der Volkssouveränität durch mit der EU verbandelte Eliten oder ungewählte und angeblich politisch neutrale Institutionen wie Verfassungsgerichte und Zentralbanken. Kaczynski zufolge geht es darum, die Fesseln des »konstitutionellen Impossibilismus« abzulegen. Das Pendant zur uneingeschränkten Volkssouveränität ist die Staatssouveränität. Das Wohl des Nationalstaats steht dabei unausweichlich im Zentrum der Innen- und Außenpolitik als eine ethnisch definierte Nation, die vor äußeren Eindringlingen geschützt ist, egal ob es sich um Migranten oder EU-Institutionen handelt.

»Hunde, die bellen«

Wie ist es aber so weit gekommen, von der Wende zur liberalen Demokratie 1989 bis hin zur »illiberalen Versuchung« des letzten Jahrzehnts?

Sicher, einige polnische Intellektuelle warnen schon länger davor. Bronislaw Geremek, Historiker und prominenter Vertreter der demokratischen Opposition in Polen, nannte bereits im Juni 1990 drei Gefahren für die neu entstehende Demokratie. Die erste sei der Populismus im Verbund mit weit verbreiteten »egalitären Illusionen«. Zweitens, »die Versuchung, autoritäre Regierungen einzusetzen« und drittens, der Nationalismus, die starke Kraft, die einst den kollektiven Widerstand gegen den Kommunismus antrieb, die sich aber in einer destabilisierten Gesellschaft schnell zu Chauvinismus wandeln könne. Adam Michnik, einer der polnischen Dissidentenführer und seit 1990 Herausgeber der Tageszeitung Gazeta Wyborcza, warnte im Frühjahr 1991 bei einer Konferenz in Krakau vor der Bedrohung durch den nationalistischen Fundamentalismus, der die demokratische Debatte einzuschränken suche, und vor religiösem Fundamentalismus, also der Versuchung, die Grenzen zwischen Religion und dem säkularisierten öffentlichen Leben aufzulösen. Und schließlich sei da noch die populistische Einstellung »wir gegen die anderen«, die einer Gesellschaft nach jahrzehntelangem Widerstand gegen einen totalitären Staat anhängen kann, jedoch einem Pluralismus nicht besonders förderlich ist.

Seine Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht und wurden schließlich unter der Kategorie »Hunde, die bellen, beißen nicht« abgetan. Ungarn und Polen galten als die Erfolgsgeschichten der Nachwendezeit. Gemeinsam mit

den Tschechen, Slowaken, Slowenen und Balten traten sie 2004 der EU bei, womit ihre Demokratisierung als abgeschlossen galt. Wie kam es also zu diesem anti-liberalen Rückschlag? Dafür gibt es eine Reihe möglicher Erklärungen, von denen keine die alleinige Wahrheit beansprucht.

Fünf Hypothesen über den illiberalen Rückschlag

Erste Hypothese: Die im westlichen Diskurs über den Aufstieg des Populismus am weitesten verbreitete Hypothese stützt sich auf sozioökonomische Argumente und lässt sich mit »Gewinner und Verlierer« der Nachwendezeit überschreiben. Damit fügt sie sich ein in die Argumentation über die Verlierer der Globalisierung und den Wegfall der Unterstützung der Mittelschicht für den Liberalismus. Sicher gibt es hier entscheidende regionale Unterschiede, nicht zuletzt die Kluft zwischen den Haupt- und Großstädten gegenüber den Kleinstädten und ländlichen Gebieten, in denen der neue Wohlstand des Landes nie angekommen ist. Die liberalen Marktwirtschaftler (Balcerowicz in Polen, Klaus in der Tschechischen Republik und Bokros in Ungarn), die in Ostmitteleuropa seit fast 20 Jahren an der Macht sind, haben die soziale Frage vernachlässigt und damit ein Vakuum geschaffen, das die Fidesz- und PiS-Partei mit großzügigen Zuwendungen füllen konnten, als sie an die Macht kamen. Dieses Paradoxon lässt sich auch auf den Niedergang der sozialistischen Parteien übertragen: Kulturell rückten sie nach »links« (liberal) und wirtschaftspolitisch nach »rechts« (marktfreundlich), wohingegen die Konservativen sich entgegengesetzt entwickelten und kulturell noch weiter nach rechts rückten, jedoch bei sozioökonomischen Themen eine »linkere« Position einzunehmen begannen. Deshalb, so wird argumentiert, ist der populistische Schlag gegen den politischen Liberalismus der Preis für dessen Kollusion mit dem Wirtschaftsliberalismus.

Die zweite Hypothese befasst sich damit, inwieweit der Liberalismus durch den Nationalismus infrage gestellt wird. Die Flüchtlingskrise 2015 war der Katalysator (nicht der Grund) für ein Wiedererstarken der Identitätspolitik basierend auf einer organischen Auffassung von Staat.[4] Wichtig zu bedenken ist hier, dass der vorherrschende Staatsbegriff in Ostmitteleuropa eher

4 Im Parteiprogramm der PiS heißt es: »Der Staat ist eine reale Gemeinschaft, geschaffen durch eine gemeinsame Sprache und ein gesamtes semiotisches System, eine gemeinsa-

von der deutschen Kulturnation geprägt war als von der französischen Idee eines »Bürgerstaats«. Für diese alten Nationen, die ihre Eigenstaatlichkeit eingebüßt hatten und deren »Existenz nicht offenkundig« (Kundera), also nicht unangefochten war und die später politische Anerkennung als Nationalstaat suchten, waren Sprache, Kultur und Religion, d.h. die Schlüsselelemente der Staatsbildung im 19. Jahrhundert, von besonderer Bedeutung. Der große ungarische Politikphilosoph Istvan Bibo argumentierte in »Das Elend der kleinen Staaten Osteuropas«, dass die Demokratie dann in Gefahr ist, ja eine Faschismusgefahr besteht, »wenn die Sache der Freiheit in Konflikt gerät mit der Sache des Staates«[5]. In anderen Worten: In ostmitteleuropäischen Staaten, deren Staatlichkeit und bloße Existenz fragil ist, kommt die kollektive Freiheit des Staates immer vor den individuellen Freiheiten, auf denen die liberale Demokratie aufbaut. Die erste Pflicht der Staatsmacht ist somit, den Staat (und seine kulturelle Identität) zu schützen. Ein Argument, das vor dem Hintergrund einer riesigen Migrationswelle und des demografischen Wandels umso schwerer wiegt.

Die Angst vor Überalterung und dem »großen Austausch« konnten sich die politischen Eliten leicht zunutze machen (Orbán und Kaczynski, aber auch Fico in der Slowakei oder Babis in der Tschechischen Republik), weil die Bevölkerungszusammensetzung dort im klaren Kontrast zu der in westeuropäischen Ländern steht. Der Zweite Weltkrieg, die Bevölkerungsverluste, aber auch Flucht und Vertreibung schufen homogene Nationalstaaten in der Region. Dies wurde durch den Eisernen Vorhang im Kalten Krieg nur verstärkt. Man konnte nicht hinaus, doch es kam auch niemand herein. Die Ostmitteleuropäer machten nicht die Erfahrung der Migration aus den ehemaligen Kolonien nach Westeuropa. Auch teilen sie nicht das postkoloniale Schuldgefühl, welches ihrer Ansicht nach zur Aufnahme der nicht-europäischen Migranten und zum liberalen Multikulti-Ideal geführt hat. Orbán sagte selbst dazu: »Entweder haben wir eine Staatsregierung, dann bleibt Ungarn ungarisch und Europa europäisch. Oder wir haben eine internationalistische Regierung, die im Prinzip aus George Soros besteht. Dann wird das Land ein Migrantenland.«[6]

---

me Kultur, ein gemeinsames historisches Schicksal und durch Solidarität.« Das »semiotische System« ist offensichtlich eng verbunden mit dem Katholizismus.

5 Bibo, Istvan: Das Elend der kleinen Staaten Osteuropas, Paris: Albin Michel 1944/1993.

6 Radio Kossuth, 06.04.2016.

Dritte Hypothese: Kulturkampf. In seinem Buch »Der Dämon der Demokratie: Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften« argumentiert Ryszard Legutko, ein bekannter konservativer polnischer Philosoph und Europa-Abgeordneter der PiS-Partei, dass der Liberalismus heute zu einer großen Bedrohung geworden sei.[7] Eine Ansicht, die viele konservative Ideologen teilen. Die Kommunisten, sagt er, waren besessen vom Klassendenken, die Liberalen von Geschlecht, sexueller Orientierung und Rasse. Dennoch verfolgten sie ein und dasselbe Ziel: die Auflösung der Familie, des Staates und der Kirche. Der liberale Konsens der Nachwendezeit sei nun vorbei, argumentiert Legutko. Die EU verfolge inzwischen eine linksliberale Agenda mit gleichgeschlechtlicher Ehe, LGBT-Rechten, Abtreibung und Multikulturalismus, der man sich widersetzen müsse. Dieser Diskurs über das dekadente Europa findet einigen Anklang bei einer Bevölkerung, die insgesamt konservativer eingestellt ist als die in Westeuropa. Der gesellschaftliche Liberalismus schlägt sowohl einen Graben zwischen den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas als auch zwischen der Region insgesamt und Westeuropa.

Vierte Hypothese: Die historische und soziologische Schwäche des Liberalismus in Ostmitteleuropa. Historisch gesehen war der Liberalismus hier ein Import aus dem Westen. Dafür gab es sozioökonomische Gründe wie etwa die Unterentwicklung der Städte, eines Bürgertums, das oftmals gleichzusetzen war mit der deutschen und jüdischen Minderheit, und eine vergleichsweise schwache Zivilgesellschaft.

Es gab eine liberal-demokratische politische Tradition, die bis in die Zeit nach 1848 zurückgeht. Während der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie (1867-1918) befürwortete der ungarische Adel den Liberalismus mit Vertretern wie Baron Josef Eötvös, der »ungarische Tocqueville«, und ließ sogar ein Parlamentsgebäude nach dem Vorbild in Westminster errichten (nur größer!). Doch die österreich-ungarische liberale Tradition überstand das Ende der Donaumonarchie nicht. Die ungarischen Liberalen verstummten nach dem Trauma von Trianon (Verlust von einem Drittel der ungarischen Bevölkerung durch Gründung der Nachfolgestaaten) und die Österreicher wanderten nach Amerika aus (Hayek, von Mises, Schumpeter), wo sie führende Vertreter der Chicagoer Schule der freien Marktwirtschaft wurden. Die Tschechen hatten ihre liberale Ära während der ersten Repu-

7 Vgl. Legutko, Ryszard: Der Dämon der Demokratie: Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften, Wien: Karolinger Verlag 2017.

blik (1918-38) unter ihrem Philosophen-Präsidenten Tomas Masaryk, doch sie überdauerte das Münchener Abkommen und den Verrat der westlichen liberalen Demokratien Großbritannien und Frankreich nicht. Die meisten anderen ostmitteleuropäischen Länder führten in den Zwischenkriegsjahren schrittweise semi-autoritäre Regimes ein.

Politisch und philosophisch lebte der Liberalismus erst in den 1970er Jahren wieder auf, als der Stern des Marxismus nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im Sinken begriffen war und erste Widerstands- und Menschenrechtsbewegungen entstanden. Diese rehabilitierten die Sprache der Rechten (im Gegensatz zu revisionistischem Gezänk über die (Un-)Möglichkeit, den Sozialismus zu verbessern) sowie die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die Diktatur. 1989 wurde somit eindeutig als eine liberal demokratische Revolution dargestellt mit den drei Dimensionen Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft als unverzichtbarem Bestandteil der demokratischen Erneuerung sowie Europa als Endziel und unerlässlicher Anker für die neuen Demokratien.

Nichtsdestotrotz wurden die intellektuellen ehemaligen Dissidenten schnell mundtot gemacht und ihr liberales Erbe missachtet. Vaclav Havel stand als tschechischer Präsident für liberale Werte, selbst als die wahre Macht bereits in den Händen seines Hauptrivalen und späteren Nachfolgers Vaclav Klaus lag, einem Anhänger Margaret Thatchers (freie Marktwirtschaft, starker Nationalstaat und »Gesellschaft gibt es nicht«), der später als Unterstützer und Gastredner bei einem Bundesparteitag der AfD auftrat. Viktor Orbán begann 1989 ebenfalls als Liberaler und wurde mit einem Soros-Stipendium für ein Semester nach Oxford geschickt, um dort die Zivilgesellschaft zu studieren. Heute sind die Rechte der Zivilgesellschaft in Ungarn beschnitten und Karl Poppers Modell der Offenen Gesellschaft ist ein gefährlicher Grundpfeiler der liberalen Ideologie geworden: »Die Offene Gesellschaft ist wahrscheinlich die einflussreichste und zerstörerischste Schlussfolgerung aus dem Zweiten Weltkrieg im westlichen Denken. Ihre Bedeutung ist herausragend, da man heute mit Fug und Recht behaupten kann, dass die Offene Gesellschaft das einzige ideologisch kohärente Denkmodell im Westen ist.«[8] Die Menschen wollen »demokratische, keine offenen Gesellschaften«, schlussfolgerte Orbán.

---

8 Orbán, Victor: Rede an der Corvinus-Universität Budapest, 2018.

Fünfte Hypothese: Das Ende des liberalen Zyklus der Nachwendezeit. Da die Forderungen zur Wendezeit Demokratie, Marktwirtschaft und Europa lauteten, hätte man zum zwanzigjährigen Jubiläum sagen können »Auftrag erfüllt«. Mit einer Einschränkung: Alle drei Grundpfeiler steckten in der Krise. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurde nur deutlicher, was sich zuvor bereits angekündigt hatte: Der liberale Zyklus der Nachwendezeit war am Ende.

Es wäre jedoch irreführend, dies als Abtrünnigkeit des »Ostens« abzutun und damit verspätete Zweifel an der EU-Osterweiterung zu nähren, die sich auf Länder erstreckt, welche die Gründungsprinzipien der EU, wie etwa Rechtsstaatlichkeit, heute offen infrage stellen. Populistische Angriffe auf den Liberalismus kamen in den letzten Jahren auch aus Ländern wie den USA oder Großbritannien, die seit dem Krieg als Stützpfeiler der liberalen Demokratie galten. Durch Trump und den Brexit fühlten sich Orbán, Kaczynski und einige andere bestärkt. Sie waren nicht länger die Quertreiber aus dem Osten, sondern die »Avantgarde« des populistischen Nationalismus, der die liberale Weltordnung nach 1989 aufgerüttelt hat.

Die Grenzen des Illiberalismus

Die illiberale Strömung unterliegt jedoch einigen bedeutenden Einschränkungen. Wenn Orbán und Kaczynski sich wirklich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam mit etwa Salvini und Le Pen die politische Landschaft in Europa umzugestalten, dann zeigt die transeuropäische Tragweite des Problems einmal mehr wie wichtig resiliente EU-Institutionen und der politische Wille sind, die Werte und Grundsätze zu verteidigen, auf denen sie gegründet wurden.[9]

Vielleicht wird das, wenn auch etwas verspätet, gerade in diesen Zeiten deutlich. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat sich die EU auf Artikel 7 des Vertrags von Lissabon berufen, wonach bei schweren Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit theoretisch das Stimmrecht des betroffenen Mitgliedsstaats ausgesetzt werden kann. Da dies jedoch die einstimmige Zu-

9 Eher durch Politik als durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs. Letzterer spielt eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten, doch die Versuchung, den EuGH bei gesellschaftlichen Themen anzurufen, ist umstritten. Selbst wenn es dabei um die »europäischen Werte« geht, da diese an sich im öffentlichen Diskurs nach wie vor Gegenstand von Kontroversen sind.

stimmung der übrigen Mitgliedsstaaten erfordert, könnte sich der jüngste Beschluss als wirksamer erweisen, Bedingungen an die Ausreichung von EU-Finanzmitteln zu knüpfen, etwa für den Konjunkturaufschwung nach der Corona-Krise oder den Zugriff auf die sogenannten Strukturfonds, die Bestandteil des EU-Haushalts sind und immerhin 3 Prozent des BIP der betroffenen Länder ausmachen.

Die zweite Beschränkung der illiberalen Tendenzen findet sich in der Gesellschaft der Länder Ostmitteleuropas selbst, die zutiefst gespalten sind und deren Politik extrem polarisiert. Sicher, Orbán hat seine Anhänger und Verbündeten unter den Regierungsführern Sloweniens (Jansa) und Serbiens (Vučić). Doch der Widerstand nimmt zu. Die Bürgermeister von Budapest, Warschau, Prag und Bratislava gaben 2018 eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihre Opposition gegen die illiberale und euroskeptische Politik ihrer Regierungen zum Ausdruck bringen. Die einzige Möglichkeit, sie loszuwerden, ist die Bildung großer Koalitionen zur Verteidigung liberaler Grundsätze, von den grünen Parteien links der Mitte bis hin zu den Christen rechts der Mitte. In Polen verlor eine solche Koalition die Präsidentschaftswahl 2021 um einen Prozentpunkt. Bei den Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik siegte eine große Koalition vor Kurzem über den populistischen Unternehmer Andrej Babis. Trotzdem wird erst die Wahl in Ungarn im April der wahre Test für die Region sein. Eine Niederlage von Orbáns Fidesz-Partei könnte das Ende der »illiberalen Demokratie« in Mitteleuropa einläuten.

Schließlich bleibt noch die geopolitische Perspektive zu betrachten. Für die Länder in Ostmitteleuropa ist ein Brexit (oder Polexit) keine ernstzunehmende Option. Wenn man sieht, wie ihre Nachbarn im Osten von einem selbstsicheren Russland destabilisiert und sogar in einen Krieg hineingezogen werden, überlegt man es sich zweimal, bevor man die Tür zur EU endgültig zuschlägt, trotz aller Unbill. Lässt man die eigene Souveränität von einem übermächtigen Nachbarn bedrohen oder teilt man sie lieber mit anderen in der EU?

In ihrer Zurückweisung europäischer Bedenken zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Ländern setzten Orbán und Kaczynski, aber mehr noch die polnischen und ungarischen Justizminister Zbigniew Ziobro und Judit Varga, die Europäische Union mit der Sowjetunion und Brüssel mit Moskau gleich. Das ist natürlich nicht hinnehmbar und eine Beleidigung für die übrigen Europäer, die 70 Jahre lang am europäischen Projekt gearbeitet haben, das für sie mit Frieden, Demokratie und Wohlstand assoziiert ist. Die Visegrád-Staaten sind nach ihren Volksabstimmungen

aus freien Stücken beigetreten und wissen, spätestens seit dem Brexit, dass sie auch wieder austreten können.

Die stärkste Replik auf die unerhörte Behauptung, Brüssel sei das neue Moskau, kam aus Kiew, als Präsident Selenskyj in einer Rede live vor dem Europaparlament zusammengefasst sagte: »Wir möchten unbedingt der EU beitreten, weil wir eine liberale Demokratie werden wollen, wie sie die EU und das Europaparlament verkörpern«.[10] Orbán und Kaczynski scheinen sich nicht zwischen russischer Autokratie und europäischer Demokratie entscheiden zu können. Präsident Selenskyj weiß das besser. Wenn russische Panzer auf heimischem Boden rollen, fällt die Entscheidung auf einmal ganz leicht.

10 Ansprache von Wolodymyr Selenskyj im EU-Parlament zur Situation in der Ukraine am 01.03.2022.

Liberalismus jenseits von Individualismus und Kapitalismus

Christoph Möllers

In seiner zweihundertjährigen Geschichte hat der politische Liberalismus sich oft gewandelt und ist dabei ganz unterschiedliche politische und ökonomische Koalitionen eingegangen. Ursprünglich das Projekt einer politischen Mitte, die die Errungenschaften der französischen Revolutionen vor der feudalen Restauration bewahren wollte, ohne ihrerseits zu revolutionär zu werden, waren die Liberalen des 19. Jahrhunderts die Agenten eines aufstrebenden Bürgertums. Damit standen sie für Modernisierung und Emanzipation, ohne sich aber zu weit auf die demokratischen Reformen einlassen zu wollen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts gegen ihren Widerstand durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verwirklicht wurden. Die so erweiterte Wählerschaft beendete die große Zeit des politischen Liberalismus recht bald, liberale Parteien verschwanden oder wurden marginalisiert. Der politische Liberalismus wurde zu einem politischen Ideenhaushalt, der sich auf moderate Parteien von rechts und links verteilen musste, zwischen denen sich die liberale Familie auch immer wieder spaltete. Dass Liberalismus und Demokratie notwendig zueinander gehören, war nach den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit. Dass wir heute Liberalismus und Demokratie jedenfalls im Westen ohne Weiteres miteinander identifizieren, ist ein Ergebnis der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges. Mehr und mehr wird diese Gleichsetzung von autoritären Herrschern geleugnet, die sich für ihre illiberale Praktiken auf ein vermeintlich demokratisches Mandat berufen.

Der Liberalismus in wechselnden Koalitionen

Auch die ökonomischen Präferenzen liberaler Politik haben sich in den letzten zweihundert Jahren öfters gewandelt. Die Früh- und Vorliberalen waren keineswegs Verächter staatlicher Regulierung, aber bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts tritt mit dem bis heute berüchtigten »Manchester«-Liberalismus eine regulierungskritische Form des Liberalismus auf den Plan, die sich mit sozialdarwinistischen Modellen verbinden wird. Weniger bekannt ist, dass diese Vorstellung bald durch einen regulierungsfreundlichen »New Liberalism« kritisiert und durch andere Modelle der staatlichen Intervention in den Wirtschaftskreislauf ersetzt wurde. Sozialliberales progressives Denken hatte um 1900 gerade in Großbritannien Konjunktur. Gemäßigt sozialistische und liberale politische Programmatiken lassen sich vor dem ersten Weltkrieg nicht immer einfach voneinander unterscheiden. Das hier liegende ideenpolitische Kapital verdiente es, wieder gehoben und modernisiert zu werden.

Dass Liberalismus und Kapitalismus in der Gegenwart in einem so festen Bündnis miteinander zu stehen scheinen, ist seinerseits keine Selbstverständlichkeit: Eine Ursache dafür liegt heute in einer einseitigen Wahrnehmung der liberalen Denktraditionen, die oft auf eine spezielle Form des Neoliberalismus verkürzt werden.[1] Dies ist auch Ergebnis einer begriffspolitischen Koalition: Staatskritische Deregulierer und Privatisierer haben die Bezeichnung »liberal« monopolisiert, linken und rechten Kritikern des Liberalismus ist dies recht, weil sie so einen handlich zu attackierenden Gegner bekommen.

Wichtiger als solche begrifflichen Volten war aber auch hier die Erfahrung des Kalten Krieges. Der liberaldemokratische Westen hatte mit dem durch die Sowjetunion geführten Ostblock einen Gegenspieler, der einen Mangel an demokratischer Legitimation mit einem Fehlen effizienter ökonomischer Strukturen verband. Im Ostblock war die Bevölkerung aus Sicht des Westens eben nicht nur unfrei, sondern auch arm. Das legte den Schluss nah, dass zwischen Freiheit und Wohlstand und damit auch zwischen Liberalismus und Kapitalismus eine notwendige Bedingung bestehen müsse.

Dass solche Übereinstimmungen politisch möglich, aber nicht notwendig sind, zeigte sich erst in dem – von liberalen Ökonomen nicht antizipierten – ökonomischen Aufstieg der Volksrepublik China. Mit ihm etablierte sich eine

1 Vgl. Kolev, Stefan: »Giftschrank oder Schatztruhe? Warum jede Generation ihren eigenen Neoliberalismus benötigt«, in diesem Band.

ökonomisch effiziente kapitalistische Struktur, deren politische Demokratisierung und Liberalisierung heute in noch weiterer Ferne steht als zu Beginn der Entwicklung in den 1980er Jahren. Lassen sich aus dem Aufstieg auch keine direkten Lehren für einen künftigen politischen Liberalismus finden, so zeigen sich hier doch lange Zeit ungewohnte negative Einsichten. Mit einem Mal erscheint es möglich, dass die Vermehrung der allgemeinen Wohlfahrt in Widerspruch zu individuellen oder politischen Freiheiten geraten kann. Auch der Zusammenhang zwischen Freiheit und Kapitalismus hat im 21. Jahrhundert seine Selbstverständlichkeit verloren. Es gibt illiberalen Kapitalismus. Ob es aber freie Gesellschaften geben kann, die ohne eine zumindest auch wettbewerbliche Wirtschaftsordnung funktionieren, wäre die Frage. Beispiele dafür finden sich, soweit ersichtlich, nicht.

Das freie Individuum und die freie politische Gemeinschaft

Die Hervorhebung *individueller* Freiheit schien immer ein einigermaßen sicheres Kennzeichen einer liberalen politischen Praxis gewesen zu sein. Schaut man genauer hin, ergibt sich freilich ein komplexeres Bild. Richtig ist, dass politische Herrschaft in liberaler Theorie und Praxis regelmäßig an die Zustimmung von Einzelnen gebunden werden und deren Freiheit dienen sollte. Richtig ist aber auch, dass sich das damit verknüpfte politische Anliegen ursprünglich nicht gegen die Staatsgewalt richtete, sondern gegen feudale und intermediäre Strukturen gegen Zünfte, Verbände und Korporationen. Die durch individuelle Zustimmung geschaffene liberale Staatsgewalt würde dann vielleicht besser rational gezähmt sein als die Monarchie, aber sicherlich nicht weniger politisch mächtig. Der Liberalismus schuf – das ist oft missverstanden worden – eine politische Welt, in der sich Individuum und politische Herrschaft wechselseitig zu verstärken suchten.

Das so ermächtigte Individuum war auch, aber nicht nur ein wirtschaftliches Subjekt. Vorstellungen einer starken individuellen Persönlichkeit, die sich selbst vielseitig bildet und entwickelt, gehören von Beginn an zu einem liberalen Selbstverständnis – und begleiten uns bis in die Gegenwart. Namentlich der Siegeszug von Grund- und Menschenrechten als dem heute am wenigsten umstrittenen normativen Baustein liberaler Systeme führt diesen normativen Individualismus weiter. Trotzdem spricht einiges dafür, dass sich unsere Vorstellungen von individueller Freiheit schon mitten in einem be-

grifflichen Umbruch befinden, der auch politische Bedeutung haben dürfte. Ursachen für diesen Umbruch dürften weniger in der autoritären Bedrohung liegen als in Einsichten, die freiheitliche Gesellschaften über sich selbst gewonnen haben. Drei seien genannt:

Eine erste Einsicht liegt im engen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Unfreiheit. Dass soziale Ungleichheit nicht nur den konkret Betroffenen schadet, sondern einer Gemeinschaft im Ganzen, ist eine Einsicht, die noch nicht alt ist. Ungleiche Gesellschaften haben etwa größere Probleme mit öffentlicher Gesundheit oder Korruption als egalitäre Gesellschaften. Der von liberalen Theorien überlieferte Gegensatz zwischen Liberalismus und Egalitarismus weicht sich unter solchen Einsichten auf. Auch die Beobachtung, dass sich wirtschaftliche Freiheit und politische Mitbestimmung nicht so klar voneinander isolieren lassen, wie es liberale Theorien oft unterstellen, weist in eine solche Richtung. Ungleicher Reichtum schafft unfreie Politik. Dass Meinungsfreiheit jemanden, der eine Stimme hat, und jemanden, der eine Zeitung hat, in gleicher Weise schützt, war immer schon eine eigentümliche Vorstellung. Der durch einen überlieferten Liberalismus hoch gehaltene Gegensatz von Liberalismus und Egalitarismus ist so nicht zu halten.

Eine zweite Einsicht liegt in der Erkenntnis, dass sich die Entwicklung von Individualität immer nur als eine soziale Leistung verstehen lässt. Frei zu sein, bedarf es viel und all das, dessen es dazu bedarf, muss erlernt und bewahrt werden. Dazu aber ist kein Individuum für sich in der Lage. Deswegen ist die Vorstellung, Freiheit bestehe in der Abwesenheit von sozialer und politischer Gestaltung, auch für individuelle Freiheit nicht überzeugend. Diese Einsicht hat auch Implikationen für die liberale – und als solche nicht überholte – Vorstellung eines fairen Wettbewerbs. Wenn der Liberalismus auf Kriterien des Verdienstes nicht verzichten kann, muss er dessen ungleiche Produktionsbedingungen korrigieren. Der Ansatzpunkt der Chancengleichheit wird sich daher in die frühkindlichen Bedingungen der Entwicklung von Fähigkeiten verschieben müssen. So gedacht, hat die liberale Vorstellung eines freien Wettbewerbs ein stark egalisierendes Potential, dem sich der zeitgenössische Liberalismus stellen muss.

Schließlich fordert drittens auch die Entwicklung von »ökologischem« Denken den Individualliberalismus heraus. Wenn »Ökologie« Modelle für die Beziehungen zwischen belebten Wesen und ihrer unbelebten Umgebung entwickelt, so kann dies auch für politische Vorstellungen individueller Freiheit Bedeutung gewinnen. So bedarf die Bewältigung der Klimakrise auch

einer politischen Epistemologie, die die Vorstellung vom atomisierten Individuum als zentraler Einheit radikal überwindet.

Politische Implikationen gewandelter Freiheitsbedingungen

Damit stehen wir heute in einer Welt, in der wenig selbstverständlich ist, wie ein politisches liberales Projekt aussehen könnte. Schlicht auf individuelle Freiheit und kapitalistisches Wirtschaften wird es sich nicht berufen können. Andererseits kann es auch nicht auf einen ausgezeichneten Bezug zu Individualität verzichten, der aber doch die genannten Herausforderungen aufnehmen muss. Die politischen Implikationen, die sich damit verbinden, sind vielfältig.

Außenpolitisch muss sich ein politischer Liberalismus darauf einstellen, dass die Feinde des Liberalismus weder handlich abgrenzbar sind, wie es in der Epoche des Kalten Krieges der Fall war, noch einfach verschwinden werden, wie es in der optimistischen Phase nach 1989 geglaubt werden konnte. Der politische Liberalismus ist heute ein politisch bedrohter verteidigungsbedürftiger Block. Bei allem Grauen, den der russische Überfall auf die Ukraine erweckt, hat er eben auch die notwendige Klarheit über diesen Zusammenhang geschaffen. Die typisch liberale Vorstellung, die eigenen Ideen würde sich durchsetzen, weil sie richtig seien, stellt auch eine politische Selbstentmächtigung dar. Dabei wird es nicht so einfach sein, Freunde und Gegner voneinander zu unterscheiden – und das Überleben des Liberalismus dürfte auch davon abhängen, hier politisch stringent zu sein und liberale Ordnungen, die im Schatten illiberaler Systeme stehen – wie die Ukraine oder Taiwan – nicht nur aus Solidarität, sondern gut liberal um des eigenen Überlebens des gesamten Projekts willen nicht allein zu lassen.

Innenpolitisch haben diese Umstellungen weitreichende Folgen. Dazu gehört die Entwicklung eines liberalen Modells der Kapitalismuskritik, die Entwicklung von Modellen einer intelligenten Meritokratie, die Elitenversteinerungen verhindert, und die politische Ausgestaltung der Frage, wie man den schwierigen Begriff der »zukünftigen Generationen« politisch operationalisiert. Dabei wird man den Liberalismus einmal mehr neu erfinden müssen, aber auch auf bereitliegende Instrumente zurückgreifen. Ein Beispiel wäre die Entwicklung einer Struktur der Erbschaftsbesteuerung, die unter Respektierung bestimmter Grenzen des innerfamiliär Erworbe-

nen, das gewaltige Problem der Perpetuierung von Ungleichheit durch einen nicht durch eine eigene Leistung errungenen Vermögenserwerb angeht. Dies setzt aber die Einsicht voraus, dass die durch Erbschaften geschaffene Ungleichheit auch ein wesentliches Stück politischer Ungleichheit produziert.

Wenn damit für den politischen Liberalismus vieles in Fluss geraten ist, stellt sich natürlich auch die Frage nach den Kriterien, die diese dennoch in der Sache zusammenhalten. Die Frage ideologischer Konsistenz ist oft eine eher akademische, denn politische Lager entwickeln sich in einem fort, ohne dass dies ihre Identität immer herausfordern müsste. Trotzdem sei zum Abschluss ein Gedanke zu dieser Frage formuliert: Wenn sich der Liberalismus am Begriff der Freiheit immer wieder neu erfinden sollte, dann sollte sich der »politische Liberalismus«, also einer, der sich an politischen Handlungsmöglichkeiten orientiert, heute weniger an idealen Modellen einer gerechtfertigten Ordnung orientieren, wie wir sie etwa in den Theorien John Rawls und Jürgen Habermas vorgeführt bekommen haben, als an politisch konkreteren Erfahrungen der Unfreiheit. Dort, wo es Menschen verwehrt wird, Lebensentwürfe zu formulieren und zu verwirklichen, weil dies die politische Herrschaft, soziale oder ökonomische Mächte oder ökologische Lebensumstände verhindern, ist der politische Liberalismus auf den Plan gerufen.

Freiheit und Gerechtigkeit im Doppelpack: Eine kleine Reise durch die liberale Ideengeschichte der Gerechtigkeit

Karen Horn

Zu den destruktiven Mustern in der politischen Debatte gehört das Denken in starren Gegensätzen. So findet sich während der Coronapandemie in manchen Argumentationen die individuelle Freiheit auf einmal als unversöhnlicher Gegenpol der Solidarität wieder, und gelegentlich hatte man den Eindruck, zwischen Gesundheit und Wohlstand werde ein Entweder-oder-Verhältnis konstruiert. Auch zuvor war es nicht ganz unüblich, Erstrebenswertes gegeneinander in Stellung zu bringen, statt zu fragen, was beides verbindet und wie es im Doppelpack zu verwirklichen sei – zum Beispiel Eigeninteresse und Gemeinwohl, Ökonomie und Ökologie. Ein weiteres Beispiel sind Freiheit und Gerechtigkeit. Auf der Suche nach dem Verbindenden mögen sich schon einmal Spannungen zeigen. Genau dort gabelt sich dann der Weg: Treibe ich sie auf die Spitze oder suche ich sie aufzulösen? Für welche Richtung man sich entscheidet, hat gewiss etwas mit dem persönlichen Temperament zu tun. Doch konstruktiv ist nur das Zusammendenken, nicht das radikale, notorisch unversöhnliche begriffliche Abgrenzen.

Hayek und die soziale Gerechtigkeit

Dass der Blick auf die beiden hohen Werte der Freiheit und der Gerechtigkeit überhaupt von der Idee der Unvereinbarkeit getrübt ist, hat eine Menge mit der Vernachlässigung des Gerechtigkeitsthemas durch manche liberale Denker und auch mit langjährigen Frontalattacken gegen wesentliche Aspekte von Gerechtigkeit zu tun. Eine unglückliche Rolle spielt hier beispielsweise der berühmte Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August

von Hayek, der die Gerechtigkeit im Wesentlichen als individuelle Tugend fasst und jegliche Vorstellung von einer gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdimension jenseits der reinen Rechtsstaatlichkeit als Kategorienfehler geißelt. So trägt der zweite Band seines Alterswerks »Recht, Gesetzgebung und Freiheit« den reißerischen Untertitel »Das Trugbild der sozialen Gerechtigkeit«.[1] Der Begriff soziale Gerechtigkeit gehört für Hayek, wie er spitz formuliert, in die Kategorie des Unsinns, ähnlich wie der Ausdruck »ein moralischer Stein«. So mancher hayekianische Heißsporn verwendet deshalb bis heute den Begriff entweder aus Prinzip nicht oder schreibt ihn allenfalls in so veralbernden wie albernen Anführungszeichen – so wie konservative Bundesrepublikaner einst das Kürzel »DDR«.

Wenn Hayeks Äußerungen zur »sozialen Gerechtigkeit« als Kategorienfehler für bare Münze zu nehmen wären, dann hieße das, dass er sich drastisch von den seit der Antike in der Philosophie üblichen konzeptionellen Gepflogenheiten distanzierte. In Platons »Politeia« beispielsweise nimmt die Gerechtigkeit den Rang der »Grundlage aller Tugenden« ein.[2] Sie wird sowohl in ihren individuellen als eben auch in ihren sozialen Ausprägungen erörtert, mit der Betonung, dass sie »im Großen«, also im gesamtgesellschaftlichen Kontext, am Ende besser erkennbar sei. Mit Platon allerdings hat Hayek, von der totalitarismuskritischen Interpretation Karl Poppers geprägt, nicht eben viel im Sinn. Doch auch bei Aristoteles gibt es schon beide Dimensionen. Sie sind beide vom grundsätzlichen Gerechtigkeits-Dilemma berührt, das Aristoteles konkret ausspricht und das die Ethik seither herausfordert: Was ist überhaupt gerecht – jedem das Seine zukommen zu lassen, was auch immer das sei, oder jedem das Gleiche? Bedeutet Gerechtigkeit also Tauschgerechtigkeit – oder vielmehr Verteilungsgerechtigkeit? Man ahnt die Antwort: Es kommt auf den Zusammenhang an, und die Aspekte überlagern einander. Wer also die »soziale Gerechtigkeit« von vornherein als bloßen Kategorienfehler abtut, dem ist etwas entgangen. Vor allem aber ist es dann kein Wunder, wenn in der Diskussion der Spieß umgedreht wird und, wie es aktuell geschieht, die individuelle Freiheit als konzeptionelle Verkürzung in Verruf gerät.

Allerdings holt Hayek vehementer und weiter aus, als es für sein Argument notwendig ist, und leistet so der ideologischen Verflachung und Vulgarisierung seiner Theorie auf bedauerliche Weise Vorschub. Wer das Gebot des

---

1 Hayek, Friedrich A. von: »Recht, Gesetzgebung und Freiheit«, Tübingen: Mohr Siebeck 2003.

2 Platon: Der Staat, Leipzig: Reclam 1985.

genauen Lesens wie auch der intellektuellen Barmherzigkeit befolgt, kann indes rasch erkennen, dass Hayek eine soziale Dimension der Gerechtigkeit gar nicht kategorisch abstritt. Er suchte diese allerdings vom ausschließlichen Fokus auf die materiellen Ergebnisse des Marktprozesses zu befreien und den Blick stärker auf dessen Regeln zu lenken, also von der Verteilungsgerechtigkeit auf die Verfahrensgerechtigkeit. Gerecht können nach seiner Theorie nur allgemeine Regeln sein – also möglichst universelle Regeln, die Diskriminierung ausschließen und damit dem allerhöchsten liberalen Grundsatz entsprechen, der zugleich ein egalitärer ist: der für alle Personen gleichen Menschenwürde.

Verfahren vs. Marktergebnisse

Marktwirtschaftliche Verfahrensregeln sind hierfür gut geeignet, weil sie allgemeinen Marktzugang ohne Ansehen der Person gewährleisten und alle Teilnehmenden gleichermaßen in die lediglich von reiner ökonomischer Sachlogik geprägte und insoweit willkürfreie, ergebnisoffene, »spontane Ordnung« der freiwilligen Kooperation im Wettbewerb einbetten. Der Wettbewerb ist ein kraftvoller Mechanismus der sozialen Koordination und die Voraussetzung für das Entstehen neuen Wissens in der Gesellschaft. Das Problem mit dem Fokus auf der Verteilungsgerechtigkeit besteht demgegenüber darin, dass deren letztlich willkürlich gesetzte Normen den Ergebnissen dieses als offen gedachten Prozesses logisch vorgreifen muss, in ihn eingreifen und ihn dabei verzerren – und dass sie ihn damit auch in seiner Fähigkeit schwächen, die Wirtschaftspläne der Menschen aufeinander abzustimmen und das für den Fortschritt notwendige neue Wissen entstehen zu lassen. Das ist Hayeks wichtige, fortgeltende Warnung. In der Tendenz dürfte sie umso überzeugender und anschlussfähiger sein, als Hayek auch durchaus kein Verfechter eines Minimalstaats und keineswegs so radikal war, jeglicher demokratisch beschlossenen Umverteilungsmaßnahme pauschal die Legitimität abzusprechen.

Die liberale Ideengeschichte hat allerdings auch noch Radikaleres – und damit tatsächlich zugleich enger Geführtes – als die hayekianische Gerechtigkeitstheorie zu bieten. Dazu zählen manche libertäre Ansätze, die in minimalstaatliche oder anarchokapitalistische Vorstellungen münden. Sie führen die Gerechtigkeit allein auf grundlegende moralische Rechte

der einzelnen Menschen zurück. Diese wiederum leiten sich mal mehr, mal weniger stark aus dem Naturrecht ab. Sie fokussieren sich auf den Schutz des individuellen Eigentums, einer logischen Folge aus dem von John Locke in seiner »Second Treatise on Government«[3] postulierten Selbsteigentum des Menschen. An dieses knüpft sich das Recht auf die Früchte der eigenen Arbeit ebenso wie die Forderung nach freier Verfügung darüber, also nach Vertragsfreiheit. Ungerecht ist in dieser Sichtweise mithin jegliches Tun, das die individuelle Person in ihrer Verfügung über sich selbst wie auch über ihr Eigentum beschneidet. Dazu passend hat Murray Rothbard als Gerechtigkeitsnorm das »Nicht-Aggressions-Axiom«[4] formuliert. Denkbare Adressaten dieser Norm sind sowohl die Mitmenschen als auch der Staat. Mithin gibt es auch hier eine individualethische und eine kollektive, institutionenethische Normendimension.

Das Nicht-Aggressions-Axiom

Das Nicht-Aggressions-Axiom mag selbstverständlich erscheinen, aber es ist gerade mit Blick auf das kollektive Handeln im Staat extrem restriktiv. In reiner, strikter Lesart stellt beispielsweise das Erheben jeglicher Steuern eine Aggression dar und ist mithin ungerecht, ebenso wie Denkmalschutzvorschriften für Immobilien oder die in Pandemiezeiten gesundheitspolitisch gebotene Maskenpflicht: In all diesen Fällen erlebt schließlich das Individuum einen kollektiven Zwang, der es in der freien Verfügung über sich selbst, seinen Körper oder auch sein Eigentum beschränkt bzw. »angreift«. Ein anderer wohl nicht ganz so leicht anschlussfähiger Aspekt ist die Einschränkung, dass die Gerechtigkeit eine bloß negative Norm sei, die also ein Unterlassen (eines andere Menschen schädigenden Verhaltens) fordere, nicht aber ein positives Tun (eine aktive Hilfeleistung durch eine Einzelperson oder auch durch die Gemeinschaft, beispielsweise den Sozialstaat). Das Nicht-Aggressions-Axiom formuliert gleichsam nur einen individualethischen Mindeststandard. Das schließt ein darüberhinausgehendes, initiativ-aktives moralisches Verhalten des Einzelnen keineswegs aus, nur sehen es die meisten Libertären nicht als Pflicht und klassifizieren es schon gar nicht unter dem Rubrum der Gerech-

3 Locke, John: Second Treatise on Government, Leipzig: Reclam 2012.

4 Rothbard, Murray: The Ethics of Liberty, Atlantic Highlands, NJ: Humanities Press 1982.

tigkeit. Letztlich handelt es sich hier um ein Problem der Begriffszuweisung. Der Grad der Radikalität der Libertären bestimmt sich dabei in Abhängigkeit davon, ob sie sich Umstände vorstellen können, in denen die postulierten Rechte des Einzelnen von anderen moralischen Aspekten überlagert oder übertrumpft werden können – entsprechende Ausführungen findet man beispielsweise bei Robert Nozick.[5] Ein Exempel dafür wäre eine allgemeine Impfpflicht, die radikale Libertäre als Übergriff auf die Person kategorisch verwerfen müssen, während sie gemäßigte Liberale ohne große Mühen zu rechtfertigen vermögen.

Dass die Nomenklatur eine oftmals verwirrende Rolle spielt, verdeutlicht in diesem Zusammenhang auch der Blick in das unvergleichlich reiche Werk von Adam Smith.[6] Ähnlich wie für seinen Zeitgenossen Immanuel Kant ist für ihn die Gerechtigkeit essenziell für den Bestand der Gesellschaft. Doch statt sich wie Kant auf die Fährte einer aus der Vernunft abgeleiteten Pflichtenethik der Gerechtigkeit zu begeben, fasst Smith letztere wie später die Libertären als eine im Wesentlichen negative Tugend, bei der es vor allem darum gehe, anderen Menschen nicht zu schaden. Man erkennt darin auch die für das Smith'sche Werk typischen Spuren der griechischen Philosophie. Allerdings tritt er nicht in die Fußstapfen Platons und Aristoteles', sondern Epikurs, demzufolge Gerechtigkeit nicht abstrakt herzuleiten ist, sondern letztlich auf einer Übereinkunft von Menschen beruht, einander nicht zu schädigen. Aus dieser Übereinkunft ergibt sich dann das Recht. Oftmals, so schreibt Smith, genügt man diesem defensiven Gebot der Gerechtigkeit schon dadurch, dass man stillsitzt und gar nichts tut.

Die Gerechtigkeit fordert demnach also ein Unterlassen – sowohl vom Einzelnen, der Anderen keinen Tort antun soll, als auch von der Regierung, die den Bürgern ihre »natürliche Freiheit« nicht nehmen darf. Für positive moralische Pflichten eröffnet Smith eine andere begriffliche Abteilung, die er Wohltätigkeit (»beneficence«)[7] nennt. Gerechtigkeit trägt das soziale Gebäude, Wohltätigkeit ist ein zusätzliches, das Ganze verschönerndes Ornament. Die Wohltätigkeit ist dabei für Adam Smith ähnlich wie später für Hayek eine wichtige individuelle Tugend, nicht aber eine sinnvoll ins Kollektive skalierbare normative Kategorie, die sich für die Ausrichtung des staatlichen

5 Siehe etwa Nozick, Robert: Anarchie, Staat, Utopia, München: Olzog Verlag 2011.

6 Smith, Adam: Wohlstand der Nationen, Köln: Anaconda 2013.

7 Smith, Adam: Theorie der ethischen Gefühle, Hamburg: Meiner 2013, S. 124f.

Handelns eignen würde. Der Staat ist nicht für die Moral zuständig, sondern für das Recht, das die – stets kontextabhängige – soziale Übereinkunft der Gerechtigkeit formalisiert, einklagbar und durchsetzbar macht. Man könnte auch formulieren: Der logische Ort der Gerechtigkeit im Staat ist das Recht. Wobei allerdings das Recht, ob gefunden oder gesetzt, unweigerlich im sich wandelnden Moralverständnis der Menschen wurzelt.

Ein Vorläufer der Warnung vor einer »Anmaßung von Wissen«, die später Hayek vorgebracht hat, findet sich dabei auch schon bei Smith: Im konkreten Fall, informiert durch dessen Anschauung, erfährt in seinem Modell der Mensch aus der Interaktion mit anderen und der Auseinandersetzung mit seinem Gewissen, dem »unparteiischen Beobachter«, ob über die passive, eine mögliche Schädigung anderer Menschen vermeidende individuelle Gerechtigkeit hinaus ein aktives wohltätiges Handeln gefordert ist. Smith skizziert dabei konzentrische Kreise unserer durch Vorstellungskraft und Vertrautheit geschulten Fähigkeit, uns in andere Leute hineinzuversetzen; ebenso konzentrisch sind auch die Kreise unserer Fähigkeit, ihnen etwas Gutes zu tun. Je weiter der konkrete Fall von mir entfernt ist, je weniger ich also über die herrschenden Umstände und über die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche des Betroffenen Bescheid weiß, desto nachdrücklicher rät mir mein modellhaft imaginierter unparteiischer Beobachter zum Stillhalten – nicht, dass ich aus guter Absicht das Falsche unternehme! Die Regierung hingegen kann sich in ihrem Urteil darüber, womit jemandem geholfen wäre und in welcher Weise sie sich also wohltätig verhalten sollte, nicht auf ihre individuelle Vorstellungskraft und enge Vertrautheit mit dem Hilfsempfänger stützen, der für sie zumeist nur eine statistische Nummer ist. Ihr Urteil bleibt notwendig abstrakt. Sie droht unterschiedliche Menschen über einen Kamm zu scheren und allzu vielen dabei Ungerechtigkeit widerfahren zu lassen; deshalb ist sie zur Zurückhaltung verpflichtet.

Rawls Theory of Justice

Von dem schon von Epikur angerissenen und in Adam Smiths Modell der von Einfühlungsvermögen getragenen Rückkopplungen näher ausgeführten Gedanken, dass unsere Gerechtigkeitsvorstellungen letztlich auf einer Übereinkunft beruhen, ist es nicht mehr weit zur bisher wohl explizitesten und am sorgfältigsten ausgearbeiteten liberalen Gerechtigkeitstheorie – der kontrak-

tualistischen »Theory of Justice«[8] von John Rawls. Was Gerechtigkeit in ihrer Substanz ist, leitet Rawls aus einem individuellen rationalen Vorteilskalkül ab, das freie, autonome und gleiche Bürger für sich anstellen. Rawls versetzt die Menschen gedanklich hinter einen »Schleier des Nichtwissens«, wo sie ahnungslos bezüglich ihres Rangs in der Gesellschaft, ihrer materiellen Ausstattung, ihrer Talente und Neigungen sind – damit sie sich unparteiisch über allgemeine Regeln verständigen, statt nur den vorab definierten eigenen Vorteil zu suchen. Hinter einem solchen Schleier ist nach Rawls zu erwarten, dass sich die Menschen auf zwei Gerechtigkeitsgrundsätze einigen. Erstens: »Jede Person hat ein gleiches Recht auf das umfassendste System gleicher Grundfreiheiten, das mit demselben System von Freiheiten für alle vereinbar ist.« Und zweitens: »Soziale und ökonomische Ungleichheiten sind zulässig, wenn sie a) zum größten zu erwartenden Vorteil für die am wenigsten Begünstigten und b) mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die allen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit offenstehen.«

Es handelt sich bei der Rawls'schen Theorie um eine spannende, fruchtbare Konzeption, die viele andere Elemente aus der facettenreichen liberalen Ideengeschichte in sich aufnimmt. Sie hat den Vorzug, Freiheit und Gerechtigkeit konstruktiv zusammenzudenken, statt sie auseinanderzudividieren und sich damit in eine Sprachlosigkeit hineinzumanövrieren. Wertvoll ist auch, dass sie lehrt, den Blick auf die Angemessenheit der allgemeinen Regeln zu richten, der von Hayek, aber auch von James M. Buchanan[9] betonten Spielregeln, die uns alle angehen. Sie führt vor Augen, dass das eigene Interesse unauflöslich mit dem Gemeinwohl verbunden ist. Aber natürlich liegt auch in dieser Konzeption der Teufel im Detail. Sie wirft Fragen auf: Wie überzeugend ist das Gedankenexperiment des »Schleiers«; lassen sich Regel- und Handlungsebene tatsächlich trennen? Wie realistisch ist es, dass auch die ökonomische Freiheit zum Konsens gehören würde? Und müssen der fiktiven Einigung hinter dem Schleier des Nichtwissens nicht eine öffentliche Debatte und eine reale Abstimmung folgen? Hieran arbeitet sich die liberale Philosophie seit Jahrzehnten ab. Sie ist kein Fach für Ungeduldige.

8 Rawl, John: A Theory of Justice, Revised Edition, Cambridge: Harvard University Press 1999.

9 Buchanan, James M.: The Collected Works of J. M. Buchanan. 20 Volumes, Indianapolis: Liberty Fund, Inc 1999 – 2002.

Ökologie und Freiheit

Ralf Fücks

Der Klimawandel ist eine Bewährungsprobe für die liberale Demokratie: Schaffen wir den raschen Übergang zur Klimaneutralität und können zugleich die Errungenschaften der liberalen Moderne bewahren – oder rutschen wir in eine neue Epoche der Einschränkungen, der kollektiven Gebote und Verbote und einer ökologischen Planwirtschaft, die den Mangel möglichst gerecht verteilt? Die Alternative ist der Aufbruch in die ökologische Moderne, die Entfesselung einer neuen wissenschaftlich-technischen Revolution und eine neue Synthese von Mensch und Natur. Wer Ökologie und Freiheit gegeneinander ausspielt, wird am Ende beides verlieren.[1]

Der Klimawandel kündigt das Ende einer Epoche an. Einem Zauberlehrling gleich hat die industrielle Moderne einen Prozess globaler Erwärmung in Gang gesetzt. Seit der Entfesselung fossiler Energien stieg die mittlere globale Temperatur um 1,1 Grad; aktuell bewegen wir uns Richtung 2,7 Grad bis Ende dieses Jahrhunderts. Das wäre eine dramatisch veränderte Welt mit prekären Lebensbedingungen für Milliarden Menschen.

Damit ist auch die Auseinandersetzung um unsere Antwort auf den Klimawandel in eine neue Phase getreten. Kohleausstieg, Verkehrswende, Pestizide in der Landwirtschaft, industrielle Fleischproduktion: Jetzt geht's ans Eingemachte. Mit dem Klimawandel gerät der expansive Lebensstil der Moderne in die Kritik. Je deutlicher die Gefährdung unserer ökologischen Lebensgrundlagen zutage tritt, desto lauter wird der Ruf: »Du musst Dein Leben ändern!« Für die Verfechter eines neuen, kontraktiven Lebensstils ist der Klimawandel die Folge der expansiven Lebensweise von einer Milliarde Menschen, die alle Segnungen der Moderne ohne Rücksicht auf die Folgen

1 Dieser Essay geht auf Gedanken zurück, die in zwei Beiträgen am 27. Februar 2019 in der Tageszeitung Die Welt und am 14.02.2022 in der FAZ bereits ausgeführt wurden.

genießen. Die Freude am Fahren, der Flugurlaub, die große Wohnung, die stromfressende Onlinekommunikation und der hohe Fleischkonsum – all das gilt als ökologischer Sündenfall. Unser Streben nach »immer mehr« ruiniert den Planeten. »Tuet Buße und kehrt um!« ist deshalb der neue kategorische Imperativ.

Die extrovertierte Selbstverwirklichung der Moderne basiert bis heute auf der scheinbar unbegrenzten Verfügbarkeit fossiler Energien. Sie waren der Treibstoff einer ungeheuren Steigerung von Produktion und Konsum. Jetzt, da sich erweist, dass die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas das Erdklima aus den Fugen hebt, gerät auch der Hedonismus der Moderne in die Kritik. Ihre Melodie klingt vertraut: Eine Freiheit, die auf Kosten des Rests der Menschheit ausgelebt wird, wird zum bloßen Egoismus. Sie zerstört die Freiheit künftiger Generationen, in einer halbwegs intakten Umwelt zu leben. Statt die Grenzen des Möglichen ständig auszuweiten, sollen wir uns jetzt in die planetarischen Belastungsgrenzen fügen. Das Zeitalter des »höher, schneller, weiter« ist vorbei. Die neue Ethik der Begrenzung gebietet Entschleunigung und Genügsamkeit. Sein statt Haben.

Folgt man der Logik des Schrumpfens, so müssen kollektive Gebote und Verbote nachhelfen, wenn der Appell zur Mäßigung auf taube Ohren stößt. Sie schränken die Freiheit des Einzelnen ein, um das Leben aller zu schützen. Das Gebot der Restriktion erscheint moralisch unangreifbar. Es ist dennoch die falsche Antwort auf Klimawandel und Artensterben. Ökologisch springt es zu kurz, gesellschaftlich mündet es in eine scharfe Polarisierung, politisch führt es auf die schiefe Ebene eines Autoritarismus im Namen der Weltrettung.

Ökologischer Calvinismus vs. grüne industrielle Revolution

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat den neuen Kulturkampf bereits vor Jahren präzise vorausgesehen:

> »Die expressions- und emissionsfeindliche Ethik der Zukunft zielt geradewegs auf die Umkehrung der bisherigen Zivilisationsrichtung. […] Sie fordert Minimierung, wo bisher Maximierung galt, sie verordnet Sparsamkeit, wo bisher Verschwendung als höchster Reiz empfunden wurde, sie mahnt die Selbstbeschränkung an, wo bisher die Selbstfreisetzung gefeiert wurde. Denkt man

> diese Umschwünge zu Ende, so gelangt man im Zuge der meteorologischen Reformation zu einer Art von ökologischem Calvinismus.«[2]

Die Heftigkeit, mit der um Fleischkonsum und Autofahren gestritten wird, ist der Vorbote eines neuen Kulturkampfs zwischen den Anhängerinnen und Anhängern einer moralisch aufgeladenen Politik der Restriktion und jenen, die diese Politik als Angriff auf ihre Lebensform empfinden. Die einen berufen sich auf Klima- und Gesundheitsschutz als zwingendes Gebot, die anderen sehen eine Verschwörung von grünen Autogegnern, die keine Ahnung vom realen Leben haben. Dieser Konflikt hat eine soziale Schlagseite, weil es vor allem die privilegierten Kinder der Wohlstandsgesellschaft sind, die eine »Wende zum Weniger« propagieren. Darin liegt die Gefahr einer populistischen Mobilisierung der »einfachen Leute« gegen die wohlhabenden Verfechterinnen und Verfechter einer ökologischen Verzichtspolitik. Es ist kein Zufall, dass sich die französische Bewegung der »Gelbwesten« an steigenden Benzinpreisen entzündete.

Die Anhänger einer restriktiven Umweltpolitik berufen sich gern auf die Maxime »Mit dem Klima lässt sich nicht verhandeln.« Sie berufen sich auf ökologische Sachzwänge, die über der Politik stehen. Der Fahrplan zur Klimaneutralität ergibt sich dann aus scheinbar exakten Tabellen, wie viel CO_2 der deutsche Stromsektor pro Jahr einsparen muss, um die Erderwärmung unter zwei Grad zu halten. Scheinbar exakt, weil jede isolierte Betrachtung einzelner Sektoren ebenso fiktiv ist wie eine national begrenzte Sichtweise. Eine solche technokratische Steuerung wird der Komplexität einer modernen, global vernetzten Industriegesellschaft nicht gerecht. Wer die Antwort auf den Klimawandel in der freiwilligen oder erzwungenen Einschränkung von Produktion und Konsum sucht, springt nicht nur zu kurz – er schlägt die falsche Richtung ein.

In einer schrumpfenden Ökonomie sinken auch die Investitionen und das Innovationstempo. Im Wettlauf mit dem Klimawandel brauchen wir jedoch ein höheres Innovationstempo und steigende Investitionen in den Umbau des Produktionsapparats, des Energiesystems und der öffentlichen Infrastruktur. Daraus kann eine neue ökonomische Dynamik entstehen, eine lange Welle umweltfreundlichen Wachstums. Ohnehin ist die Frage, ob die Weltwirtschaft weiterhin wächst, längst entschieden. Angesichts der

2 Sloterdijk, Peter: Was geschah im 20. Jahrhundert? Berlin: Suhrkamp 2017.

wachsenden Weltbevölkerung und des rapiden wirtschaftlichen Aufstiegs der Länder des Südens lautet die alles entscheidende Frage, ob es gelingt, Wertschöpfung und Naturverbrauch zu entkoppeln.

Die Versuchung liegt nahe, die ökologische Transformation als einen Masterplan anzugehen, der detailliert vorgibt, welche Ziele wie und bis wann zu erreichen sind. Die Metapher des »Umbaus der Industriegesellschaft« legt die Vorstellung nahe, es ließe sich eine hochkomplexe, in vielfältige Außenbeziehungen eingewobene Industriegesellschaft nach einem vorgefassten Plan umbauen wie eine Maschine. Fraglos braucht die ökologische Transformation einen aktiven, regulierenden und investierenden Staat, der die Weichen für privatwirtschaftliche Initiativen stellt. Milliardenschwere Investitionen in klimafreundliche Chemieanlagen und Stahlwerke werden nur erfolgen, wenn die Unternehmen damit rechnen können, dass grüner Strom und Wasserstoff in großen Mengen verfügbar sind. Die betrieblichen Mehrkosten gegenüber konventionellen Verfahren müssen sich entweder am Markt amortisieren oder kompensiert werden.

Die öffentliche Hand muss Leitmärkte für klimafreundliche Schlüsseltechnologien fördern und kritische Engpässe im Stromnetz beseitigen. Kluges Marktdesign kann dabei helfen.[3] Aber eine Top-down-Steuerung mit engmaschigen staatlichen Vorgaben kann niemals die Innovationskraft der Marktwirtschaft ersetzen, die das Wissen und die Eigeninitiative von Abermillionen Produzenten und Konsumenten bündelt.

Zu glauben, wir wüssten schon, wie Energiesystem, Mobilität und Landwirtschaft im Jahr 2045 aussehen werden, schreibt die Gegenwart in die Zukunft fort. Die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass etwa die Hälfte der nötigen Treibhausgasreduktionen von Innovationen abhängt, die heute noch im Forschungs- und Entwicklungsstadium sind. Weder wissen wir, zu welchen Innovationssprüngen die rasante technische Entwicklung führen wird, noch können wir die relativen Kosten unterschiedlicher Technologiepfade voraussagen. Eine erfolgreiche Klimastrategie muss darauf abzielen, eine selbsttragende Dynamik ökologischer Innovationen und Investitionen in Gang zu setzen. Sie muss ambitionierte Ziele mit dem Wettbewerb um die besten Lösungen verbinden. Und sie muss Reserven für ökonomische Engpässe und geopolitische Konflikte einkalkulieren.

3 Vgl. Wambach, Achim: »Mit klugem Marktdesign zu nachhaltigen Infrastrukturen«, in diesem Band.

Demokratie als Luxus?

Die Kritik an der Langsamkeit der Demokratie mit ihren ewigen Kompromissen hat eine lange Tradition. Es ist kein Zufall, dass prominente Umweltschützer wie der Norweger Jørgen Randers mit dem chinesischen Modell sympathisieren.[4] Wenn man Ökologie in erster Linie als Einschränkung von Produktion und Konsum versteht, ist das konsequent. Autoritäre Regimes scheinen eher in der Lage, die notwendigen Verzichtsleistungen durchzusetzen. Demokratie wird zum Luxus, den wir uns angesichts schmelzender Eisberge nicht mehr leisten können; Freiheit schnurrt auf die Einsicht in die ökologische Notwendigkeit zusammen.

Wenn die Erderwärmung außer Kontrolle gerät und die Meere kippen, wird das große Verwerfungen nach sich ziehen, von wirtschaftlichen Einbrüchen bis zu weltweiten Wanderungsbewegungen. Insofern gefährdet die Umweltkrise auch die Demokratie. Wir müssen deshalb alles tun, um die ökologische Transformation der Industriegesellschaft voranzutreiben, ohne die liberalen Freiheiten preiszugeben.

Wer Freiheit und Ökologie in Einklang bringen will, muss vor allem auf Innovation setzen und den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern. Sicher, auch eine liberale Ordnungspolitik kommt nicht ohne Grenzwerte und Verbote aus. Aber sie sind nicht der Königsweg für die Lösung der ökologischen Frage. Zielführender ist die Einbeziehung ökologischer Kosten in die Preisbildung. Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen. Der effektivste Hebel einer marktwirtschaftlich orientierten Umweltpolitik bleibt die Einbeziehung ökologischer Kosten in die Preisbildung. Steigende CO_2-Preise im eigenen Land müssen in den EU-Emissionshandel eingebettet sein; eine ambitionierte europäische Klimapolitik ist darauf angewiesen, möglichst viele Partner für ein internationales CO_2-Regime zu gewinnen. Multilaterale Abkommen sind auch ein Schlüssel für die Energiewende. Der forcierte Ausbau von Wind- und Solarstrom im eigenen Land muss mit einem weiträumigen Verbund erneuerbarer Energien von Skandinavien bis Nordafrika verknüpft werden. Die Mehrbelastun-

4 Siehe z.B. Jørgen Randers: »Der Westen sollte China kopieren«, Interview in: Wirtschafts-Woche vom 8.5.2012. https://www.wiwo.de/technologie/umwelt/interview-mit-jorgen-randers-der-westen-sollte-china-kopieren/6603708.html

gen, die durch Umweltsteuern entstehen, können durch eine Senkung von Lohnsteuern und Sozialabgaben kompensiert werden.

Entkopplung von Wohlstand und Naturverbrauch

Damit wir uns recht verstehen: Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung für das eigene Handeln. Deshalb ist es gut und richtig, mit Rad oder Bahn zu fahren und keine Produkte zu kaufen, für die Menschen geschunden werden oder Tiere leiden. Jeder und jedem steht es frei, das »gute Leben« in einem Mehr an freier Zeit und sozialen Beziehungen zu suchen – statt in einer Steigerung von Einkommen und Konsum. Aber ein nüchterner Blick auf die Größe der ökologischen Herausforderung zeigt, dass sie mit dem Appell zur Genügsamkeit nicht zu lösen ist. Ohne eine grüne industrielle Revolution werden wir den Wettlauf mit dem Klimawandel nicht gewinnen. Er erfordert die Umstellung auf erneuerbare Energien, eine Effizienzrevolution im Umgang mit knappen Ressourcen und den Übergang zu einer modernen Kreislaufwirtschaft. Im Kern geht es um die Entkopplung von Wohlstandsproduktion und Naturverbrauch. Das ist ambitioniert, aber machbar.

Angesichts der Zuspitzung ökologischer Krisen stehen wir vor drei absehbaren Optionen. Die erste liegt in der Radikalisierung einer Umkehrbewegung. Sie sucht die Rettung in der freiwilligen oder erzwungenen Umprogrammierung des Menschen, in Verzicht und Verbot. Ihr Gegenpol ist ein trotziges »weiter so«. Sloterdijk nennt das eine »komplementäre Welle der Resignation, des Defätismus und des zynischen Nach-uns-die-Sintflut«.[5] Die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Oberhand gewinnt, ist hoch. Die dritte Möglichkeit liegt in einer neuen Synthese zwischen Natur und Technik, einer Ko-Evolution zwischen Biosphäre und technischer Zivilisation. Angesichts der Belastungsgrenzen des Erdsystems bleiben uns zwei große Quellen des Fortschritts: Die Einstrahlung von Sonnenenergie auf die Erde und die menschliche Kreativität. Auf einer Kombination von beidem muss eine zukunftsfähige Zivilisation aufbauen. Wer Ökologie und Freiheit gegeneinander ausspielt, wird am Ende beides verlieren.

5 Sloterdijk, Peter: »Wie groß ist ›groß‹?«, Heinrich Böll Stiftung vom 19.5.2011. https://www.boell.de/de/navigation/oekologie-gesellschaft-sloterdijk-wie-gross-ist-gross-12073.html

Deutschland hat alle Voraussetzungen, Vorreiter für eine klimaneutrale Industriegesellschaft und ein Kompetenzzentrum ökologischer Innovation zu sein. Umweltfreundliche, global anschlussfähige Lösungen für die Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung zu entwickeln ist unser wichtigster Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Für ein fortschrittsmüdes, zukunftsängstliches Schrumpfeuropa interessiert sich kein Mensch. Wenn wir relevant bleiben wollen, müssen wir den Aufbruch in die ökologische Moderne wagen.

II Liberale Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit

Zur Kritischen Infrastruktur der Liberalen Demokratie

Jan-Werner Müller

Das Thema Infrastruktur ist in Mode. Joe Biden hat trotz der generellen Blockadehaltung der Republikaner parteiübergreifende Unterstützung für seinen Plan gewonnen, die maroden Brücken und einsturzgefährdeten Tunnel Amerikas instand setzen lassen; in Deutschland soll, nachdem die Defizite in der Pandemie so schmerzhaft deutlich geworden sind, endlich mit digitaler Infrastruktur ernst gemacht werden. Daran kann niemand etwas aussetzen, so offensichtlich ist der allgemeine Bedarf.

Weniger klar ist, dass auch demokratische Politik eine Infrastruktur braucht – und damit sind nicht nur leicht zugängliche Wahllokale gemeint. Infrastruktur bedeutet grundsätzlich: Möglichkeiten, andere erreichen und von ihnen erreicht zu werden; deswegen sind Straßensysteme und auch die Post (von Trump, man erinnere sich, gnadenlos politisiert) Paradebeispiele für Infrastruktur. Und in der liberalen, repräsentativen Demokratie? Da braucht es vor allem Parteien und professionelle Medien, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich miteinander zu verbinden oder, abstrakter ausgedrückt, ihre kommunikativen politischen Grundfreiheiten effektiv zu nutzen und sich zusammenzuschließen. Nicht umsonst trug die erste deutschsprachige Wochenzeitung, die im frühen 17. Jahrhundert in Straßburg herausgegeben wurde, den Namen *Relation*. Die vielgescholtenen sozialen Medien sind deswegen auch nicht schon an sich eine Bedrohung für die Demokratie – im Gegenteil. Aber es kommt darauf an, sie demokratiefreundlich zu regulieren.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, dass sich durch mehr Verbindungsmöglichkeiten allein Bedrohungen für die Demokratie entschärfen ließen. Und schon gar nicht soll eingestimmt werden in den kommunitaristisch-kitschigen Chor (der in Deutschland immer besonders lautstark ist), wonach

Demokratie primär Zusammenhalt bedeutet. Dass es Connections gibt und Menschen andere leicht erreichen können, impliziert noch lange nicht Konsens oder auch nur Solidarität. Autobahnen ermöglichen Bewegungsfreiheit, sie bedeuten nicht, dass wir alle in eine Richtung fahren (oder wie viele Leute man im Wagen mitnimmt). Nur: Es geht ja in der Demokratie auch gar nicht darum, allen die Richtung vorzugeben. Und ebenso wenig wie sich der Sinn einer Reise aus dem Vorhandensein von Leitplanken ergibt, erschöpft sich Demokratie im Ziehen von normativ-rechtlichen Grenzen. Aber dass sie eine wichtige Funktion erfüllen, kann niemand bestreiten.

Effektiver Gebrauch politischer Grundfreiheiten

Entgegen den Verfechtern von »illiberaler Demokratie«, laut derer Volksherrschaft sich auf den Urnengang reduziert, ist Demokratie undenkbar ohne den effektiven Gebrauch politischer Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (die denn auch von den Illiberalen auf die ein oder andere Weise eingeschränkt werden, um ihre Macht zu sichern, ohne Wahlen offiziell abzuschaffen). Der Wert dieser kommunikativen Rechte erhöht sich entscheidend, wenn ihr Gebrauch von Organisationen erleichtert wird. Ich kann auch allein auf der Straße demonstrieren, und all meine unveröffentlichten Meinungsartikel an Familie und Freunde verschicken oder sie im Spam von Unbekannten landen lassen. Aber offensichtlich vermögen vor allem politische Parteien und die vermeintlich »alten« Medien Wunder zu wirken, wenn es darum geht, eine Botschaft zu vervielfältigen (andere Organisationen allerdings auch; mit dem Fokus auf Parteien und Presse im weitesten Sinne soll zivilgesellschaftlichen Institutionen oder auch Gewerkschaften nicht der Wert abgesprochen werden; nur: repräsentative Demokratie ohne Parteien und Presse geht gar nicht).

Sicher hat nicht jeder ein so rosiges Bild von »vermittelnden Institution«. Kritiker monieren, Organisationen, die sich sozusagen zwischen das Volk und das politische System drängten, verstärkten immer Ungleichheit. Liberalen wie Alexis de Tocqueville, einem der großen Verfechter der *corps intermédiaires* im 19. Jahrhundert, wurde stets vorgeworfen, mit dem Lob dieser Instanzen hintenrum wieder so etwas wie Aristokratie legitimiert zu haben – ein Vorwurf, der auch in heutiger Verachtung der »politischen Klasse« oder der »Medienblase« noch mitschwingt. Es werde gar nicht vermittelt, so die

landläufige Kritik, sondern die wahre Stimme des Volkes verzerrt. Trump beschrieb Twitter einmal als Zeitung ohne Verluste, ein andermal als literarisches Medium, für das er einzigartiges Talent besitze (schließlich ernannte er sich mit gewohnter Bescheidenheit zum »Ernest Hemingway der 140 Zeichen«). Vor allem jedoch erklärte er Twitter zu seinem »Megaphon«, mit dem er den vermeintlichen »Lärm« der traditionellen Eliten durchdringe. Beppe Grillo, Gründer der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, forderte die Anhänger auf, über seinen Blog direkt Kontakt aufzunehmen und so die *casta* der korrupten Politikerinnen und Berufsjournalisten zu umgehen. Die »einfachen Leute« wüssten nämlich am besten, was wirklich Sache sei; Grillos Versprechen lautete schlicht, als ihr »Verstärker« zu funktionieren.

Es wäre voreilig, aufgrund solcher (falscher) Versprechen die sozialen Medien als strukturell populistisch zu bezeichnen. Die Frage ist erst einmal: Was soll eine kritische Infrastruktur der Demokratie eigentlich genau leisten? Zum einen soll sie Bürgerinnen und Bürgern Gesellschaft – inklusive ihrer Konflikte – darstellen und erfahrbar machen. Gegensätze sind nicht einfach objektiv gegeben; Interessen, Ideen und ja: auch Identitäten, müssen erst einmal als politisch relevant aufbereitet werden. Anders gesagt: Arbeiterinnen und Arbeitern braucht man nicht erklären, dass sie Arbeiter sind, aber erst eine sozialistische Partei macht ihnen vielleicht plausibel, dass sie Teil einer Arbeiter*klasse* sind, die im Clinch mit den Besitzern der Produktionsmittel liegt. Deswegen ist die in Deutschland beliebte Rede von der »Repräsentationslücke« so irreführend: Repräsentationsansprüche sind nicht einfach so da; sie werden von Parteien (und auch professionellen, auf Politik fokussierten Medien) erst einmal geformt – ohne, dass man diesen Prozess als notwendigerweise paternalistisch oder gar manipulativ verdächtigen sollte.

Es sollte in einer Demokratie möglichst einfach sein, neue Repräsentationsangebote zu machen. Das gilt vor allem für Parteien, deren Aufgabe es eben auch ist, Streit anzufangen und Konflikte auf produktive Weise auszutragen. Aber auch Medien ist es nicht verboten, Kampagnen zu lancieren, mit denen sie auf Missstände aufmerksam machen. Größen in der Geschichte des Journalismus wie der Brite W. T. Stead, einer der Erfinder des Interviews und der investigativen Recherche, sahen sich nicht zu Unrecht als moderne Volkstribune.

Produktive Konflikte in der Demokratie – und unproduktive

Aus demokratietheoretischer Sicht entscheidend ist nun nicht, dass alle immer schön auf Zusammenhalt achten – wenn es nur darum ginge, wäre es vielleicht stets am besten, erst gar nicht mit irgendwelchen Streitereien anzufangen, so berechtigt ihre Gründe auch sein mögen. Vielmehr kommt es darauf an, dass Konfliktteilnehmende nicht suggerieren, ihre politischen Gegner gehörten eigentlich gar nicht zum Volke oder seien gar existentielle Feinde – das klassische Manöver der autoritären Rechtspopulisten, die bekanntermaßen stets behaupten, allein sie verträten das Volk oder was bei ihnen auch gern als das »wahre Volk« bezeichnet wird. Dieser politischen Logik entsprechend gilt dann auch: Produktive Konflikte kann man nur mit Konfliktpartnern ausfechten, die man anerkennt; wer aber gar nicht dazugehört, kann von vornherein kein Partner ein.

Darüber hinaus muss, wer demokratischen Streit führen will, ein Mindestmaß an Fakten respektieren. Schon klar: »Die Fakten« sprechen nie für sich selbst, und die Vorstellung man könne Fakten und Meinungen immer fein säuberlich trennen, ist eine Illusion. Nur gilt auch hier: Wer überhaupt keine gemeinsame Faktenbasis anerkennt, wird auch andere nicht als legitime Konfliktpartner wahrnehmen können. Man kann niemanden mehr erreichen; und man wird für andere unerreichbar.

»Pluralismus« mag wie ein Klischee aus dem Sozialkundeunterricht klingen – aber ist doch entscheidend dafür, dass eine Demokratie ihren offenen, dynamischen, ja gar kreativen Charakter nicht verliert. Es muss eine Vielfalt von politischen und journalistischen Angeboten geben – und, weniger offensichtlich: Innerhalb von vermittelnden Institutionen sollte es idealerweise auch pluralistisch zugehen. Das Grundgesetz macht innerparteiliche Demokratie sogar zur Pflicht, und Räte wachen über die Ausgewogenheit der Medien.

Manchem mag das widersprüchlich erscheinen: Man macht schließlich bei einer Partei mit, weil man ganz spezifische Prinzipien teilt, und nicht, weil man endlos pluralistisch-tolerant wäre. Und ein Publikum will eine bestimmte Zeitung, weil es das Zeitgeschehen beispielsweise aus konservativer Warte interpretiert lesen will. Nur: Kein Prinzip setzt sich von selbst um, man muss stets diskutieren und abwägen; und ein Blatt, das immer nur das ideologisch Erwartbare liefert, wird zum (langweiligen) Propagandainstrument. Ohne Konflikte geht es nicht.

Was es bedeutet, wenn der Anspruch auf inneren Pluralismus und Konfliktfähigkeit ganz aufgegeben wird, zeigt einmal mehr ein Beispiel aus den USA: Trump funktionierte die Republikanische Partei bekanntlich zu einer Art Personenkult um: Wer dem Reality-TV-Star nicht huldigt, oder gar wagt zu behaupten, Biden habe die Wahl 2020 rechtmäßig gewonnen, wird zum Verräter erklärt und zum Teil buchstäblich aus der Partei ausgeschlossen. Ohne Pluralismus bildet sich keine kritische Loyalität und legitime Opposition innerhalb einer Partei, die einen Autoritären wie Trump rechtzeitig in die Schranken hätte weisen können. Und in Trump-treuen Medien findet sich bekanntlich auch kaum jemand mehr, der, seinem journalistischen Gewissen verpflichtet, auf Fakten gepocht hätte.

Wettbewerb, Rechte, Transparenz – reicht das?

Das Problem bei den Trumps und Grillos dieser Welt ist denn nicht, dass sie potentiellen Anhängern ein Repräsentationsangebot machen. Das Problem ist eben, dass sie behaupten, als einzige das Volk zu vertreten und allen politischen Gegnern im Namen des Volkes grundsätzlich die Legitimität absprechen (was nicht heißen soll, dass ein Ausschluss bestimmter Akteure nie gerechtfertigt sein könnte – Stichwort wehrhafte Demokratie). Das Problem ist auch nicht, dass die Ansprache an die Bürgerinnen und Bürger »direkt« ist. Erstens ist »Direktheit« hier eine Illusion; es braucht schließlich ein Medium wie Twitter. Und zweitens ist es auch völlig in Ordnung, dass sich im Netz neue politische Kollektive bilden. Die Gefahr besteht darin, dass das Geschäftsmodell mancher Plattformen – Facebook ist das offensichtliche Beispiel – de facto Hetze prämiert und die Nutzer mit immer radikaleren Angeboten dazu bringt, bei der Stange – sprich: auf der Plattform – zu bleiben. Die Wissenschaftler Quinn Slobodian und William Callison haben den Begriff *incitement capitalism* – »Aufhetzungskapitalismus« – geprägt[1], um diese Dynamik zu erfassen (wobei es natürlich auch Hetze ohne privaten Profit gibt); Shoshana Zuboff weist darauf hin, dass nicht Technologie an sich die konstante Überwachung des Online-Verhaltens zum Zweck,

1 Slobodian, Quinn/Callison, William: »Coronapolitics from the Reichstag to the Capitol«, in: Boston Review vom 12.1.2021. https://bostonreview.net/articles/quinn-slobodian-toxic-politics-coronakspeticism/

Werbeeinnahmen zu generieren, diktiert.[2] Die bei im weitesten Sinne liberalen Beobachterinnen und Beobachtern beliebte Vorstellung, wonach die irrationalen Massen sich die politischen Katastrophen Trump und Brexit selbst eingebrockt hätten – und man wieder mehr »Gatekeeper« bräuchte, um das Volk außen vor und ruhig zu halten – übersieht, dass spezifische Wirtschaftseliten für solche Geschäftsmodelle verantwortlich zeichnen, und nicht »der Mob«. Gehässigkeiten gäbe es auch ohne das Internet; dass sich die Gehässigen untereinander finden und ihre Gehässigkeiten verstärkt werden, bzw. man ihnen neue Gehässigkeiten suggeriert – das ist eine Frage von Strukturen, die man auch anders gestalten könnte.

Eigentlich wären die sozialen Medien eine wichtige Erweiterung der Infrastruktur der Demokratie – sie ermöglichen schlicht mehr an *Relationen* (um noch einmal an das Versprechen der ersten deutschen Zeitung zu erinnern). Die Furcht, sie reduzierten systematisch Pluralismus, gründet bekanntlich auf der Vorstellung, hilflose Menschen würden hier in Filterblasen gefangen und Echokammern eingesperrt. Neuere Forschungen zeigen, dass die These von den Echokammern selbst in einer Art wissenschaftlichen Echokammer immer wieder bestätigt wurde – aber empirisch nicht unbedingt plausibel ist. Wer einmal darüber nachdenkt, wird auch recht schnell zu dem Schluss kommen, dass wir uns in unserem Offline-Leben in recht homogenen Gruppen bewegen – im Netzt aber ständig auch ganz andere Perspektiven mitkriegen (oftmals, das sei gleich hinzugefügt, zum eigenen Ärger). Damit soll nicht verneint werden, dass es regelrechte Selbstbestätigungswellen gibt; nur folgt daraus noch nicht, dass soziale Medien an sich anti-pluralistisch sind. Das Problem besteht eher darin, dass es – ganz anders als bei Parteien und traditionellen Nachrichtenmedien – keine Vielfalt von Anbietern gibt.

Demokratische digitale Infrastrukturen – Teil der Lösung?

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe wichtiger Initiativen für demokratische digitale Infrastruktur, insbesondere öffentliche Plattformen, die sich nicht am Modell von Profit-durch-Überwachung-durch-Werbung orientieren. Analog zu der amerikanischen Corporation for Public Broadcasting

2 Zuboff, Shoshana: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus 2018.

– dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das es in den USA entgegen landläufiger Meinung durchaus, aber halt in kleinem Maßstab, gibt – hat man eine Corporation for Public Software vorgeschlagen. Damit stünden Apps zur freien Verfügung, die vor allem offenen Austausch unter Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollen. Es wäre einmal mehr naiv zu meinen, hier würde sich dann flugs Konsens ergeben: Kommunikationsfreiheit und Vergemeinschaftung, so Armin Nassehi einmal, schlössen sich eigentlich aus.[3] Aber Kommunikationsfreiheit, die für Profit manipuliert wird, ist immer noch etwas Besonderes, das sich auch ganz anders regulieren ließe.

Dass all dies vielleicht nicht ganz so einfach ist, haben kluge Beobachterinnen und Beobachter immer wieder betont. Die Ansätze, die heute jedem einleuchten – mehr Wettbewerb statt Monopole; mehr individuelle Rechte für Nutzerinnen und Nutzer; mehr Transparenz – basieren auf Grundideen, welche schon Liberale im 19. Jahrhundert hätten herunterbeten können. Das macht diese Ideen nicht falsch; ob sie allerdings ausreichen, eine Plattformwirtschaft demokratiekompatibel oder gar -fördernd zu machen, ist eine berechtigte Frage. Dieser Essay gibt auf diese Frage keine abschließende Antwort; zeigt aber auf, was eine kritische Infrastruktur der liberalen Demokratie überhaupt leisten soll.

3 Nassehi, Armin: Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft, München: C.H. Beck 2019.

Die Freiheit in den Zeiten der Pandemie

Sabine Döring

Während in Deutschland zu Beginn der Pandemie die behördlichen Maßnahmen zur Coronabekämpfung von einer Mehrheit der Menschen aktiv mitgetragen wurden, erleben wir seit Herbst 2020 eine immer lauter werdende Protestbewegung. Hasskommentare und Gewaltaufrufe, die im Internet gegen Polizei, Politik und Wissenschaft verbreitet werden, haben enorm zugenommen; sogar zu tätlichen Angriffen und Fackelaufmärschen vor Wohnhäusern ist es gekommen. Wie soll eine liberale Demokratie damit umgehen? Welche Lehren über Freiheit ziehen wir aus der Pandemie?

Das Virus ist eine Herausforderung für die liberale Demokratie

Unsere liberale Demokratie wurde durch das neue Virus SARS-CoV-2 vor eine neue Herausforderung gestellt. Die politische Entscheidungsfindung im Umgang mit der Pandemie ist geprägt durch eine in dieser Form ungekannte Kombination aus Wichtigkeit, dem Erfordernis wissenschaftlicher Expertise, Unsicherheit und höchster Dringlichkeit. Um dies im Vergleich zum Klimawandel zu verdeutlichen: Klimawandel ist mittel- und langfristig das wichtigere Problem. Die Wahrnehmung und die Antwort auf beide Probleme wird stark von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Ratschlägen geprägt. Was aus uns wird, wenn wir die von der Wissenschaft empfohlenen Maßnahmen umsetzen, ist nur mit großer Unsicherheit vorhersagbar. Jedoch zählt bei einem sich ausbreitenden Virus jeder Tag (Containment), jede Woche (Mitigation) oder jeder Monat (Impfquote), während wir beim Klimawandel in Jahren rechnen. Denn die Prozesse, die dem Klimawandel zugrunde liegen, sind kumulativ (wenngleich es Kipppunkte gibt), wohingegen die Ausbreitung eines Virus ein multiplikativer Prozess ist.

Beide Krisen verlangen nach kollektivem Handeln. Erstens hat individuelles Handeln Konsequenzen für andere. Während sich beim Klimawandel der individuelle CO_2-Fußabdruck zu einer globalen Emission addiert, kann in der Pandemie jeder zu einem massiven Ausbreitungsfaktor werden. Zweitens gibt es ein Trittbrettfahrerproblem: Von einer Lösung profitieren auch jene, die keine Kosten übernehmen. Drittens ist zur Bewältigung beider Krisen wissenschaftliche Expertise deshalb unverzichtbar, weil der Einzelne gar nicht absehen kann, wie sich sein Handeln global auswirken würde. Damit ist, technisch gesprochen, eine private Verhandlungslösung gemäß dem Coase-Theorem[1] vom Tisch. Es geht nicht ohne staatlichen Eingriff.

Eine aus liberaler Sicht optimale Intervention zur Verlangsamung des Klimawandels setzt auf Marktanreize, denn es geht um Reduktion: CO_2 ist ein Nebenprodukt hochgeschätzter Güter wie Strom, Wärme oder Warenproduktion. Das Ziel ist, die Summe globaler Emissionen bis hin zu einer neutralen Bilanz zu verringern. Verknappung durch eine Pigou-Steuer oder effizienter noch durch Zertifikate überlässt den Weg zur Reduktion dem Markt. Vergleichbare Ansatzpunkte für marktkonforme Maßnahmen in einer Pandemie zu finden, fällt schwer, zumal es nicht wie beim CO_2 um Reduktion geht, sondern um »Elimination« im Sinne einer Niedriginzidenzstrategie ohne Verfügbarkeit eines Impfstoffs und eines nachhaltigen Risikomanagements bis zum Erreichen der endemischen Phase mit Impfstoff. Für jedes Individuum muss verhindert werden, dass es zum Glied einer Infektionskette wird. Am besten erreicht man dies durch Regulierung, und das heißt: durch allgemeine Verbote bzw. Gebote wie zum Beispiel ein Kontaktverbot, eine Maskenpflicht oder, sofern die erforderliche Impfquote nicht anders erzielt werden kann, durch eine Impfpflicht. Während es dem Klima egal ist, wer die CO_2-Reduktion leistet (es zählt allein die globale Summe), scheitert die Elimination eines Virus, wenn sich nicht auch die Privilegierten und die Bockigen fügen. Das ist Grund, warum Epidemiologen der Impfquote eine so hohe Bedeutung beimessen. Auch wenn die Impfung heute nicht der alleinige Ausweg aus der Pandemie ist, ist sie nach wie vor der wichtigste.

1 Vgl. Coase, Ronald H.: »The Problem of Social Cost«, in: The Journal of Law & Economics 3 (1960).

Impfen ist moralisch geboten

Sofern erstens die Risiken der Impfung im Vergleich zu den Risiken einer Covid-19-Infektion vernachlässigbar sind, und zweitens durch die Erhöhung der Impfquote die Notwendigkeit staatlicher Einschränkungen *für alle* sinkt, ist es moralisch geboten, seinen Solidarbeitrag zur Impfquote zu leisten. Keine Ethik, die diesen Namen verdient, stellt einen guten Grund dafür bereit, dass andere unter Covid-19-Patienten leiden sollten, nur weil diese so »frei« waren, sich nicht impfen zu lassen, obwohl sie es konnten. Aus der Richtigkeit einer *moralischen* Impfpflicht folgt allerdings nicht die Richtigkeit einer *gesetzlichen* Impfpflicht: Für Liberale wird letztere die ultima ratio sein. Umgekehrt folgt aber daraus, dass eine Impfpflicht nicht gesetzlich beschlossen ist, nicht, dass wir nicht moralisch verpflichtet sind, uns impfen zu lassen. Nicht alles, was gesetzlich erlaubt ist, ist moralisch richtig.

Wie alle Katastrophen macht Corona dies wie unter einem Brennglas sichtbar. Katastrophen sind die »Stunde der Wahrheit«, insofern sie solidarisches Handeln erfordern. Während wir in ruhigeren Zeiten auch dann noch über die Runden kommen, wenn die meisten von uns ihre Steuern zahlen, sich an die Straßenverkehrsordnung halten und sich ansonsten vorwiegend um ihre eigenen Belange kümmern, zwingt Corona uns die Einsicht auf, dass Menschen für andere Menschen unbeabsichtigt zur Gefahr werden können. Zwar haben »negative externe Effekte«, d.h. negative Auswirkungen des eigenen Handelns auf andere, für die der Akteur nicht Rechnung trägt, immer schon eine wichtige Rolle in der politischen Debatte gespielt. Beispiele sind die Debatten um Klimawandel, Migration oder den Sozialstaat. Aber die Coronakrise lässt uns diese Effekte vermutlich so deutlich sehen wie nie zuvor. Wer die negativen externen Effekte der eigenen Handlungen einfach ignoriert und sich weigert, Verantwortung für sie zu übernehmen, handelt »egoistisch«. Der Egoist leistet seinen eigenen Beitrag zum Gemeinwohl nicht, baut aber zugleich darauf, seinerseits von den Segnungen des Gemeinwohls zu profitieren. Er ist ein Trittbrettfahrer, gleich, welche Motive er haben oder welche Gründe er dafür anführen mag.

Dabei geht es um viel mehr als nur um die Impfung oder die Coronamaßnahmen im Allgemeinen. Oftmals argumentieren Trittbrettfahrer unter dem Deckmantel der Eigenverantwortung oder der Freiheit. Klarerweise ist Trittbrettfahren gerade keine Eigenverantwortung. Denn im genuinen ordoliberalen Wortsinne hieße »Eigenverantwortung« ja, für den durch das

eigene Handeln oder Unterlassen bei sich selbst und anderen verursachten Schaden *selbst* aufzukommen. »Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen«, so beginnt Walter Eucken seine 1952 veröffentlichten *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*.[2] Ohnehin kann, wie bereits deutlich wurde, eine Pandemie – wie auch der Klimawandel – nicht allein durch Eigenverantwortung bekämpft werden, da dazu koordiniertes Handeln erforderlich ist.

Auf Freiheit können Trittbrettfahrer sich nicht berufen

Auch auf den Begriff der Freiheit kann der Trittbrettfahrer sich nicht berufen. Vordergründig betont er die Abwehr illegitimer staatlicher Eingriffe in individuelle Handlungsoptionen. Es scheint ihm um die von Isaiah Berlin so getaufte »negative Freiheit« als die Freiheit *von* Einmischung zu gehen. Menschen könnten und sollten selbst entscheiden, was sie wirklich wollen. So weit, so gut. Nur unterschlagen Trittbrettfahrer im Unterschied zu wahren Liberalen, dass Freiheit ein *normativer* Begriff ist. Negative Freiheit – oder auch die im Anschluss an sie nicht zuletzt von Philip Pettit entwickelte »republikanische Freiheit« als die Freiheit von Willkürherrschaft – soll »positive Freiheit« als die Freiheit *zu* Selbstbestimmung schützen.[3] Selbstbestimmung aber meint nicht »Willkürfreiheit«, also schrankenlose Befriedigung beliebiger Präferenzen, sondern Autonomie als *vernünftige* (oder jedenfalls *reflexive*) Selbstbestimmung. Es geht darum, etwas zu schützen, das schützens*wert* ist. Wir würden heute schwerlich die »Freiheit« schützen wollen, Kinder zu foltern. Dieser Aspekt der einen, einheitlich zu denkenden Freiheit fällt im Egoismus des Trittbrettfahrers unter den Tisch. Eine verbreitete Strategie im aktuellen politischen Diskurs besteht darin, bei *jedweder* staatlicher Freiheitseinschränkung reflexartig und unreflektiert zu protestieren (Böllern oder Billigfleisch, Coronamaßnahmen oder Maßnahmen zum Klimaschutz).

Im Hintergrund steht dabei oftmals der Unwille, seinen Kopf anzustrengen, um nach erfolgter Einsicht möglicherweise die eigene Komfortzone verlassen zu müssen. In dieser Strategie, Freiheit zum Freibrief der Sicherung eigener Privilegien zu erklären, besteht eine fundamentale Gefahr für die

---

2 Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Stuttgart: utb 2004.

3 Vgl. Pettit, Philip: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, Berlin: Suhrkamp 2015.

liberale Demokratie, die sich auf keinen einschlägigen liberalen Denker berufen kann.

Freiheit vollzieht sich im Rahmen eines Gemeinwesens

Freiheit, darüber sind sich wahre Liberale im Klaren, vollzieht sich immer schon im Rahmen eines Gemeinwesens und muss universalisierbar sein, d.h. für alle gelten, idealerweise im Rahmen der Weltgesellschaft (in der Debatte über Klimagerechtigkeit werden sogar zukünftige Generationen miteinbezogen). Eine liberale Demokratie kann deshalb nicht umhin, individuelle Freiheit zugunsten der Freiheit aller einzuschränken. Konsens in der liberalen Demokratie ist mit Isaiah Berlin, dass Autonomie nicht so verstanden werden darf, dass sie »von außen« bestimmt wird, schlimmstenfalls um den Preis, dass das Individuum in der Gemeinschaft praktisch verschwindet. Keine Staats- oder andere Macht darf unter Berufung darauf, es besser zu wissen als das beschränkte Individuum, was schützens- oder erstrebenswert sei, einen Paternalismus oder Autoritarismus begründen – eine Tyrannei der Moralisten. Aber das Bestehen dieser Gefahr kann auf der anderen Seite keinen Fundamentalskeptizismus bezüglich der Frage einer Einigung über die Grenzen individueller Freiheit im Rahmen einer liberalen Gemeinschaft begründen. Der Liberale beruft sich dabei auf das von John Stuart Mill formulierte und von Gerald Gaus als solches identifizierte »fundamentale liberale Prinzip«[4], nach dem die Beweislast stets diejenigen tragen, die individuelle Freiheit einschränken wollen. In vielen Fällen wird sich dieser Beweis aber durchaus erbringen lassen: trivialerweise bei Kapitalverbrechen, aber sicherlich auch bei vielen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Fundamentale Ablehnung jedweder Einschränkung individueller Freiheit führte stattdessen zu Anarchie in Form einer Tyrannei der Starken.

Die Frage, welche externen Effekte internalisiert werden sollten, wo die Grenze der Domäne der Verantwortung für andere – oder der Solidarität – und der Domäne der Eigenverantwortung verläuft, kann nicht dem Individuum überlassen werden. Denn schließlich geht es um die Grundordnung oder Konstitution, die wir uns als Gemeinschaft geben. Idealerweise wird

4 Gaus, Gerald: Justificatory Liberalism: An Essay on Epistemology and Political Theory, Oxford: University Press 1996.

diese Frage in einem kontinuierlichen (ethisch) informierten gesellschaftlichen Diskurs aller Freien und Gleichen beantwortet, im Zuge dessen Ergebnisse jeweils im Rahmen eines demokratischen Prozesses kodifiziert werden. Ohne diese Ordnung wäre der Einzelne in der Gemeinschaft, in der sein Handeln notwendigerweise stattfindet, orientierungs- und schutzlos. Es gölte das Recht des Stärkeren. Idealerweise etabliert diese Ordnung stattdessen solidarisches Handeln in Freiheit.

Das soll nicht heißen, dass die individuellen Konzeptionen zu einer einzigen »wahren« Theorie des Guten konvergieren würden. Aus Sicht unserer liberalen Demokratie ist eine solche perfektionistische Theorie des Guten überkommen und sogar gefährlich: religiöse, kulturelle oder politische Ideen, die eine einzige Wahrheit versprechen, werden sich in einer gerechten Gesellschaft freier und gleicher Bürger allein schon aufgrund der »Bürden des Urteilens« (John Rawls) nicht umsetzen lassen und haben schon zu oft zu viel Grausamkeit mit sich gebracht. Gleichwohl verlangt unsere Teilhabe als Bürger an der sozialen Gemeinschaft zumindest das zu tun, »was wir einander (im Sinne der Gerechtigkeit) schuldig sind«[5].Daher werden wir, statt uns blind grenzenlosem Lustgewinn hinzugeben, jede mögliche Quelle des Glücks kritisch auf ihre Externalitäten hin durchleuchten müssen. Hier hat wiederum Mill einen Punkt, wenn er gegen den rein quantitativen Hedonismus Jeremy Benthams für einen qualitativen Hedonismus plädiert und erklärt, es sei besser, »ein unzufriedener Sokrates als ein zufriedener Narr«[6] zu sein. Der zufriedene Sokrates und wahre Liberale wird Fakten und Argumenten Rechnung tragen, ohne sich davon den Spaß verderben zu lassen. Mit Liberalismus nichts zu tun hat hingegen jene Einstellung im Politischen, die Quassim Cassam »epistemische Sorglosigkeit« getauft hat und die im Ergebnis zu »Bullshit« führt.[7]

---

5 Scanlon, Thomas M.: What We Owe to Each Other, Cambridge: Harvard University Press 2000.

6 Mill, John S.: Utilitarianism, London: Parker, Son and Bourn 1863.

7 Vgl. z.B. Cassam, Quassim: »Vice Epistemology«, in: The Monist 99:2 (2016), S. 159-180.

Wir brauchen Solidarität *und* Toleranz

All das setzt die wechselseitige Erfüllung bestimmter normativer Erwartungen sowohl der Bürgerinnen und Bürger untereinander wie auch des Staates gegenüber seinen Bürgern und der Bürgerinnen gegenüber dem Staat voraus, denn dies ist die notwendige Voraussetzung für gegenseitigen Respekt und gegenseitiges Vertrauen und damit die unverzichtbare Grundlage von Solidarität *und* Toleranz. In einer pluralistischen Gesellschaft ist dieser Weg kein Verlust an Freiheit, sondern ihre Bedingung, insofern eine Übereinkunft zwischen Freien und Gleichen nur so gelingen kann. Wie der Sieg über das Virus kann Übereinkunft in der pluralistischen Gesellschaft nur gelingen, wenn alle mitdenken und keiner »quer«, wenn man also nicht alle einfach machen lässt.

Von anderen Auffassungen des politisch Richtigen wird sich der Liberalismus gleichwohl dadurch unterscheiden, dass er Freiheit zum grundlegenden politischen Wert erklärt und sich eben deshalb auf das fundamentale liberale Prinzip beruft. Diesen Wert und dieses Prinzip in ihrem Gehalt und ihrer praktischen Umsetzung damit zu vereinbaren, unter jeweils zu spezifizierenden Bedingungen staatliche Regulierung anzuerkennen, wird für unsere Selbstbestimmung, unsere Gefühlsregulation, unsere Konzeptionen des guten Lebens und unser Zusammenleben das bestimmende Projekt der Zukunft sein – nicht nur in den Zeiten der Pandemie.

Liberalismus gegen Rechtspopulismus

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

»Man liebt nur, was einen in Freiheit setzt«[1] Kaum ein Satz könnte besser die Sehnsucht vieler Menschen nach über zwei Jahren Pandemie zum Ausdruck bringen.

Sich heute mit der Zukunft des Liberalismus zu befassen, sollte eigentlich ganz einfach sein. Noch nie gab es in Friedenszeiten so viele Freiheitsbeschränkungen wie während der Coronapandemie, noch nie wurde so lange mit Verordnungen regiert und das Parlament zum Zaungast gemacht, noch nie waren Schulen so lange geschlossen und die Universitäten verwaist und noch nie wurde so nachdrücklich um eine Impfpflicht gestritten. Eine Impfpflicht für alle Menschen ab 18 Jahren – das ist eine große Frage in Deutschland, in dem das Bundesverfassungsgericht das Recht auf Kranksein aus den Grundrechten der körperlichen Unversehrtheit und der allgemeinen Handlungsfreiheit, der Selbstbestimmung abgeleitet hat. Eine solche Debatte wäre vor einigen Jahren unvorstellbar gewesen.

In dieser Ausnahmesituation, in der der Staat als Risikomanager in einer Verantwortung war, der er mal recht, mal schlecht nachgekommen ist; in dieser Zeit, in der auch die politischen Versäumnisse früherer Jahre gnadenlos sichtbar wurden – etwa die ungenügende digitale Infrastruktur in den Schulen und Gesundheitsämtern; in dieser Zeit müssten die Bedingungen für einen erstarkenden Liberalismus ideal sein, der machtvoll auf die Freiheit des Einzelnen setzt – ganz im Geiste Friedrich Schillers. Sich auch in Zeiten einer Pandemie für die Freiheit einzusetzen, sollte für Liberale selbstverständlich sein. Der Liberalismus beruht auf einem Bild vom Menschen, der sich vernunftgesteuert frei entfalten können soll und seiner Verantwor-

1 Vgl. Schiller, Friedrich: Man liebt nur, was einen in Freiheit setzt! Wiesbaden: marixverlag 2013.

tung in einer pluralen Gesellschaft gerecht wird. »Wir werden frei geboren, um frei zu sein«, formulierte Hannah Arendt.[2]

Freiheit ist jedoch nichts Absolutes. Freiheit ist eine regulative Idee, und regulative Ideen sind immer situations- und zeitgebunden. Deshalb ist es grundsätzlich kein Problem, dass die Grenzen der Freiheit immer wieder neu ausgehandelt werden. Wenn allerdings Freiheit nicht mehr als etwas verstanden wird, was dem Individuum zukommt, sondern der Gesellschaft als Ganzes, dann ist das ein grundlegender Paradigmenwechsel. Die Erfahrungen aus der Geschichte zweier Diktaturen haben gerade uns Deutschen gezeigt, wie wichtig es ist, den Begriff der Freiheit und der Würde an das Individuum zu knüpfen. Sollten jetzt die Begriffe der Freiheit und der Würde vom Individuum entkoppelt und auf ein Kollektiv übertragen werden, dann wäre das mit großen Gefahren verbunden. Die Anliegen und berechtigten Interessen des einzelnen Menschen müssten grundsätzlich hinter einem behaupteten Allgemeinwohl der Gesellschaft zurücktreten. Diese Grundhaltung prägt den Populismus von rechts wie von links. Liberale sollten sie sich nicht zu eigen machen.

Dem Rechtspopulismus geht es um die Freiheit des Kollektivs

Der Rechtspopulismus propagiert die absolut gesetzte Freiheit des Kollektivs. Das als homogen gesetzte Volk soll frei von allem sein, was der Durchsetzung seines Gemeinwillens nicht dienlich ist. Damit wäre auch dem Bedarf an personaler Freiheit Genüge getan, weil in der homogenen Gemeinschaft der Einzelwille im Gemeinwillen aufgehoben ist. Unter Berufung auf tatsächliche oder vermeintliche Missstände werden die gesellschaftlichen Eliten als Antagonisten des Volkes, ja als Verräter des Volkes, verantwortlich gemacht. Dazu reicht ein »ideologisches Minimum«, das nicht zufällig an das Denken Carl Schmitts erinnert. Es entstammt einer Vorstellung, wonach sich Politik allein aus dem Antagonismus von Freund und Feind generiert.

Wir haben es hier mit einer von einem ethnisch-homogenen Volkskörper ausgehenden Vorstellung von Politik zu tun, deren Aufgabe darin bestehe, das Eigene vor dem Fremden, das Wir vor dem Anderen und das Volk vor den Eliten zu schützen. Politik wird als ein der Reinigung des Eigenen von

2 Vgl. Arendt, Hannah: Die Freiheit, frei zu sein, München: dtv 2018.

allem Fremden dienender kathartischer Prozess begriffen, wodurch erst der wahre Wille, der Gemeinwille des homogenen Volkes, die volonté générale, zur Geltung gebracht werde.

An der Anlehnung an Carl Schmitt lässt sich die politische Stoßrichtung des Rechtspopulismus und seine Gefährlichkeit für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung besonders gut deutlich machen. Denn es ist nicht nur das auf Exklusion beruhende Politikverständnis, sondern auch die Verachtung des Grundgesetzes mitsamt dem nach dem Ende des zweiten Weltkriegs einsetzenden Verfassungsdenken, das den heutigen Rechtspopulismus mit dem Denken Carl Schmitts verbindet. Mit der gleichen Arroganz und Unbelehrbarkeit, mit der Carl Schmitt 1933 angesichts der Regierungsübernahme durch Adolf Hitler jubilierte, dass nun endlich »die Reste des (verhassten) liberal-demokratischen Systems immer mehr versinken«, glaubte er in seinen Nachkriegspublikationen, die Verfechter des Grundgesetzes als »Grundgesetzler« verspotten und die Grundrechte des Grundgesetzes als »unveräußerliche Eselsrechte« verhöhnen zu können.

Die Völker aus dem Gefängnis der freiheitlich-demokratischen Verfassungen, die Deutschen aus dem Gefängnis des Grundgesetzes zu befreien, genau darin sieht der Rechtspopulismus seine historisch legitimierte Mission. Der Rechtspopulismus wendet sich radikal gegen all jene Vorkehrungen, die die Autorinnen und Autoren der neueren Verfassungen in Europa und die die Eltern des Grundgesetzes 1949 als Sicherungen gegen ein erneutes Abgleiten in den Unrechtsstaat vorgesehen haben.

Diese Vorstellung vom Staat, die Überhöhung des deutschen Volkes und die auf Ausgrenzung allem Nichtdeutschsein angelegte politische Vorstellung ist eine Kampfansage an den Liberalismus. Der von den Rechtspopulisten angestrebte Autoritarismus zielt auf die Schwächung von Institutionen des demokratischen Rechtsstaats und der öffentlichen Kritik – Parlamente, Oppositionsparteien, unabhängige Gerichte und freie Medien.

Liberalismus muss sich dem Rechtspopulismus entgegenstellen

Diesem zerstörerischen Rechtspopulismus muss sich der Liberalismus mit aller Macht entgegenstellen. Da darf es keinerlei Unsicherheit und keine Verzagtheit geben. Das ist eine seiner großen Aufgaben heute.

Aus den großen philosophischen Ideen des politischen Lebens mit seinen Ursprüngen in der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, im Vormärz des 19. Jahrhunderts sowie seinen Transformationen im 20. Jahrhundert sind das Recht auf politische Teilhabe, das Prinzip der Selbstentfaltung und Selbstbestimmung, die mit den Mitteln des Rechtsstaats durchsetzbaren Freiheitsrechte und die ökonomische Selbstständigkeit in einer diskriminierungsfreien Gesellschaft hervorgegangen. Sie sind zentrale Elemente des Liberalismus.

Für Liberale ist Freiheit zunächst einmal von vornherein da. Sie unterwerfen Entscheidungen einer Freiheitsverträglichkeitsprüfung. Einschränkungen sind nach diesem Verständnis das letzte Mittel. Die Freiheit des Einen beschränkt notwendigerweise die Freiheit des Anderen. Diese Wechselwirkungen machen ständige Abwägungen notwendig, genauso wie die Spannungen gegenüber anderen Staatszielen wie der inneren Sicherheit. Genau diese Reibungen erleben wir in der Pandemie. Die Funktionsfähigkeit des staatlichen Gesundheitssystems wird zur Begründung von massiven, wenn auch befristeten Freiheitsbeschränkungen herangezogen. In vielen Fällen werden angesichts der Gesundheitsgefahren für besonders vulnerable Menschen die Freiheitseingriffe als verhältnismäßig bewertet – auch von den Gerichten.

Gefährdungen der Freiheit

Der politische Liberalismus heute ist durch die tiefen Risse in unserer Gesellschaft, durch die Rohheit und Radikalisierung der Kommunikation, durch Soziale Medien als Hasstreiber, durch die Cancel Culture mit ihrer Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit und durch eine Ausgrenzung befördernde Identitätspolitik herausgefordert. In diesen Entwicklungen liegen große Gefahren für die Selbstbestimmung des Einzelnen, der sich vielleicht nicht mehr traut, sich am für die Demokratie so wesentlichen Diskurs und dem Ringen um die richtigen Lösungen zu beteiligen. Hass und Hetze gegen Politikerinnen und Politiker können zu einer Gefahr für unsere repräsentative Demokratie werden. Die Pandemie hat Menschen zum grundsätzlich legitimen Protest getrieben, der aber dann gefährlich wird, wenn er von anderen instrumentalisiert wird, wie es bei den Rechtsextremen der Fall ist.

Dass Freiheit ein bestimmender Wert des Liberalismus ist, bedarf keiner Erklärung. Aber dass sie nicht mit dem absoluten Anspruch der Durch-

setzung um jeden Preis zu verstehen ist, mag manchen nicht einleuchten. Sie verkürzen den Freiheitsbegriff, in dem sie die Verantwortung nicht als denknotwendig verbunden mit der Freiheit begreifen. Verantwortung für sich selbst, aber in einer Zivilgesellschaft auch für den anderen, auch für die Zukunft der künftigen Generationen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner grundlegenden Entscheidung zum Klimaschutz genau diese Verantwortung herausgearbeitet.[3] Zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit hätte der Gesetzgeber Vorkehrungen treffen müssen, um die hohen Lasten durch die Emissionen abzumildern. Ein freiheitsschonender Übergang in die Klimaneutralität müsse gewährleistet werden. Also entfalten die Verpflichtungen aus dem Staatsziel Umweltschutz des Art. 20a des Grundgesetzes auch Wirkungen für die Freiheitsrechte der künftigen Generationen.

Zum Liberalismus gehört also, dass der Staat so wenig wie nötig in die Freiheitsrechte eingreifen sollte, aber genauso, dass der Staat nicht zu eigenmächtig wird. Für den Liberalismus ist staatliche Zurückhaltung ein immanenter Bestandteil. Aber eine einseitige Fokussierung gegen den Staat, die in jeder nahegelegten Beschränkung einen unverhältnismäßigen Eingriff und in jeder verbindlichen Vorgabe die Ermächtigung zu denunzieren sieht, ist kein Dienst an der Freiheit und schon gar kein Ausweis mutigen Denkens. Das Ringen um die Aufgaben und um das notwendige Handeln des Staates sind permanente Herausforderungen, denen sich der Liberalismus nicht entziehen kann.

Mit der Pandemie und der zunächst zentralen Rolle des Staates als Akteur und Manager haben sich Teile der Bevölkerung an die Beschränkungen gewöhnt und an einen Staat, der – streckenweise sogar ohne parlamentarische Kontrolle – das Heft des Handelns in die Hand genommen hat. Das haben Umfragen gezeigt. Das muss noch nicht zu allzu großer Sorge Anlass geben, wenn diese Haltung nach Ende der Pandemie nicht beibehalten wird. Wenn sich aber aus der pandemischen Sondersituation die »neue« Normalität mit dem Staat als generellen Problemlöser für möglichste viele Angelegenheiten wird, gibt es Anlass zur Sorge. Und wenn sich daraus ein grundsätzlich anderes Verständnis der liberalen Demokratie entwickeln würde, dann ist berechtigter Anlass zu großer Sorge.

---

3 Vgl. Bundesverfassungsgericht: Zum Beschluss des Ersten Senats vom 24.3.2021.

Freiheit oder umfassende Absicherung

Nicht nur in Zeiten der Pandemie steht das Bedürfnis nach möglichst umfassender Absicherung in direkter Opposition zur freiheitlichen Gesinnung.

An tiefe Grundrechtseingriffe darf man sich nicht gewöhnen, denn das kann zu einer Entwicklung führen, in der es zur Überdehnung staatlicher Befugnisse kommt, die unverzichtbaren Abwägungen zwischen kollidierenden Grundrechten gar nicht mehr vorgenommen werden und letztendlich die verfassungsrechtlichen Grundrechte nur noch auf dem Papier bestehen.

Das Menschenbild des Grundgesetzes – geprägt von Würde, Vernunft, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen – würde nicht mehr der politischen Realität entsprechen. Das Postulat der Freiheit könnte dann auf die Ökonomie reduziert werden. Den ungebremsten Marktmechanismen würden die bevormundeten Bürger gegenüberstehen. Ergebnis wäre die Teilbarkeit der Freiheitsrechte – unternehmerische Freiheit, berufliche Selbstverwirklichung und weitgehend ungehemmte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten stünden die Begrenzung der Meinungsfreiheit, die Einschränkung des lästigen Demonstrationsrechts und eine Integrationspolitik nach reinen Nützlichkeitsgesichtspunkten gegenüber.

Ein dermaßen verkürztes Liberalismusverständnis trägt autoritäre Züge und widerspricht dem ganzheitlichen Freiheitsanspruch. Es ist zu sehen, wohin diese Tendenz in anderen europäischen Mitgliedstaaten geführt hat. Unter den schon in sich widersprüchlichen Begriffen der »illiberalen Demokratie« verbirgt sich eine verformte Demokratie, die nicht auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung, des Minderheitenschutzes, der Unabhängigkeit der Justiz und der unkontrolliert recherchierenden Journalisten und unabhängigen Medien fußt. Diese für eine liberale Demokratie unverzichtbaren Institutionen werden dem politischen Willen der Regierenden untergeordnet und die Opposition in ihren Rechten behindert. Der materielle Rechtsstaat mit unabhängigen Richterinnen und Richtern gehört aber unverzichtbar zum Liberalismus. Seine Funktionsfähigkeit hat der Staat zu garantieren.

Dem Liberalismus ist zu eigen, dass über die großen Fragen unserer Gesellschaft offen und besonnen debattiert wird: analysieren, hinterfragen, reflektieren und diskutieren anstatt denunzieren, beleidigen, manipulieren und Fakten zu Fakes machen, das ist der Anspruch des Liberalismus an die mündigen Bürgerinnen und Bürger. Die Grenzen zur strafbaren Beleidi-

gung, zur Volksverhetzung und zum Aufstacheln zum Rassenhass dürfen dabei genauso wenig überschritten werden wie zur Bedrohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung. Natürlich müssen die freie Meinungsäußerung und der Persönlichkeitsschutz in die richtige Balance gebracht werden. Aber Freiheit heißt eben nicht nur ›ich will‹ oder ›ich will nicht‹. Keine Haltung ist aufgeklärter Liberalität ferner als das Verharren in der pseudo-autonomen Trotzphase des »Ich will aber …«, der struwwelpeterhaften Revolte gegen jede Form notwendiger Einsicht und höherer Urteilskraft. Der Mut, sich des eigenen Verstands zu bedienen, wie es der Aufklärung entspricht, erweist sich deshalb nicht zuletzt darin, eigene Urteilsgrenzen anzuerkennen.[4]

Freiheit kann man nicht nur intellektuell begreifen. Der Wunsch, sich auszudrücken, sich auszuleben, Kontakt mit anderen Menschen zu haben, steckt tief im Menschen. Wenn diese Freiheit drastisch eingeschränkt ist, kann das Menschen krank machen. Auch das erleben wir in der Pandemie: Es gibt die Krankheit durch das Virus. Aber auch der Mangel an Freiheit macht krank – auf eine andere Art. Wir sehen das in den Kinderpsychiatrien, die überlaufen sind; wir merken das an den Hilferufen sozialpsychologischer Einrichtungen.

Der Feind einer Politik der Freiheit ist die Erstarrung in Angst und Sorge vor dem Verlust der Lebendigkeit und um die Zukunft. Die anspruchsvolle Aufgabe des politischen Liberalismus ist es, den Weg zwischen dem falschen Einmütigkeitsversprechen, das gesellschaftliche Konflikte verleugnet, und dem ebenso falschen radikalen Individualismus zu finden.

---

4 Eilenberger, Wolfram: »Wir brauchen eine neue Aufklärung«, in: liberal 1 (2022).

Eigentum für alle! Von der Klassengesellschaft zur Eigentümergesellschaft

Ralf Fücks

Wir leben in einer Periode rasanter Veränderung.[1] Die globale Arbeitsteilung wandelt sich im Zuge der Globalisierung, traditionelle Industriezweige geraten unter immer stärkeren Druck. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt wie keine andere Entwicklung zuvor. Sie erfasst einen Großteil der heutigen Tätigkeiten. Überkommende Berufe verschwinden, neue entstehen. Der Übergang zu einer postfossilen, klimaneutralen Ökonomie verstärkt diesen Umbruch. In der Energiewirtschaft bleibt kein Stein auf dem anderen, die Autobranche und die energieintensiven Industrien stehen vor massiven Veränderungen.

Der Auf- und Abstieg ganzer Branchen ist nicht neu. Er begleitet die Geschichte von Industriegesellschaften. Neu ist allerdings, dass der Strukturwandel einen Großteil der Wirtschaft gleichzeitig erfasst und in hoher Geschwindigkeit abläuft. Digitalisierung und Globalisierung eröffnen neue Chancen für die Findigen, Energischen und gut Qualifizierten. Zugleich erzeugt der rapide Wandel ein Grundgefühl wachsender Unsicherheit. Was gestern noch sicher schien, kann morgen schon ganz anders sein. Es verwundert nicht, dass ein Teil der Gesellschaft den Verlust von Sicherheit stärker empfindet als die Chancen, die mit dem Neuen einhergehen.

Die Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern des Strukturwandels und das Gefühl wachsender Unsicherheit sind ein willkommener Resonanzboden für die antiliberale Revolte, die wir in den letzten Jahren in den westlichen Demokratien gesehen haben. Ihr markantester Ausdruck war die

1 Dieser Beitrag geht zurück auf Gedanken, die zuerst in Naumer, Hans-Jörg (Hg.): Vermögensbildungspolitik. Wohlstand steigern – Ungleichheit verringern – Souveränität stärken, Wiesbaden: Springer Fachmedien 2021 ausgeführt wurden.

Präsidentschaft Donald Trumps und der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in den europäischen Demokratien. Die antiliberale Welle mag ihren Höhepunkt überschritten haben, aber die Tendenz zu wachsender Polarisierung und Radikalisierung ist keineswegs gebrochen. Wenn Globalisierung, technischer Wandel und heterogener werdende Gesellschaften von einem beträchtlichen Teil der Gesellschaft als Bedrohung empfunden werden, bleibt der Boden fruchtbar für nationalistische und fremdenfeindliche Bewegungen. Liberale Demokratien müssen deshalb *Sicherheit im Wandel*[2] vermitteln.

Gesellschaften brauchen Sicherheit im Wandel

Es braucht ein Mindestmaß an Stabilität der Lebenswelt, damit nicht große Teile der Bevölkerung den wirtschaftlichen und sozialen Wandel als Bedrohung empfinden, die es abzuwehren gilt. Sicherheit im Wandel entsteht durch eine Vielzahl von Faktoren, welche im Abschlussbericht der Expertenkommission »Sicherheit im Wandel« ausgeführt werden.[3] Die Kommission hat 55 Politikvorschläge aus den Bereichen Befähigung, innere Sicherheit, Bürgergesellschaft und gesellschaftliche Teilhabe entwickelt. Ein zentraler Vorschlag zeigt, dass auch *privates Eigentum* als Risikopuffer für die Veränderungen in der Welt wirkt. Wer über eine eigene Wohnung und gewisse finanzielle Reserven verfügt, wird Umbruchsituationen mit mehr Zuversicht begegnen und verfügt über mehr persönliche Möglichkeiten.

Privates Eigentum macht unabhängig und damit auch freier. Es ist die ökonomische Basis einer selbstbewussten Bürgergesellschaft. Zugleich ist es das Fundament einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die wesentlich von der Eigenverantwortung einer Vielzahl von Produzenten und Konsumenten geprägt wird. Nicht die Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Hand des Staates, sondern *Eigentum für alle* muss die Devise einer freiheitlichen Gesellschaft sein.

Die Haltung, dass Eigentum zu den demokratischen Grundrechten gehört, ist in Deutschland nicht sehr verbreitet. Privater Reichtum gilt vielen als suspekt. »Die Millionäre« sind ein abwertender Kampfbegriff, ein

---

2 Siehe das Projekt »Sicherheit im Wandel« des Zentrums Liberale Moderne. https://libmod.de/themen/sicherheit-im-wandel

3 Vgl. ebd.

Großteil der politischen Debatte dreht sich um Umverteilungsfragen. Ein typisches Beispiel ist die Wohnungspolitik. In weiten Teilen von Politik und Bevölkerung gilt nicht die verstärkte Förderung von Wohnungsbau und Wohneigentum, sondern strikte staatliche Kontrolle als Heilmittel gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten.

Eigentum und Gemeinwohl

»Eigentum verpflichtet« ist eine der am meisten zitierten Maxime unseres Grundgesetzes. In Artikel 14, Absatz 2 heißt es: »*Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen*.« Der Eigentumsbegriff des Grundgesetzes grenzt sich sowohl gegenüber einer grenzenlosen Verabsolutierung des Privateigentums ab wie gegenüber dem ungezügelten Zugriff der Politik. Eingriffe in private Eigentumsrechte sind an enge Voraussetzungen gebunden und müssen kompensiert werden.

Das Bekenntnis des Grundgesetzes zum Privateigentum fällt allerdings deutlich gedämpfter aus als in den klassischen Dokumenten der bürgerlichen Revolutionen im ausgehenden 18. Jahrhundert. So heißt es in der französischen Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 gleich in Artikel 2: »Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese sind das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Sicherheit und das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.«

Wer würde heute noch mutig das Recht auf Eigentum zu den unveräußerlichen Menschenrechten zählen und in einem Atemzug mit dem Recht auf Freiheit zu nennen? Für die großen Vordenker der modernen Demokratie – Locke, Montesquieu, Adam Smith – war dieser Zusammenhang klar. Für sie gibt es keine bürgerliche Freiheit ohne das Recht auf Eigentum. Eigentum ist die materielle Basis für die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Seine Garantie setzt dem Zugriff des Staates ebenso Grenzen wie der Willkür der Reichen und Mächtigen, die sich nicht einfach nehmen können, was ihnen gefällt. Eigentum ermöglicht Selbstfürsorge, also die eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens der Einzelnen; es ist eine Prämie auf beruflichen Erfolg und stärkt damit das Leistungsprinzip. Dabei muss sich privates Eigentum nicht zwingend als individueller Besitz äußern. Auch die Beteiligung an gemeinschaftlichem Eigentum – sei es in genos-

senschaftlicher Form oder als Aktionär eines großen Unternehmens – fällt unter die Kategorie des Privateigentums, solange darüber individuell oder nach gemeinsam vereinbarten Regeln verfügt werden kann.

Gleichzeitig sind Erwerb und Vermehrung von privatem Eigentum an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden, die sie erst ermöglichen. An erster Stelle steht der Rechtsstaat. Ohne ihn gibt es keine Sicherheit des Eigentums. Auch eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur – Verkehrswege, Kommunikation, Bildung und Wissenschaft – bildet ein Fundament für private Eigentumsbildung. Der Erfolg privater Wirtschaftstätigkeit hängt neben der Eigeninitiative und Tüchtigkeit des Individuums auch von öffentlichen Gütern ab. Deshalb ist die Maxime »Eigentum verpflichtet« auch kein bloßes Gebot sozialer Solidarität, sondern reflektiert die gesellschaftliche Bedingtheit privaten Eigentums.

Schließlich kann Eigentum auf Dauer nur gedeihen, wenn in einer Gesellschaft sozialer Friede herrscht. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Privateigentum ist daran gebunden, dass eine Gesellschaft halbwegs gerecht gestaltet ist. Krasse Gegensätze zwischen arm und reich untergraben die Legitimation von privatem Eigentum. Es darf kein Privileg einer kleinen Klasse von Reichen sein. Insofern sollten sich gerade Verfechter des Privateigentums über die wachsende Konzentration von Vermögen in den Händen weniger sorgen.

Schieflage der Vermögensverteilung

Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung[4] verfügen fünf Prozent der Bevölkerung über 55 Prozent des Gesamtvermögens. Das Prozent an der Spitze kommt auf gut ein Drittel, das oberste 0,1 Prozent auf stattliche 20 Prozent des Volksvermögens. Die reichsten 45 Haushalte im Land besitzen 4,7 Prozent des Volksvermögens – etwa so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung.[5] Die Vermögensungleichheit vererbt sich

4 Siehe DIW Berlin: »MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen«, in: DIW Wochenbericht 29 (2020), S. 511-521.

5 Bach, Stefan/Thiemann, Andreas/Zucco, Aline: Discussion Papers: Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth, DIW Berlin 2018.

von Generation zu Generation weiter – auf zehn Prozent der jungen Generation entfallen 50 Prozent des vererbten Vermögens. Die Erbschaftssteuer dämpft diesen Effekt, gleicht ihn aber nicht aus.

Während die Einkommensverteilung innerhalb der letzten Dekade entgegen der gefühlten öffentlichen Wahrnehmung einigermaßen stabil geblieben ist, hat sich die Kluft zwischen Vermögenden und denen, die nichts haben, weiter geöffnet. Das schafft eine strukturelle Ungleichheit von Chancen und Macht, die mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar ist. Privates Vermögen ist nicht nur ein Puffer gegen die Unwägbarkeiten des Lebens und eine Ressource bürgerlicher Autonomie, es verschafft in vielen Fällen auch Zugang zu den Netzwerken der Macht, zu Informationen und Kontakten, die ärmeren Schichten der Bevölkerung nicht zugänglich sind.

Der von der Nullzins-Politik der EZB angeheizte Börsen- und Immobilienboom hat die Vermögenswerte aufgeblasen – wer hat, dem wird gegeben, wer allein von seinem Gehalt leben muss, kann keine großen Sprünge machen. Die digitale Revolution wird die ungleiche Entwicklung noch beschleunigen. Automatisierung und Künstliche Intelligenz ersetzen tendenziell Arbeit durch Kapital. Damit rückt die Frage ins Zentrum, wer künftig von der digitalen Dividende profitiert: Wem gehören die Roboter?[6] Die Schieflage der Vermögensverteilung wird durch die unterschiedliche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen noch verstärkt.

Einschränkend muss gesagt werden, dass die DIW-Studie Renten- und Pensionsansprüche nicht erfasst. Das verzerrt die Statistik zugunsten der Kapitalbesitzer. Selbstständige müssen für ihre Altersvorsorge privates Vermögen bilden, während Angestellte und Beamte individuelle Ansprüche auf ein kollektives Vermögen erwerben. Wer über eine gut dotierte Pension verfügt, ist im Alter oft besser dran als Kleinunternehmer oder Freiberuflerinnen, die von ihrem Kapital leben müssen.

Gerade in Deutschland mit seiner mittelständischen Wirtschaftsstruktur sind große Vermögen in Familienunternehmen gebunden, die Millionen von Menschen beschäftigen und vor Ort Steuern zahlen. Ihr Reichtum kommt also durchaus dem Gemeinwohl zugute.

6 Siehe Südekum, Jens: »Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Wem gehören die Roboter?«, in: IZA Newsroom vom 7.8.2018.

Verteilungsgerechtigkeit zählt

Beides sollte man bedenken, bevor man angesichts der zitierten Zahlen hyperventiliert. Gleichwohl bleibt die Schieflage der Vermögensverteilung eine Tatsache, über die man nicht achselzuckend hinwegsehen kann. Sie untergräbt Chancengleichheit, schafft getrennte Lebenswelten, die kaum noch miteinander in Berührung kommen und bläht den spekulativen Finanzsektor auf.

Kapitaleinkommen steigen als Folge von Globalisierung und Digitalisierung tendenziell stärker als Löhne und Gehälter. Deshalb vergrößert eine starke Ungleichheit von Vermögen langfristig auch die Ungleichheit der Einkommen. Es spricht einiges dafür, dass die Konzentration von disponiblen Vermögen am oberen Ende der Gesellschaft die ökonomische Wachstumsdynamik dämpft. Dazu kommt ein nicht zu unterschätzendes politisch-psychologisches Moment: Wenn die Mehrheit der Bürger den Eindruck hat, dass es nicht mehr gerecht zugeht, zerstört das die Legitimation einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf dem Versprechen vom »Wohlstand für alle«. Wenn ein großer Teil der Menschen, die sich jeden Tag abrackern, auf der Stelle tritt, während die Vermögenden immer reicher werden, ist das Wasser auf die Mühlen populistischer Parteien links und rechts. Das alles sind Gründe, weshalb eine ausgewogenere Verteilung von Vermögen auf politisch stärker thematisiert gehört.

Wer in der Wiedereinführung der Vermögensteuer den Königsweg zu mehr Verteilungsgerechtigkeit sieht, denkt allerdings zu kurz. Wenn Vermögensteuern eine signifikante Verteilungswirkung haben sollen, müssen sie so hoch angesetzt werden, dass sie empfindlich in Betriebsvermögen eingreifen und die Altersvorsorge von Selbstständigen angreifen. Beides ist wirtschafts- und gesellschaftspolitisch kontraproduktiv. Gleichzeitig setzt die Vermögensbesteuerung nur bei den Symptomen an, statt die Ursachen des Problems anzugehen: die mangelnde Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten.

Der Schlüssel für die Vermögensverteilung liegt in der Beteiligung am Produktivkapital und am Immobilienstock. Die Trennlinie bei der Vermögensverteilung verläuft zwischen den Schichten, die Unternehmensanteile und attraktive Immobilien besitzen, und denen, die allein auf ihre laufenden Einkommen angewiesen sind. Wer die Kluft zwischen »unten« und »oben« verkleinern will, muss das Eigentum an Unternehmen und Immobilien auf

breitere Grundlagen stellen. Nicht »Abschaffung des Eigentums«, sondern »Eigentum für alle« ist die freiheitliche Antwort auf die Vermögensfrage.

Vermögensbildung fördern

Wie kann die Eigentumsbildung von Arbeiterinnen und Angestellten gefördert werden? Zum einen durch höhere Nettoeinkommen, die auch eine höhere Sparleistung ermöglichen. Eine Abflachung der »kalten Progression« bei der Lohn- und Einkommensteuer würde hier schon helfen.

Zugleich sollte der Erwerb von Aktien und Immobilien für untere und mittlere Einkommensschichten stärker gefördert werden. Eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Freibeträge ist überfällig. Eine weitere Variante ist die Ergänzung der gesetzlichen Rente durch einen kapitalgedeckten Rentenanteil (Aktienrente) – entweder als ergänzende Säule oder durch Anlage eines Teils der gesetzlichen Rentenbeiträge in privaten oder staatlichen Rentenfonds auf Aktienbasis. Schweden hat das Modell eines Staatsfonds erfolgreich eingeführt,[7] der Koalitionsvertrag der Ampel verspricht einen Einstieg in dieses Modell.

Auch Arbeitgeber und Gewerkschaften können mehr tun, etwa durch den Ausbau vermögenswirksamer Leistungen als Teil von Tariferhöhungen. So könnte ein Teil der vereinbarten Lohnsteigerungen in überbetriebliche Fonds fließen, die vornehmlich in einheimische Unternehmen investieren. Langfristig würde damit der Anteil breiter Bevölkerungsschichten am Volksvermögen exponentiell wachsen.

Auch die betriebliche Beteiligung der Mitarbeiter ist ausbaufähig. Wenn Arbeiter und Angestellte zu Miteigentümern werden, stärkt das ihre Identifikation mit dem Unternehmen. Hier liegt ein noch kaum ausgeschöpftes Potential, um die Kapitalbasis von Start-ups wie von mittelständischen Unternehmen zu verbessern und talentierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu binden.

Nicht zuletzt kommt es auf eine möglichst gute Bildung für möglichst alle an. In einer Wissensgesellschaft sind Allgemeinbildung und berufliche Qualifizierung das wichtigste »Produktivvermögen«. Sie sind der Schlüssel

---

7 Bonnet, Pierre: » Vorbild für Deutschland? Wie Schweden seine Bürger zwingt, für die Rente in Aktien zu investieren«, in: finanzen.net vom 11.12.2021.

für beruflichen Erfolg, Einkommen und soziale Teilhabe. Deshalb sind Investitionen in das öffentliche Bildungssystem auch ein Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft. Teilhabegerechtigkeit vermittelt sich nicht nur über private Einkommen und Vermögen, sondern auch über öffentliche Institutionen (siehe den letzten Beitrag dieses Bandes).

Die Verfechter der liberalen Demokratie dürfen die Debatte über Verteilungsgerechtigkeit nicht ihren Gegnern überlassen. Nicht jede Verteilungsdebatte ist von purem Neid und sozialistischer Gleichmacherei getrieben. Chancengerechtigkeit und soziale Durchlässigkeit sind vielmehr Grundlagen einer liberaldemokratischen Ordnung.

Leistungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und soziale Aufwärtsmobilität sind Grundelemente einer sozialen Demokratie. Zugleich sind sie Bedingungen einer dynamischen Wirtschaft. Dazu gehört auch eine möglichst breite Verteilung von Vermögen. Wer Demokratie und Marktwirtschaft zukunftsfähig machen will, sollte sich für eine aktive Vermögenspolitik einsetzen, die möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auch ökonomisch zu Teilhabern macht.

Liberale Demokratien vs. totalitäre Autokratien: Europäische Antworten im Systemkonflikt

Daniela Schwarzer

Der Krieg Vladimir Putins erschüttert seit dem 24. Februar 2022 nicht nur die Ukraine, er erschüttert Europa und die Welt. Ihm fallen Tausende von Zivilisten zum Opfer, er schlägt Millionen in die Flucht. Es ist ein Krieg gegen Engagement und Fortschritt in einem demokratischen Staat, der sich der westlich-liberalen Welt zugewandt hat.

Russlands Präsident versucht, dieses Land als souveränen Staat mit Recht auf Selbstbestimmung, auf Verteidigung und auf die Unverletzlichkeit seines Territoriums auszulöschen, begründet durch einen ethno-nationalistischen Identitätsdiskurs, der die Ukraine und Belarus als Teil Russlands sieht. Für Vladimir Putin ist die Existenz dieser funktionierenden Demokratie, mit all den Schwächen, die das System noch hat, ein Problem. Im Inneren Russlands nämlich, wo er sich an die Macht klammert und es in einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit nur noch seine Wahrheit geben darf. Alternative Sichtweisen, Meinungsvielfalt und Debatten haben längst keinen Platz in einem mittlerweile totalitären System, das neben der Putinschen keine alternativen Öffentlichkeiten zulässt.

Der Krieg in der Ukraine reicht in seiner Bedeutung weit über das Land hinaus. Es geht um Frieden und Demokratie auf dem europäischen Kontinent. Es ist ein Angriff auf Europa als Teil einer internationalen Ordnung, die nationale Souveränität und Grenzen respektiert ebenso wie multilaterale Institutionen und in der Krieg kein politisch legitimes Mittel ist. Insofern verteidigt die Ukraine zutiefst europäische Werte und Ordnungsvorstellungen – und in dem Maße, in dem der politische Westen nicht schnell und entschieden mit dafür kämpft, gefährdet er nicht nur die Ukraine, sondern Europa und die regelbasierte internationale Ordnung.

Der Systemkonflikt ist vielschichtig

Russlands Krieg in der Ukraine kann auch als die jüngste und brutalste Form eines immer schärfer werdenden Systemkonflikts zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimes gesehen werden. So ist auch Chinas vordergründig neutrale Haltung gegenüber dem Konflikt zu bewerten.

Seit Jahren zeigt sich dieser Systemkonflikt in weniger auffälligen, aber auch folgenreichen Formen der politischen Auseinandersetzung. So spielt er sich zwischen liberal-demokratischen und autoritären Positionen im Ringen um die Zukunft unserer internationalen Ordnung ab, die nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von den USA geschaffen wurde und lange Zeit weitgehend westlichen Ordnungsvorstellungen entsprach. China versucht seit Jahren, durch Geld- und Personalpolitik, durch politische Einflussnahme auf Entscheidungen, durch die Blockade derselben oder auch durch die Schaffung von alternativen Regionalorganisationen wie der Asian Infrastructure Investmentbank (AIIB), die internationale Ordnung von ihren lange als universal geltenden Normen und Prinzipien wie internationales Recht und Menschenrechte abzukehren.

Darüber hinaus zeigt sich der Konflikt zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimes an gezielten Interventionen in anderen Staaten. Mit Desinformationskampagnen, Cyberangriffen, wirtschaftlichem Druck und anderen Formen der hybriden Kriegsführung versuchen China und Russland, aber auch andere Mitspieler wie die Türkei oder der Iran, in westlichen Staaten zu intervenieren. Im Gegenzug wird auch die Tätigkeit westlicher nichtstaatlicher Organisationen, Stiftungen und anderer Akteure als Ausprägung des Systemkonflikts gewertet, sodass China oder Russland diese als »ausländische Agenten« aus den Ländern verbannen oder ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keine Einreiseerlaubnis mehr gewähren. In der Folge dünnen die Beziehungen zwischen Staaten, die in systemischer Konkurrenz zueinanderstehen, immer weiter aus. Da der gesellschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch um ein Vielfaches schwieriger geworden ist, bestehen oftmals nur noch Regierungsbeziehungen und Unternehmenskontakte, hinter denen auf Seiten der autoritären Regimes allerdings auch in erster oder zweiter Reihe der Staat steht.

Liberale Demokratien werden nicht mehr als alternativlos angesehen

Eine dritte Dimension des Systemkonflikts hat durch die Covid-19-Pandemie an besonderer Bedeutung gewonnen: Die Performanz der jeweiligen Systeme in der Bekämpfung des Virus und seiner umfassenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft gewann Aufmerksamkeit. Diskussionen darüber, dass autoritäre Regimes (wenn auch nur scheinbar) erfolgreicher in der Pandemiebekämpfung waren, haben auch im politischen Westen Kritiker geweckt, die die Handlungsfähigkeit der Demokratien anzweifeln. Immer wieder hört man, nur streng hierarchische Systeme mit Durchgriffskraft seien in der Lage, Pandemien effektiv zu beenden. Auch in Bezug auf die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen werden Stimmen laut, die demokratische Entscheidungsprozesse für zu langwierig, unfokussiert und zu durchgriffsschwach halten. Das liberale Credo, dass Demokratien am besten in der Lage sind, Krisen durch kreative Lösungen und Innovationen zu überwinden und in ihnen zusammen zu halten, wird damit infrage gestellt.

Somit ist die Lage 2022 deutlich anders als 1989, als mit dem Kalten Krieg der Systemwettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus zusammenbrach: Es gibt heute Beispiele für politische Systeme, die grundlegend anders und trotzdem erfolgreich sind. Liberale Demokratien und ihre einst als universell angenommene Wertebasis werden nicht mehr als alternativlos gesehen.

Demokratische Systeme – und auch die Europäische Union als supranationale Gemeinschaft mit 27 Mitgliedern – müssen sich neu begründen und an ihrer Leistungskraft arbeiten. Denn angesichts ihrer inneren und äußeren Offenheit werden sie durch transnationale Bedrohungen und neue Formen der Auseinandersetzung inklusive externer Interventionen durch Mittel hybrider Kriegsführung besonders leicht geschwächt.

Antworten auf neue Herausforderungen

Die Betrachtungsweise, dass politische Systeme für den Erhalt ihrer Legitimität »liefern müssen«, richtet den Fokus auf die Frage, an welchen Herausforderungen sich unsere liberalen Demokratien in Zukunft messen lassen müssen, wenn der Prozess und die Beteiligungsmöglichkeiten nicht selbst ausreichend Legitimität garantieren. Die Liste der Themen ist lang zu Beginn der 2020er

Jahre, denn Herausforderungen in Inneren unserer politischen Systeme, unserer Gesellschaften und unserer Wirtschaftsmodelle fließen zusammen mit globalen, transnationalen Risiken und Aufgaben ungekannten Ausmaßes. So müssen liberale Demokratien Antworten auf den Klimawandel und seine Folgen finden, die digitale Revolution gestalten, zunehmende transnationale Migration und die wachsenden Ungleichheiten in unseren Gesellschaften finden.

Nicht nur Russlands Krieg in Europa, der Aufstieg des technologiebasierten autoritären Chinas, das weltweit Autokraten und solche, die es werden wollen, unterstützt, die Neuausrichtung der USA auf Asien und der relative Gewichtsverlust der EU in wirtschaftlicher, verteidigungspolitischer und demografischer Hinsicht verändern die Art und Weise, wie die Europäer internationale Chancen und Bedrohungen wahrnehmen. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich zunehmend darauf, wie sie in einer krisengeprägten, konfliktreicheren Welt gemeinsam Handlungsfähigkeit entwickeln können. Gerade bei so tief integrierten Staaten, wie dies in der EU Realität ist, muss die Trennung zwischen inneren und äußeren Herausforderungen als überholt angesehen werden.

Es geht heute nicht mehr nur darum, Bedrohungen zu antizipieren und abzuwehren. Da wir um unsere Verwundbarkeit wissen, muss es das Ziel sein, die Widerstandsfähigkeit von Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zu erhöhen, d.h. dafür zu sorgen, dass sich ein System, eine Organisation oder auch einzelne Menschen möglichst schnell von Schocks erholen und zu einem funktionierenden Zustand zurückkehren, statt zu kollabieren. Ungewissheit ist zur Norm geworden; mit Störungen und Katastrophen muss gerechnet werden. Insbesondere Cyberangriffe können massive Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit ziviler Infrastruktur haben.

Die Debatten über die Frage, wie in einer zunehmend von Unsicherheit geprägten Welt eine Erneuerung des Liberalismus möglich ist, beschränken sich häufig auf den nationalen Raum. Die EU gehört mit hinein – und dies nicht als Problem, sondern als möglicher Lösungsraum.

Europa als liberales Projekt

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bauen seit ihrer Gründung auf liberalen Prinzipien auf: Der Liberalismus hat Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Freihandel und eine aktive Zivilgesellschaft gefördert. Sein Kern ist das Postulat der gleichen Freiheit für alle, die normative Idee der

Menschenrechte und eine internationale Rechtsordnung. Kurz gesagt, der Liberalismus hat die Demokratie, wie wir sie heute kennen, hervorgebracht. Er ist so tief eingedrungen, dass wir in der EU lange die Begriffe »liberale Demokratie« und »Demokratie« fast synonym verwendet haben.

Dieses gemeinsame Werteverständnis ist durch den Lissabonner Vertrag in der Union fest verankert: Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind der Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Ebenso wie in der freiheitlichen politischen Verfassung ist Liberalismus fester Bestandteil der europäischen Marktwirtschaft als ökonomisches Fundament der offenen Gesellschaft. Die Europäische Union hat sich in besonderer Weise liberaler Offenheit verschrieben: sie basiert auf Marktintegration, die nicht nur Wohlstand sichern soll, sondern zudem Freizügigkeit der Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräfte und des Kapitals.

Die Gefährdung des europäischen Liberalismus

Heute ist der Liberalismus, verstanden als eine breite, überparteiliche Strömung des politischen Denkens, auch in der Europäischen Union in der Defensive. Besonders besorgniserregend ist die Rückentwicklung von nationalen Demokratien. Der Rechtspopulist Viktor Orbán hat seit 2010 die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Freiheit von Medien und Wissenschaft so weit eingeschränkt, dass die Nichtregierungsorganisation Freedom House den ungarischen Staat nicht mehr als Demokratie kategorisiert. Seit 2018 ist Ungarn ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags anhängig, das die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien überprüft.

Auch gegen Polen läuft ein derartiges Verfahren. Besonders problematisch ist eine Justizreform, durch die die regierende Partei politisch Einfluss auf die beiden wichtigsten Einheiten des Justizsystems, Richter und Staatsanwälte, nehmen kann und wiederholte Missachtungen von Urteilen des Europäischen Gerichtshofes. Auch Polen wird von Freedom House nicht mehr als funktionsfähige Demokratie gesehen. Im Demokratie-Index V-

Dem rangiert es auf Platz 80, noch unter Kosovo, Kolumbien und Georgien. Ungarn steht mit Platz 91 noch schlechter da.

Von außen werden diese Entwicklungen verstärkt. Der systemische Wettbewerb zwischen autoritären Regimes und Demokratien reicht mittlerweile tief in die EU hinein. Durch gezielte Desinformation und die Förderung demokratiefeindlicher Kräfte untergraben etwa Russland und China die Stabilität unserer Systeme. Cyberangriffe und Datenklau werden strategisch vor Wahlen eingesetzt, um die Ergebnisse zu beeinflussen. Chinas langfristige Investitionen in Einflussnahme, etwa über die Finanzierung von universitären Lehrstühlen, Think-Tanks und NGOs in Europa werden zurecht zunehmend nachverfolgt.

Europäer sind jedoch bei weiten nicht nur passive Opfer undemokratischer Kräfte. Politikerinnen und Politiker und Parteien suchen gezielt die Zusammenarbeit. China wurde für viele Regierungen – oft mangels europäischer Alternativen – zum wichtigen Investor. Dass damit politische Einflussnahme einher geht, hat nur in manchen Ländern die Herangehensweise verändert. Der hohe Preis der aus wirtschaftlicher Sicht interessanten Kooperationen zeigt sich an den mittlerweile offen gelegten Methoden, mit denen sich die Kommunistische Partei Chinas Unterstützung erarbeitet. Besonders erschreckend war für viele Europäer die Erkenntnis, dass der von 2016 bis 2020 amtierende US-Präsident Donald Trump und sein Team zum Partner anti-demokratischer und anti-europäischer Kräfte in der EU wurde.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind fundamentale Prinzipien der EU, die jedes Mitglied bei seinem Beitritt unterzeichnet hat. In den ersten 50 Jahren der Integration war kaum vollstellbar, dass ein Staat sich so weit davon entfernt, dass Sanktionsmechanismen nötig sind, um ihre Einhaltung sicher zu stellen. Dass nationale Regierungen und auch die EU-Institutionen zu der Untergrabung dieser Prinzipien so lange geschwiegen haben, war ein großer Fehler. Denn die Antwort auf den Rückbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit muss auch eine politische sein. Mit Artikel 7 des EU-Vertrags und der Konditionalität der Finanzierung durch EU-Mittel verfügt die EU mittlerweile über zwei Mechanismen zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit. Sie müssen konsequent mit voller politischer Unterstützung der Regierungen angewendet werden. Zudem muss mittlerweile leider auch in der EU darauf geachtet werden, dass nationale und regionale Wahlen ordnungsgemäß durchführt werden. Neben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) können hierbei zivilgesellschaftliche Gruppen eine wichtige Rolle spielen.

Eine europäische Zukunftsagenda

Um die Grundwerte der Europäischen Union und die Demokratien, die sich in ihr zusammengeschlossen haben, zu schützen, muss die Union intern so weit wie möglich zusammengeführt, modernisiert und gestärkt werden, denn nur größere Resilienz, Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit können sicherstellen, dass wir uns als Demokratien mit offenen Gesellschaften im zunehmenden Systemkonflikt behaupten können.

Als ganz eigener Zusammenschluss westlich-liberaler Demokratien, der es über sechs Jahrzehnte geschafft hat, Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern, und eine erfolgreiche integrierte Wirtschaft hat, die heute der wichtigste Exportmarkt für die USA, Russland oder China ist, kann und muss die EU ihre internationale Rolle ausbauen. Gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern in der Welt, die unsere Werte teilen, sollten die Europäer eine Zukunftsagenda definieren, um illiberalen und autoritären Kräften entgegenzuwirken. Für die EU sollte es dabei das Ziel sein, Frieden, Wohlstand, Demokratie und selbstbestimmten Handel zu schützen, kurz: unser westliches liberales Lebensmodell.

Die EU war die meiste Zeit des letzten Jahrzehnts im Krisenbekämpfungsmodus und hat die globale Finanzkrise, die Eurokrise und die Flüchtlingskrise in den Jahren vor der globalen Pandemie überstanden. Die Covid-19-Pandemie hat die Europäische Union erschüttert, aber auch ein noch nie dagewesenes Maß an Zusammenarbeit und – was vielleicht am wichtigsten ist – eine neue Art des gemeinsamen Handelns ausgelöst. Auch auf Putins Krieg in der Ukraine hat die EU geeint reagiert.

Der Krieg auf unserem Kontinent, der Zerfall der europäischen Sicherheitsordnung und die Vertiefung des Systemkonflikts, stellt Europa vor neue, gemeinsame Aufgaben, die noch einmal deutlicher machen, was bereits die Finanzkrise oder auch die Pandemie gezeigt hatten: angesichts der neuen und multiplen Herausforderungen gewinnt die europäische Zusammenarbeit eine neue Bedeutung.

Immer deutlicher wird, dass die EU öffentliche Güter bereitstellen muss, die die Mitgliedstaaten allein nicht mehr leisten können – im Bereich der Sicherheit ebenso wie im Bereich der Wohlfahrt. Der Systemkonflikt und die zunehmende Spaltung der Welt und der Weltwirtschaft in Demokratien auf der einen und autoritären Regimes auf der anderen Seite sind ein weiteres starkes Argument dafür, die EU als Gemeinschaft zu stärken, damit

sie die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger besser schützt. Dafür allerdings müssen ihre Entscheidungsmechanismen auf den Prüfstand gestellt werden: eine stärkere Demokratisierung, und ein neues Verständnis davon, was es heißt, EU-Bürgerin und Bürger zu sein, gehören dazu. Dabei müssen die Europäerinnen und Europäer auch eine zentrale Schwäche bearbeiten: Anders als etwa China oder Russland hat die Europäische Union keine starke und positive Zukunftsvision für sich selbst, sondern definiert sich gerade im Systemkonflikt vor allem aus der Defensive heraus. Das kann und muss sie aber leisten, um die vor ihr liegenden Reformaufgaben zu bewältigen: Es geht um einen dreifachen Wandel, nämlich die grüne, digitale und soziale Transformation, die einhergehen muss mit einer Politik, die den inneren Zusammenhalt verbessert, einer Stärkung von Europas Rolle in der Welt – und, um all dies zu leisten, um eine zweckmäßigere Gestaltung der Governance der Gemeinschaft.

Globale Migration und Zusammenhalt diverser Gesellschaften

Cornelia Schu

Gibt es einen Zusammenhang zwischen globaler Migration und dem Zusammenhalt diverser Gesellschaften? Wie dieser aussehen könnte und was zu tun ist, damit sie keine Gegensätze werden, darum soll es in diesem Beitrag gehen. Im Fokus stehen dabei Zusammenhänge bezogen auf die Einstellungen in der Bevölkerung; der Beitrag blendet bewusst die vielfältigen anderen (in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen) erörterten Dimensionen der Fragestellung aus.

Starten wir mit einer Beobachtung: Das Thema Migration spielte – zumindest bis zu Russlands Invasion der Ukraine – eine zentrale Rolle im französischen Wahlkampf. Migration und als gescheitert dargestellte Integration sind als Thema wunderbar geeignet, um Menschen zu mobilisieren – und zwar für rechtspopulistische bzw. -extremistische Parteien, die versprechen, Zuwanderung und vor allem die Aufnahme von Flüchtlingen weitgehend zu stoppen. Hier stiftet die Ablehnung von Migration in gewisser Weise Zusammenhalt, allerdings nur in einer Ingroup und um den Preis, dass Grundfesten der offenen liberalen Gesellschaft preisgegeben werden. In ähnlicher Weise wurde und wird Zuwanderung auch in anderen europäischen Ländern zur Mobilisierung genutzt.[1]

1 Vgl. MIDEM: »Migration und Europa. Jahresbericht 2019«, Dresden (2019). Der Bericht zeigt, dass Rechtspopulisten in den Ländern Europas im Zuge der verstärkten Flüchtlingszuwanderung Zulauf hatten, in denen das Thema Migration den politischen Diskurs dominierte.

Migration und die Debatte um Migration sind nicht dasselbe

Die grundsätzliche Besorgnis vieler Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union bezogen auf Migrationsfragen zeigt seit Jahren immer wieder auch die Eurobarometer-Umfrage von EU-Kommission und Europäischem Parlament.[2] Dass allerdings kein zwangsläufig negativer Zusammenhang zwischen beiden Themen besteht, beweist – um nur eines zu nennen – das Beispiel Kanadas, wo Einwanderung und Multikulturalismus traditionell zum Selbstverständnis gehören. Man ist also gut beraten, zwischen empirischer Migration und der Debatte über Migration zu unterscheiden. Die Debatte über die Veränderung von Gesellschaften durch Migration sollte auch nicht vergessen lassen, dass sie als Kristallisationspunkt für das Unbehagen mit vielfältigen Pluralisierungs- und Transformationsprozessen und die daraus resultierenden Ermüdungserscheinungen dient, die in modernen Gesellschaften beobachtet werden. Exemplarisch seien hier nur die Vervielfältigung von Lebensformen oder die abnehmende Bindewirkung von Institutionen wie Kirche oder Gewerkschaften, die Globalisierung sowie die massiven Transformationen infolge des Falls der Mauer und des Auseinanderbrechens des ehemaligen Ostblocks genannt.

Im Folgenden sollen einige wenige empirische Ergebnisse zur Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und zum Miteinander in der Einwanderungsgesellschaft präsentiert und auf dieser Basis einige Vorschläge dazu abgeleitet werden, wie es gelingen kann, Migration und Zusammenhalt in einer liberalen Demokratie zu verbinden.

Was sagt die Empirie zum Zusammenhalt in Deutschland? Eine Schwierigkeit besteht darin, dass es notorisch schwer ist, diesen zu messen. Hier-

2 Die jüngste Umfrage zu den wichtigsten globalen Herausforderungen für die Zukunft der EU ergab, dass die Hälfte der Europäerinnen und Europäer (49 %) den Klimawandel an der Spitze sehen, gefolgt von Gesundheit (34 %). Erneut unter den Spitzenreitern liegen Zwangsmigration und Vertreibung (rund 30 %). Gefragt nach den größten Herausforderungen speziell für die EU nennen die Befragten am häufigsten soziale Ungleichheiten (36 %), Arbeitslosigkeit (32 %) und Migrationsfragen (31 %). In Deutschland sehen 37 Prozent dieses Thema als besonders wichtig an. Vgl. EU-Kommission/Europäisches Parlament (Hg.): »Spezial-Eurobarometer 517: Die Zukunft Europas«, 2021, S. 89. https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2554

zu gibt es in der Forschung unterschiedliche Ansätze.[3] Näherungsweise soll hier auf einen der verwendeten Indikatoren zurückgegriffen werden, nämlich die Zugehörigkeit zur Gesellschaft aus der Perspektive der Bevölkerung. Entsprechende Fragen wurden beispielsweise im Integrationsbarometer 2016 des SVR gestellt, in dessen Rahmen die Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte befragt wurde. Gefragt wurde unter anderem danach, wer eigentlich zur deutschen Gesellschaft gehört, welche Kriterien hierfür entscheidend sind und wie zugehörig sich Menschen hier fühlen. Es zeigte sich, dass es ein starkes Zugehörigkeitsempfinden zur Gesellschaft in Deutschland gibt. Die Zustimmungswerte lagen bei den Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte bei über 90 Prozent, bei denen mit Zuwanderungsgeschichte rund 5 Prozentpunkte darunter. Am geringsten ausgeprägt waren die Zugehörigkeitsgefühle bei Befragten mit türkischem Migrationshintergrund, von denen über ein Viertel sich Deutschland eher nicht oder gar nicht zugehörig fühlt (knapp drei Viertel allerdings sehr wohl). Weitergehende Analysen belegen einen klaren Zusammenhang zwischen der Zuwanderergeneration und der Intensität des Zugehörigkeitsgefühls: Befragte aus der zweiten Generation fühlen sich stets stärker zugehörig als die der ersten Generation.

Auch Ausgrenzungserfahrungen wurden thematisiert. Die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund fühlte sich nicht von der Gesellschaft ausgeschlossen. Allerdings waren muslimische Türkeistämmige mehrheitlich der Auffassung, dass Menschen ihrer Herkunft aus der Gesellschaft in Deutschland ausgeschlossen sind.[4] Aus einer anderen Studie des SVR-Forschungsbereichs wissen wir, dass ein sichtbarer Migrationshintergrund (zum Beispiel durch Hautfarbe, Kopftuch) oder ein hörbarer Migrationshintergrund (Akzent) die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Menschen Diskriminierungserfahrungen machen.[5] Dass Rassismus und Diskriminierungserfahrungen das Zugehörigkeitsgefühl negativ beeinflussen, ist generell in der Forschung gut belegt.

---

3 Vgl. Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2020.

4 Vgl. SVR: »Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland«. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer, Berlin (2016).

5 Vgl. SVR-Forschungsbereich: »Wo kommen Sie eigentlich *ursprünglich* her?« Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland. Policy Brief, Berlin (2018).

Damit stellt sich die Frage, welche Kriterien in den Augen der Personen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte die Zugehörigkeit zur Gesellschaft in Deutschland bestimmen und wie es mit der Akzeptanz von migrationsbedingter Diversität aussieht. Diese Frage hat der SVR in seinem Jahresgutachten 2021 erörtert und dabei diverse Surveydaten ausgewertet.[6]

Die Akzeptanz von Diversität steigt

In der deutschen Bevölkerung ist die Akzeptanz von Diversität demnach gestiegen, das zeigen entsprechende Langzeitdaten. Zuwanderung wird zunehmend als Bereicherung empfunden, und Zugewanderten wird grundsätzlich das Recht auf Teilhabe zugesprochen. Zugleich hat sich in der Bevölkerung ein Selbstverständnis durchgesetzt, nach dem Zugewanderte Teil der deutschen Gesellschaft sind. Das zeigt sich beispielhaft daran, als wie wichtig Befragte bestimmte Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft ansehen: Eine Mehrheit der Befragten erachtet Kriterien, die durch eigenes Zutun erlangt werden können, wie einen festen Arbeitsplatz (und damit die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts), Straffreiheit oder gute Deutschkenntnisse als wichtig für die Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Auch die Anpassung an den hiesigen Lebensstil (was immer die Antwortenden darunter verstehen) wird genannt, und zwar 2016 häufiger als noch 1996.[7] Im Laufe der Zeit deutlich an Bedeutung verloren haben Kriterien, die der Einzelne nicht beeinflussen kann, wie in Deutschland geboren zu sein oder deutsche Vorfahren zu haben, auch die Angehörigkeit zu einer christlichen Kirche spielt eine vergleichsweise geringe Rolle. Bei den Jüngeren ist diese Tendenz noch einmal ausgeprägter als bei älteren Befragten.

Zudem vertritt die deutsche Bevölkerung bezogen auf den Umgang mit Diversität immer stärker den Grundsatz der Gleichbehandlung. Ein Beispiel hierfür ist der Religionsunterricht in Schulen: Der Anteil der Befragten, die die Einführung eines konfessionsgebundenen muslimischen Religionsunterrichts befürworten, ist in den letzten 25 Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr

6 Vgl. für die im Folgenden kurz resümierten Ergebnisse mit Verweisen auf die Datenquellen im einzelnen SVR: Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahresgutachten 2021, Berlin, Kap. C.

7 Siehe Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1996.

2016 war er erstmals höher als der Anteil derjenigen, die sich als Pflichtfach in Schulen ausschließlich christlichen Religionsunterricht wünschen. Zugleich wächst auch der Anteil derjenigen, die Religionsunterricht als Pflichtfach in staatlichen Schulen generell ablehnen – damit befürworten sie ebenfalls eine Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften in Deutschland.

Ein robuster Befund der sozialwissenschaftlichen Forschung ist, dass Kontakte zur jeweils anderen Gruppe einen entscheidenden Unterschied für die Einstellungen machen (die sog. Kontakthypothese), und diese Kontakte sind eben in durch Einwanderung geprägten Gesellschaften zunehmend alltäglich – am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in Schule und Kita sowieso.

Deutschland wird immer mehr zum modernen Einwanderungsland

Was lässt sich aus den Befunden für die Fragestellung schlussfolgern?

Erstens: Die Bevölkerung in Deutschland hat den sich schon lange vollziehenden Wandel zu einem modernen Einwanderungsland mehrheitlich verinnerlicht. Die Herkunft wird zunehmend als weniger wichtig gesehen als der Beitrag, den Menschen hier leisten. Gleichheitsgrundsätze gewinnen in einer diversen Gesellschaft an Zuspruch. Ungleichbehandlung wird stärker abgelehnt.

Zweitens: Damit bestätigt der Blick auf die Einstellungen ein Fazit, dass der SVR in seinem Jahresgutachten 2021 zieht: Im Umgang mit steigender Diversität geht es darum, dass aus Herkunftsunterschieden keine Teilhabeungleichheiten werden. Hier ist die Politik, hier sind auch staatliche Institutionen wie Schule und Polizei, hier sind aber auch die Wirtschaft und alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gefragt. Chancengleichheit muss das Ziel sein, Diversitätsstrategien oder auch Zielformulierungen sind ein Mittel.

Drittens: Neuankömmlinge und bereits hier Ansässige müssen an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken. Denn dem Mitgestalten (durchaus eine liberale Überzeugung) kommt eine zentrale Bedeutung zu, und zwar nicht nur im individuellen Eigeninteresse. Wie Studien u.a. von Klaus Böhnke gezeigt haben, ist auch gesellschaftlicher Zusammenhalt dort groß, wo

Menschen auf Selbstbestimmung setzen.[8] Diese aktive Komponente im konkreten Zusammenhang (sei es in der Kita oder Schule der eigenen Kinder, im Verein, im Ortsteil) sollte gegenüber der öffentlichen Meta-Debatte über Zusammenhalt und den Umgang mit Vielfalt nicht zu kurz kommen oder zu geringgeschätzt werden. Hier sind Maßnahmen sinnvoll, die Engagement fördern und dazu einladen.

Viertens: Die beständige öffentliche Beschwörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts birgt das Risiko, dass eine Erwartung von Homogenität oder Störungsfreiheit geweckt wird. Dem kann man vorbeugen, indem man selbstbewusst das Aushalten von Unterschieden als Bestandteil einer pluralen Gesellschaft ausweist. In ihr gehören Kontroversen zum Alltag, die möglichst unaufgeregt geführt werden sollten. An dieser Unaufgeregtheit lässt sich allerdings noch arbeiten: Unterschiedliche Auffassungen sollten nicht zu schnell als krisenhaft gesehen oder bezeichnet werden. Sonst besteht die Gefahr, dass gleich über die Krise (von was auch immer) diskutiert wird, statt über die Themen selbst miteinander in den Dialog zu treten. Wenn es dagegen gelingt, diesen Dialog mit Gelassenheit, Selbstvertrauen in den eigenen Standpunkt und Empathie für den Standpunkt der jeweils anderen zu führen, können wir zuversichtlich sein, dass wir gesellschaftlich an Aushandlungsprozessen wachsen. In dem Fall würde der Zusammenhalt gestärkt, ohne dass er explizit beschworen werden müsste. Oder anders formuliert: Liberale Gesellschaften zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie ihren Zusammenhalt auch über die zivile Austragung ihrer Konflikte herstellen, eine Vorstellung, die gerade in illiberalen Gesellschaften zugunsten der Beschwörung von Einheit und Gemeinschaft abgelehnt wird. Insofern ist die sachliche Verhandlung über Fragen der Zuwanderung in liberaler Perspektive nicht schon eine Gefährdung des Zusammenhalts. Illiberal wäre hingegen der kategorische Ausschluss von Pluralität und Zuwanderung.

Fünftens: Ein zentraler Faktor, um Akzeptanz zu erhalten, ist die Wahrnehmung von Integration und Migration(spolitik) und -erfolgen durch die Bevölkerung. Investitionen in Integrationspolitik, in Sprachförderung, sowie ein früher Bildungs- und Arbeitsmarktzugang (um nur einige elementare Aspekte zu nennen) sind daher zentral. Zugleich ist es wichtig, dass der

---

8 Vgl. z.B. Koch, Michael/Boehnke, Klaus: »Kann Bürgerschaftliches Engagement den Zusammenhalt in Deutschland fördern?« In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 67:1 (2016), S. 10-20.

Staat von den Optionen Gebrauch macht, die ihm zur Verfügung stehen, um Migration zu steuern.[9] So hat sich gezeigt, dass die Wahrnehmung einer als zu hoch und ungesteuert wahrgenommenen Zuwanderung die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie als bedrohlich eingeschätzt wird.[10] Ein liberales Einwanderungsland zu sein, in welchem Migration und Zusammenhalt in einem positiven Zusammenhang stehen, heißt insofern, klare Angebote zu machen und ebenso klare Anforderungen an Neuankömmlinge wie bereits lange hier Lebende zu formulieren.

---

9 Zu den Grenzen und Möglichkeiten dieser Steuerung vgl. SVR: Steuern, was zu steuern ist. SVR-Jahresgutachten 2018, Berlin.

10 Vgl. z.B. Weber, Hannes: »Attitudes Towards Minorities in Times of High Migration: A Panel Study among Young Adults in Germany«, in: European Sociological Review (2018), S. 1-19.

Mit klugem Marktdesign zu nachhaltigen Infrastrukturen

Achim Wambach

Um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, spielen Infrastrukturen eine kaum zu überschätzende Rolle. Zugleich ist bei kaum einem Thema die Konfliktlinie »Markt oder Staat« so präsent wie beim Ausbau von Infrastrukturen. Und an kaum einer Stelle ist die Fokussierung auf diesen Gegensatz so unproduktiv. Relevant ist vielmehr, ob die gewünschten Ergebnisse durch »Monopol oder Wettbewerb« erreicht werden, sowie die Frage nach der zielführenden Regulierung des Monopols und den zielführenden Regeln für den Wettbewerb. In den Wirtschaftswissenschaften fallen diese Fragen in das Gebiet des »Marktdesigns«.

Die Gestaltung des Wettbewerbs

Die Einsetzung der »Deregulierungskommission« 1987 durch die Bundesregierung war Ausdruck einer veränderten Sicht auf die gewünschte Ordnung der Wirtschaft. Die Kommission hatte den Auftrag, marktwidrige Regulierungen abzubauen und dadurch mehr Wettbewerb zu schaffen und die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Es zeigte sich, dass viel mehr Wertschöpfungsstufen als bis dahin gedacht für den Wettbewerb zugänglich waren. Warum sollte man etwa das Telefongerät beim Postamt mieten müssen, während Fernseher auf dem freien Markt erhältlich waren? Diese Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf mehr Wettbewerb findet ihre Begründung in der empirisch gut fundierten ökonomischen Erkenntnis, dass Innovationen und die damit einhergehenden Vorteile für die Wohlfahrt in dieser Marktstruktur am ehesten zu erwarten sind.

Allerdings war der damalige Glaube an die Wettbewerbsfähigkeit mancher Wirtschaftssektoren zu optimistisch. So meinte der Wissenschaftliche Arbeitskreis für Regulierungsfragen bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post 1998: »Je erfolgreicher die Politik der Regulierungsbehörde ist, desto entbehrlicher wird ihre regulatorische Aufgabe im engeren Sinne. Nach aller Erfahrung ist für den Übergang vom monopolgeprägten zum wettbewerblichen Markt in Telekommunikation und Post jedoch ein längerer Zeitraum zu veranschlagen.«[1] Der damalige Bundeswirtschaftsminister Rexrodt ging davon aus, dass die Regulierung nach zehn Jahren, sobald Wettbewerb herrsche, der allgemeinen Wettbewerbsaufsicht weichen könnte. Die Bundesnetzagentur würde sich damit selbst abschaffen können.[2] Heute allerdings hat die Bundesnetzagentur mit ihren rund 3.000 Mitarbeitern zwar keine Ewigkeitsgarantie, eine Abwicklung ist aber sicher kein Thema und wäre auch nicht sinnvoll.

Die Netzsektoren, und insbesondere die dazu gehörigen Infrastrukturen, zeichnen sich nämlich als »natürliche Monopole« aus, also Monopole, die durch die technischen Voraussetzungen zwingend sind. Am deutlichsten ist dies beim Bahnnetz – der Aufbau eines parallelen Schienennetzes durch einen Wettbewerber wäre betriebs- und volkswirtschaftlich unsinnig. Und bei solchen natürlichen Monopolen bedarf es eines Regulators, der darauf achtet, dass die Kosten unter Kontrolle bleiben und der Zugang zum Netz nicht diskriminierend erfolgt. Allerdings gilt diese Monopolnotwendigkeit nicht für alle Infrastrukturen. So ist im Telekommunikationssektor ein Infrastrukturwettbewerb weitgehend möglich, bspw. betreiben drei Mobilfunkbetreiber eigene Netze. Allerdings gibt es auch hier Regionen, in denen ein Netzausbau wirtschaftlich nicht attraktiv ist – die sogenannten »white spots«. Um den Ausbau dort zu ermöglichen, bedarf es einer eigenen Regulierung.

In den 2020ern stehen wir vor massiven Herausforderungen. Im Folgenden werde ich für die Sektoren, die für die Energie- und Mobilitätswende besonders wichtig sind, beschreiben, inwiefern Marktdesign einen Beitrag

1 Wissenschaftlicher Arbeitskreis für Regulierungsfragen: »WAR – Leitlinien für Regulierungspolitik«, Bundesnetzagentur 1998. https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/1998/980619WAR-Leitlinien.html

2 Siehe Homann, Jochen: »Geleitwort«, in: Bernd Holznagel: 20 Jahre Verantwortung für Netze: Bestandsaufnahme und Perspektiven, München: C.H.Beck 2018.

dazu leisten kann, für eine effiziente Bereitstellung von nachhaltigen Infrastrukturen zu sorgen. Im letzten Abschnitt gehe ich auf die Frage ein, ob es bei guter Regulierung und gutem Marktdesign noch eine Rolle spielt, ob die jeweilige Leistung von »Markt oder Staat« erfolgt.

Energie: Märkte für Versorgungssicherheit schaffen

Der Energiemarkt steht im Herzen der Energiewende. So plant die Bundesregierung, die Stromversorgung bis 2030 von derzeit 45 Prozent auf 80 Prozent erneuerbare Energien umzustellen.

Das klassische Anwendungsfeld von Marktdesign ist der Energiemarkt. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird zu einer Zunahme der Ausschreibungen für Windenergieanlagen und Solaranlagen führen. In diesen Ausschreibungen wird die Höhe der Vergütung ermittelt. Die Regeln der Ausschreibung sind ein Baustein des Energiemarktdesigns.

Neben der Umstellung auf erneuerbare Energien gibt es weitere Aufgaben: Das Zieldreieck der Energiepolitik ist eine umweltverträgliche, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung (§ 1 Energiewirtschaftsgesetz). Versorgungssicherheit ist derzeit in Deutschland gegeben – die hiesige Stromversorgung ist eine der sichersten weltweit. Im Jahr 2020 betrug der durchschnittliche jährliche Stromausfall lediglich elf Minuten. Die Bereitstellung dieser hohen Qualität erfordert allerdings immer wieder regulierende Eingriffe, die zunehmen werden, wenn der Ausstieg aus Kernkraft und Kohle vollzogen sein wird und vermehrt Wind- und Solarstrom eingesetzt werden. Damit die Versorgung sicher bleibt, sieht der Koalitionsvertrag neue Gaskraftwerke vor, die später dann auch auf klimaneutrale Gase umgestellt werden können. Ob diese Strategie angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und die Verwerfungen im Verhältnis zu Russland haltbar ist, muss neu entschieden werden.

Aus Marktdesignperspektive stellt sich die Frage, wer mit den geringsten Kosten zur Versorgungssicherheit beitragen kann – wie sich also Versorgungssicherheit auch im Markt herausbilden kann. Viele Länder, unter anderem Frankreich und England, nutzen einen Kapazitätsmarkt, um ausreichend und verlässliche Erzeugungskapazität zur Verfügung zu haben. In der Wissenschaft wird derzeit diskutiert, ob marktinduzierte Versorgungssicherheit auch über verpflichtende Terminverträge gewährleistet werden kann. Bei diesen Verträgen würden sich Erzeuger Jahre vor dem Lieferzeit-

punkt auf die Bereitstellung einer bestimmten Strommenge verpflichten. Mittels solcher langfristigen Verträge würden die Erzeuger eine größere Mengen- und Erlössicherheit bekommen und damit auch die notwendige Planungssicherheit für adäquate Investitionen in eine sichere Versorgung.

Telekommunikation: Vouchers und Ausschreibungen für »white spots«

Digitalisierung ist ein wesentlicher Baustein für die Energiewende. Eine Studie[3] etwa kommt zu dem Ergebnis, dass durch den vermehrten Einsatz digitaler Lösungen in den kommenden zehn Jahren rund ein Fünftel der heutigen CO_2-Emissionen eingespart werden können. Die zunehmende Digitalisierung benötigt eine leistungsfähige Infrastruktur im Telekommunikationssektor.

Hier stellen sich hinsichtlich der Bereitstellung der Infrastruktur interessante Marktdesignfragen, die getrennt für Festnetz und Mobilfunknetz betrachtet werden müssen.

Festnetz

Im Festnetz stehen das weiterhin regulierte Kupfernetz, die Kabelnetze sowie die neuen Glasfasernetze unterschiedlicher Anbieter in einem Infrastrukturwettbewerb. Der schleppende Ausbau des Glasfasernetzes hat allerdings die Frage aufgeworfen, ob diese Marktordnung die gewünschten Ergebnisse bringt.

Dies betrifft allerdings primär den Ausbau des Glasfasernetzes in den »white spots«, also an Orten, wo ein Ausbau eigenwirtschaftlich nicht sinnvoll ist. Es ist unumstritten, dass ein Ausbau dort, insofern Glasfasernetze politisch gewünscht sind oder sogar zur Daseinsvorsorge gehören, durch staatliche Fördermittel begleitet werden muss. Die Bundes- und Landesregierungen haben dazu eine Vielzahl von Programmen aufgelegt, die allerdings teilweise zu einem Überausbau führen und den eigenwirtschaftlichen Ausbau verdrängen. Die Monopolkommission hatte deshalb 2019 ihrem Sektorgutachten Telekommunikation den Titel »Staatliches Augenmaß beim

3 Bitkom/Accenture: »Klimaeffekte der Digitalisierung«, Bitkom 2021.

Netzausbau« gegeben.[4] Aus Marktdesignperspektive stellt sich zudem die Frage, wie eine geeignete Priorisierung des geförderten Ausbaus erreicht werden kann. Eine Möglichkeit wäre, die Nachfrageseite in die Förderung stärker mit einzubeziehen, um so eine Indikation für die Dringlichkeit zu erhalten. Dies kann über Gutscheine, sogenannte Vouchers erfolgen, die für die Umstellung auf Glasfaser verwendet werden können.[5]

Mobilfunknetz

Die nächste Vergabe von Mobilfunkfrequenzen soll 2023 oder 2024 stattfinden, da einige der derzeit vergebenen Nutzungsrechte 2025 auslaufen. Die Zuteilung von Frequenzen entscheidet wesentlich über die zukünftige Struktur des Mobilfunkmarktes. Für einen effizienten und wettbewerblichen Markt ist es zum einen wichtig, dass Frequenzen in hinreichender Menge und Zusammenstellung den Unternehmen mit den wettbewerbsfähigsten Geschäftsmodellen zugeteilt werden. Es muss zum anderen aber auch eine gewisse Balance in der Frequenzausstattung zwischen den Unternehmen gewahrt werden, so dass sich der Wettbewerb im Mobilfunkmarkt entfalten kann. Die genaue Zuteilung der Frequenzen zur Erreichung der idealen Marktstruktur hängt allerdings von Informationen ab, die ausschließlich den einzelnen Unternehmen bekannt sind.

Um die Informationen der Unternehmen für die Zuteilung berücksichtigen zu können, muss es für die beteiligten Unternehmen Anreize geben, diese zu offenbaren. Versteigerungsverfahren können dies ermöglichen und haben sich in der Vergangenheit für die Frequenzzuteilung bewährt. Der Vorteil von Versteigerungsverfahren ist dabei, dass die Unternehmen, die einen höheren Wert aus der Nutzung der Frequenzen ziehen, in der Regel auch eine höhere Zahlungsbereitschaft haben und sich in einem gut gestalteten Versteigerungsverfahren durchsetzen. Versteigerungsverfahren sind darüber hinaus geeignet, etwa durch Zuteilungen für Neueinsteiger, eine Marktstruktur zu finden, die dem nachgelagerten Wettbewerb zugutekommt.

---

4 Monopolkommission: »11. Sektorgutachten Telekommunikation (2019): Staatliches Augenmaß beim Netzausbau«, Monopolkommission, 2019.

5 So sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung diesbezüglich vor: »Wir stoßen als Ergänzung zu FTTH und Inhouse-Glasfaserverkabelung, wo nötig, eine Förderung mittels Voucher an.« Bundesregierung: Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Bundesregierung, 2021.

Der bisherige Ansatz, mobiles Breitband in den unterversorgten »white spots« durch Versorgungsauflagen an alle in der Vergabe erfolgreichen Unternehmen sicherzustellen, geht mit Problemen einher. In den Regionen, wo der Infrastrukturwettbewerb gut funktioniert, sind solche Versorgungsauflagen irrelevant oder sogar potenziell schädlich für den Wettbewerb, da sie eine mögliche Abgrenzung vom Wettbewerber erschweren. In den Regionen, wo der Infrastrukturwettbewerb nicht ausreicht, um eine für notwendig erachtete Versorgung sicherzustellen, wäre eine Dopplung von Infrastruktur nicht wirtschaftlich. Zielführender ist es deshalb, die Versorgung in diesen Gebieten durch nur einen der Netzbetreiber sicherzustellen, und den anderen Betreibern Zugang etwa durch Roaming zu geben.

Dazu könnte man eine gesonderte »white spot-Auktion« durchführen, d.h. eine umgekehrte (negative) Subventionsauktion für den Ausbau in diesen Regionen. Ein illustratives Beispiel dafür bietet Dänemark, das diesen Weg im Jahr 2012 im Rahmen der LTE-Frequenzauktion gegangen ist. Das Besondere war, dass für drei besonders dünn besiedelte Regionen zwar jeder Bieter eine Ausbauverpflichtung hatte, die Bieter aber in der Vergabe auf eine Ausnahme von dieser grundsätzlichen Ausbauverpflichtung bieten konnten. Das heißt, ein Bieter konnte vier Gebote gleichzeitig abgeben, und zwar mit Ausbauverpflichtungen in keiner, einer, zwei oder allen drei Regionen. Am Ende der Auktion gewann dann die Gebotskombination, die den höchsten Erlös generierte, wobei berücksichtigt wurde, dass in jeder der drei Regionen mindestens einer der Bieter die Ausbauverpflichtung übernahm.[6]

Bahn: Den Deutschlandtakt für mehr Wettbewerb nutzen

Eine zentrale Aufgabe für die Mobilitätswende wird der Aufbau eines modernen und emissionsarmen Mobilitätssystems sein. Problematisch ist aber schon heute: Das deutsche Bahnsystem wirkt regelrecht »vermachtet«; im

---

6 Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass »die Frequenzvergabe auf Vorgaben für Flächenversorgung aus[gerichtet werden soll], auch negative Auktionen sollen zum Einsatz kommen.« Bundesregierung: Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Bundesregierung, 2021.

Fernverkehr beispielsweise hat die Deutsche Bahn einen Marktanteil nach Verkehrsleistung von gut 95 Prozent. Qualitätsprobleme sind die Folge.[7]

Dazu beigetragen hat sicherlich auch, dass das Bahnnetz im Eigentum der Deutsche Bahn AG ist, und sich dadurch immer wieder Diskriminierungsmöglichkeiten zugunsten der Fahrdienstbetreiber des eigenen Konzerns ergeben. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt: Wie wird mit Baustellen umgegangen? Was sind die Regeln bei vollen Gleisen an Bahnhöfen? Wie hoch sind die Gebühren zur Schienennutzung?

Eine neue Chance für mehr Wettbewerb bietet der geplante Deutschlandtakt. Dabei sollen Zugverbindungen bundesweit im Halb- bzw. Stundentakt aufeinander abgestimmt und Fahrzeitverkürzungen erreicht werden. Damit wird es dann klar definierte Trassen-»Slots« geben, die prinzipiell eine eigene Zuteilungsregel erlauben, d.h. die Vergabe einzelner Strecken zu bestimmten Uhrzeiten auch an Wettbewerber. Ein solches Ausschreibungs- oder Konzessionsmodell empfiehlt die Monopolkommission.[8] Die wettbewerbliche Dynamik, die die Ausschreibungen im Regionalverkehr bewirkt haben – hier haben die Wettbewerber der Deutsche Bahn AG mittlerweile einen Marktanteil von knapp 30 Prozent – ließe sich damit auch auf den Fernverkehr übertragen.

Markt oder Staat: eine überholte Dichotomie

Wie bis hierher deutlich geworden ist, sollte beim Aufbau von Infrastrukturen zunächst gefragt werden, inwiefern das jeweilige Ziel durch wettbewerbliche Strukturen erreicht werden kann oder inwiefern auf ein Unternehmen, das dann jeweils das Infrastrukturmonopol besitzt, zurückgegriffen werden muss. Eine konsequente Regulierung des Monopolisten sowie zielführende Regeln für den Markt bewirken dann die effiziente Errichtung und Betreibung der Infrastruktur.

---

7 Siehe Monopolkommission: »7. Sektorgutachten Bahn (2019): Mehr Qualität und Wettbewerb auf die Schiene«, Monopolkommission, 2019.

8 Monopolkommission: »8. Sektorgutachten Bahn (2021): Wettbewerb in den Takt!«, Monopolkommission, 2021. https://www.monopolkommission.de/images/PDF/SG/8sg_bahn_volltext.pdf

Die Frage nach Staatseigentum an Unternehmen steht damit nicht mehr im Vordergrund, sie wird allerdings auch nicht irrelevant. Problematisch wird Staatseigentum immer dann, wenn es zu Interessenskonflikten der öffentlichen Hand kommt, da diese in solchen Fällen sowohl als Regelsetzer wie auch als Akteur tätig ist.

Dies wurde etwa deutlich bei der Novelle des Postgesetzes, das seit 1997 weitgehend unverändert gilt. Seit Mai 2020 lag ein Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums für eine »große« Postgesetznovelle vor, die den Wettbewerb auf den Postmärkten gestärkt hätte. Heraus kam in der letzten Legislaturperiode bis Herbst 2021 allerdings nur eine »kleine« Postgesetznovelle. Der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Jürgen Kühling, kommentierte dies mit: »Die ›kleine‹ Postgesetznovelle war unzureichend … und bevorteilte zudem die Deutsche Post AG«[9].

Anlässlich der Amtsübergabe im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Dezember 2021 sagte Minister Dr. Robert Habeck:

> »Wir brauchen […] ein pragmatisches Vorgehen […] die ideologische Debatte [soll] nicht die Handschrift der nächsten vier Jahre werden […], sondern der Erfolg […] Debatten darüber, ob es mehr oder weniger Staat geben soll, ob mehr reguliert oder dereguliert werden soll, [sind] eigentlich […] fehl am Platze.«[10]

Die Wirtschaftswissenschaften haben in den letzten Jahrzehnten unter dem Schlagwort des Marktdesigns einen Beitrag zur Entideologisierung der Debatte geleistet. Getestet, eingesetzt und dann evaluiert wird das, was schlussendlich wirkt. Diese Methodik und Erkenntnisse sollten vermehrt in der deutschen Politik bei Ausbau und Nutzung der nachhaltigen Infrastrukturen eingesetzt werden.

---

9 Pressemitteilung der Monopolkommission: »Die Monopolkommission stellt ihr 12. Sektorgutachten zum Wettbewerb auf den Postmärkten vor ›Wettbewerb mit neuem Schwung!‹«, Monopolkommission, 2021.

10 Habeck, Robert: »Amtsübergabe im Wirtschaftsministerium«, Rede Dr. Robert Habeck, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 2021.

Die Zukunft des Freihandels

Gabriel Felbermayr

Freihandel ist gerade wieder einmal unmodern und mit Ländern wie Russland zurzeit gänzlich undenkbar. Aber selbst in Friedenszeiten hatten es Proponenten offener Märkte in der Geschichte nie leicht, wie Douglas Irwin in mittlerweile fünf Auflagen in seinem Klassiker »Free Trade under Fire« brillant beschreibt.[1]

»Free Trade under Fire«

Gleichwohl scheint es einen Rhythmus in der Debatte zu geben. Die Gegner des Freihandels bauen Argumente auf, warum Zölle und andere Barrieren notwendig seien. Ihre Denkmuster wirken oft auf den ersten Blick plausibel. Sie finden politische Unterstützung. Befürworter des Freihandels brauchen meist einige Zeit, um die logischen Fehlschlüsse der Protektionisten freizulegen. Oft hilft ihnen dabei die Empirie, denn das Aufbauen von Barrieren löst in der Regel kein Problem. Nach einiger Zeit marktoffener Politik tauchen dann neue Begründungen für Protektionismus auf. So ging es in der Vergangenheit oft um den Schutz einer etablierten Gesellschaftsordnung, um die Bewahrung guter und sicherer Jobs, oder die Beförderung einer gleicheren Einkommensverteilung. Heute wird wieder das alte Argument, Freihandel gefährde die eigene Souveränität, hervorgeholt. Und mit bisher nicht gekannter Intensität wird ein Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Freihandel hergestellt. In der Akutphase der Coronakrise wurde sogar suggeriert, dass Globalisierung die Gesundheit gefährde. Und so befindet sich Freihandel gerade in einem Wellental der Beliebtheit.

---

1 Irwin, Douglas: Free Trade under Fire. Princeton: Princeton University Press 2020.

Der Koalitionsvertrag der deutschen Ampel-Regierung reflektiert diese Stimmungslage. Der Begriff Freihandel taucht, abgesehen von einer Überschrift, ein einziges Mal im Text auf, und dort nur unter Begrenzungen. Es soll ihn nur »auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards«[2] geben. In der neuen handelspolitischen Doktrin der Europäischen Union ist Freihandel auch kein Ziel per se. Offene Märkte herzustellen und zu bewahren ist neben der Nachhaltigkeit und der strategischen Autonomie nur eine Aufgabe der Handelspolitik. Und auch in den USA ist nach dem expliziten Protektionismus von Donald Trump unter der Führung von Joe Biden keine Begeisterung für Freihandel zu erkennen.

Dabei hat gerade die Coronakrise die Vorzüge offener Märkte sehr deutlich hervorgestellt. Zwar kamen auch in Deutschland die Bänder zum Stehen, als am Beginn der Coronakrise, chinesische und später norditalienische Fabriken in den Lockdown gingen. Importierte Vorprodukte fehlten plötzlich. Dann stellte man in Europa fest, dass bestimmte medizinische Produkte wie Masken und Reagenzien oder Verpackungsmaterial nicht in den benötigten Mengen auf den Weltmärkten zur Verfügung standen. Globalisierungsskeptiker aller Couleurs wiesen schnell auf die fehlende Zuverlässigkeit globaler Lieferketten hin und forderten, mit neuer Regulierung und Subventionen die Produktion nach Europa zurückzuholen.

Aber dieses Argument brach schnell zusammen. War der Welthandel im April 2020 um 15 Prozent gegenüber dem Vorkrisenniveau eingebrochen, so kam er ebenso schnell zurück und überschritt vier Monate später dieses Niveau wieder.[3] Im November 2021 lag der Welthandel um fast acht Prozent über dem Vorkrisenniveau.[4] Ganz ähnlich erging es der globalen Industrieproduktion, die schnell wieder über das Vorkrisenniveau kletterte.

---

2 Vgl. Bundesregierung: Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Bundesregierung 2021, S. 34.

3 Vgl. Welthandelsorganisation (WTO): »Trade Statistics and Outlook. Global trade rebound beats expectations but marked by regional divergences«, Press Release WTO vom 4.10.2021.

4 Vgl. z.B. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: »Die Lage der Weltwirtschaft im November«, in: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik (Dezember 2021), S. 48-52.

Auch während der Coronapandemie zeigt sich der Vorteil offener Märkte

Es kam, von wenigen vorhergesehen, zu einer perfekten V-Formation und, nach Überwindung des ersten Coronaschocks zu einem regelrechten Boom im Welthandel. Die globalisierte Wirtschaft stillte die gestiegene Nachfrage nach vielen Gütern: Schutzkleidung und langlebige Konsumgüter aus China, Maschinen aus Europa, Rohstoffe aus aller Welt. Mehr noch, sie ermöglichte die rasante Skalierung der globalen Impfstoffproduktion. Im Jahr 2021 wurden von Null beginnend mehr als 9 Milliarden Impfdosen hergestellt und verteilt, und zwar unter Ausnutzung der Vorteile globaler Wertschöpfungsnetzwerke. Die globalisierte Wirtschaft hat geliefert – entgegen allen Unkenrufen.

Deutschland scheint aber aktuell von dieser Dynamik abgekoppelt zu sein. Ganz anders als sonst, wo ein stark wachsender Welthandel immer auch zu einem Boom in der deutschen Industrie geführt hat. Diese kommt in Deutschland nicht vom Fleck, und zwar schon seit Mitte 2017. Das Land mag stärker als andere unter Lieferengpässen und Materialmangel leiden. Die deutlich bessere Industriekonjunktur in Ländern mit ähnlichen Spezialisierungsprofilen zeigt aber, dass die stagnierende Produktion im verarbeitenden Gewerbe wohl mehr mit einer Schwäche des deutschen Wirtschaftsstandorts als mit einer Flaute im Welthandel zu tun hat.

Interessant ist der Vergleich der Coronakrise mit der letzten Rezession, der Weltwirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09. Auch damals kam es zu einem schnellen und starken Einbruch des Welthandels und der globalen Industrieproduktion. Die Erholung aber dauert sehr viel länger. Erst 24 Monate nach Pleite der Lehmann-Brothers Investmentbank erreichten die beiden Größen das Vorkrisenniveau.[5] Der Grund ist, dass es sich damals um eine Finanzmarktkrise handelte, die eine schmerzhafte Bereinigung von Bilanzen von Banken und Unternehmen erforderte. Die Coronakrise hingegen ist von ihrem Wesen her interruptiv: Funktionsfähige Produktionsstrukturen werden durch behördliche Auflagen immer wieder unterbrochen, können aber in vielen Fällen schnell wieder hochgefahren werden. Und weil überall

5 Vgl. z.B. Gatzke, Marcus/Buchter, Heike/Schröder, Thorsten: »Lehman-Pleite: WTF ist damals eigentlich passiert?«, in ZEIT Online vom 15.9.2018. https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/lehman-finanzkrise-henry-paulson-usa

auf der Welt die Regierungen und Notenbanken in historisch einmaliger Art und Weise für Liquidität gesorgt haben, kam es während der Abschaltphasen nicht zu Unternehmenspleiten. Viele Marktteilnehmer hatten mit einer Wiederholung der langen Rezession wie nach der Lehman-Pleite gerechnet und reduzierten vorsorglich ihre Kapazitäten – eine Fehleinschätzung, die als eine Ursache für das aktuell knappe Angebot gelten kann.

Der weltweite Boom hatte aber zu einer Explosion der Preise geführt. Das ist eine logische Folge, wenn die Nachfrage überraschend stark expandiert, die Angebotsseite aber immer wieder durch neue Corona-Maßnahmen unterbrochen wird. Der Durchschnittspreis für industrielle Rohstoffe stieg zwischenzeitlich um knapp 70 Prozent über das Vorkrisenniveau und liegt in den letzten Daten immer noch 45 Prozent darüber, fossile Brennstoffe sind 70 Prozent teurer. Der Ukraine-Krieg und die Abkehr der EU von fossilen Energieimporten aus Russland verstärken diesen Trend. Auch die Frachtraten im internationalen Warenverkehr sind regelrecht explodiert, auf manchen Strecken haben sie sich mehr als verfünffacht. In Folge stiegen die Erzeugerpreise stark an. In Deutschland liegen sie im November 2021 um 24 Prozent über dem Vorjahresmonat. Seit Anfang der 1950er Jahre gab es solche Steigerungen nicht. Lieferschwierigkeiten und hohe Preise haben den Boom daher abgewürgt. Einen Rückgang haben sie aber nicht ausgelöst und es gibt erhebliches Aufwärtspotential.

Denn hohe Preise laden zu Produktionsausweitungen ein. 2021 wurden so viele Frachtschiffe bestellt wie noch nie in den letzten beiden Jahrzehnten. Rohstoffkartelle wie die OPEC versuchen, Preise durch Verknappung hochzuhalten, aber das gelingt selten und schon gar nicht auf Dauer. Selbst wenn der Ukraine-Krieg zunächst zu neuen Rekorden bei den Rohstoffpreisen sorgt: Es spricht viel dafür, dass langfristig die Knappheiten auf den Weltmärkten nachlassen und die Preise fallen – mittelfristig jedenfalls. Kurzfristig droht allerdings aufgrund geostrategischer Spannungen weiteres Ungemach. Der Ausfall Russlands und der Ukraine, obwohl gesamtwirtschaftlich von geringer Bedeutung, sind bei Erdgas, Erdöl, Getreide und einigen Metallen Weltmächte. Bleibt ihr Angebot der Weltwirtschaft vorenthalten, dann droht nachhaltig Energieknappheit und in Ländern des globalen Südens Hunger. Letzteres könnte überhaupt länger ein großes Thema bleiben. Eine Folge des Klimawandels wird eine höhere Volatilität der Lebensmittelpreise sein, mit Perioden hoher Preissteigerungsraten.

Corona stellt die arbeitsteilige globale Wirtschaft nicht infrage

Dennoch: Die Coronakrise stellt das arbeitsteilige globale Wirtschaftsmodell nicht infrage, eher ist das Gegenteil der Fall. Der Welthandel hat die schnelle Bewältigung der ärgsten wirtschaftlichen Verwerfungen erst ermöglicht. Simulationsstudien zeigen, dass eine Entkoppelung von Lieferketten zwar internationale Ansteckungseffekte durch den Welthandel verringert – man immunisiert sich gegen Produktionsausfälle im Ausland – aber die Kosten in Form von Wachstumseinbußen übertreffen die Vorteile um ein Vielfaches.

Auch für die Bewältigung anderer globaler Herausforderungen ist die internationale Arbeitsteilung extrem hilfreich. Denn sie wirkt, global gesehen, produktivitätssteigernd: die knappen Ressourcen eines jeden Landes werden systematisch in jenen Sektoren eingesetzt, wo das Land seine komparativen Vorteile hat. In den Sektoren, in denen die Ressourcen relativ unproduktiv eingesetzt würden, wird importiert. Wollen wir die Klimakrise gut meistern, dann muss die Welt sehr schnell sehr viel produktiver mit Energie umgehen – die internationale Arbeitsteilung hilft hier. Und auch die knapper werdenden Arbeitskräfte – nicht nur in Europa, auch in Asien – machen es stärker erforderlich, Wege zu finden, sie produktiver einzusetzen. Auch hier hilft die internationale Arbeitsteilung. Und zwar ganz ohne große staatlich orchestrierte Investitionsprogramme oder teure Subventionen.

Leider liegt im internationalen Güterhandel manches im Argen. Wie erwähnt: Die aktuellen Lieferschwierigkeiten sind das Resultat von Fehleinschätzungen durch Managerinnen und Manager, die von einer langsamen, bestenfalls U-förmigen Erholung ausgegangen waren. Auch die Wahrscheinlichkeit von Lieferausfällen wurde unterschätzt. Damit erschien es rational, die Lager möglichst knapp zu halten, und die Anzahl der Lieferanten gering. Diese Fehler kosten vielen Unternehmen Umsatz und Gewinn: Trotz hoher Nachfrage kann mancher Auftrag nicht abgearbeitet werden. Die Firmen diversifizieren daher ihre Lieferantennetzwerke und verändern ihre Lagerhaltungsstrategien. Gemäß der marktwirtschaftlichen Logik haben sie dafür starke Anreize; sie brauchen keine staatlichen Vorgaben dafür. Der Staat sollte allerdings dafür sorgen, dass die Diversifizierung der Netzwerke durch moderne Freihandelsabkommen unterstützt wird und Lösungen für den Mangel an Bauplätzen für Lager gefunden werden. In beiden Belangen geht aktuell in Europa und Deutschland nicht viel voran.

Der Staat sollte durch Freihandelsabkommen unterstützen

Viel problematischer ist aber die Belastung des globalen Güterhandels durch die zunehmenden politischen Risiken. Der Handelskrieg zwischen USA und China ist noch lange nicht vorbei, und damit das Risiko, dass Produkte europäischer Hersteller aus China plötzlich in den USA von hohen Zöllen belastet werden, und umgekehrt. Außerdem könnte es auch für in Europa endgefertigte Produkte Zusatzzölle geben, wenn bei der Herstellung Vorprodukte aus China oder den USA verwendet werden. Wie das laufen könnte, zeigen die neuen Regeln im Handelsabkommen zwischen USA, Mexiko und Kanada, die Vorprodukte von außerhalb der Zone beschränken.

Doch auch die europäische Handelspolitik wird protektionistischer. Das geplante Lieferkettengesetz erfordert zusätzliche, teure Bürokratie zur Überwachung ausländischer Zulieferer und setzt die Unternehmen dem Risiko hoher Strafen aus, wenn sie ihren Sorgfaltspflichten nicht gemäß dem Buchstaben des Gesetzes nachkommen. Der Einsatz von handelspolitischen Instrumenten zur Verfolgung von außenpolitischen Zielen in den Bereichen Menschenrechte, Sozial- oder Umweltpolitik schafft neue Barrieren. Ein Beispiel dafür ist der CO_2-Grenzausgleich, der neue Risiken und Kosten im internationalen Handel schaffen wird. Und selbst wenn es gar nicht zu konkreten Maßnahmen kommt, belasten die zunehmende Unsicherheit und Spannungen mit Handelspartnern von Russland bis zum Vereinigten Königreich das Geschäft.

Die Unternehmen stellen sich diesen Risiken. Konkret bedeutet das sehr oft, die Produktion näher an die Endkunden zu bringen, um politische Risiken zu reduzieren. Für den chinesischen Markt wird in China, für den amerikanischen Markt in den USA, Mexiko oder Kanada produziert, Vorprodukte inklusive. Für eine relativ kleine, offene Volkswirtschaft wie die deutsche, die bisher wie keine andere vom Export nach Übersee profitiert hat, ist das keine gute Nachricht. Auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht, denn ein Verzicht auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung bedeutet höhere Preise. All das heißt freilich nicht, dass die international aufgestellten deutschen Unternehmen nicht auch in einer Welt größerer Handelsbarrieren erfolgreich sein können. Nur findet die Wertschöpfung immer häufiger im Ausland statt, nicht in Deutschland.

Eines ist aber wohl unumgänglich: Die fällige Dekarbonisierung des internationalen Transportes wird den Güterhandel dämpfen. Wenn die Ozean-

riesen für ihre CO_2-Emissionen adäquate Preise bezahlen müssen, geht der Weltgüterhandel nach Schätzungen des Autors um 10 bis 15 Prozent zurück. Im Unterschied zu schädlichem Protektionismus wäre das aber zu begrüßen, denn nur mit Kostenwahrheit schafft Handel nachhaltig Wohlstand. Wenn Transport teurer wird, dann stärkt das den kleinräumigen Handel, natürlich auch den grenzüberschreitenden. Ein politisch erzwungener Regionalismus oder Wirtschaftsnationalismus wird aber ganz sicher nicht zum Gelingen der Energiewende beitragen. Grüne Energie muss auf jeden Fall international handelbar sein und dort hergestellt werden, wo die komparativen Vorteile dafür vorliegen.

Doch der Güterhandel ist nicht die ganze Geschichte. Während alle, den Autor dieser Zeilen eingeschlossen, auf den Güterhandel schauen, entwickelt sich der Dienstleistungshandel dynamischer. Dort spielt das Internet eine große und wachsende Rolle. Neue Technologien wie die Blockchain und künstliche Intelligenz machen grenzüberschreitende Geschäfte möglich, die es bisher nicht gab. Hier baut sich eine neue Welle auf, die die Globalisierung verändern kann – weg von physischen Gütern, hin zu virtuell gehandelten Dienstleistungen – zu medizinischen und juristischen Dienstleistungen, zu Finanzen, Unterhaltung und vielem mehr.

Wir haben es also nicht mit dem Ende der Globalisierung zu tun, sondern mit ihrer Transformation. Die Politik sollte diesen Wandel zulassen und ihn im Geiste internationaler Kooperation anstatt protektionistischer Abschottung gestalten.

Ich tweete, also bin ich? Für eine neue Ethik der Digitalisierung

Alexandra Borchardt

Sie gehörten zu den traurigsten Szenen, die diese Pandemie zu bieten hatte: Krankenpflegerinnen, die sterbenskranken Covid-Patienten Tabletcomputer vors Gesicht hielten, um diesen wenigstens die Illusion zu vermitteln, ihre Liebsten seien ihnen nahe. Auch wenn das Wort *Zoom Fatigue* seinen Platz im deutschen Sprachgebrauch behauptet, hätte es ohne die Digitalisierung all dies nicht gegeben: Die Möglichkeit, Einsamkeit zu durchbrechen, Gefühle von Verbundenheit zu schaffen, Verbindung zu halten und Botschaften zu übermitteln, selbst in Grenzsituationen des Lebens. Wer es weniger pathetisch mag, kann an profanere Vorteile denken, zum Beispiel daran, dass viele Beschäftigte dank vernetzter Welt auch unter Isolationsbedingungen ihren Lebensunterhalt verdienen und sich versorgen lassen konnten. All das darf man Freiheit nennen. Ohne digitale Kommunikationskanäle wäre diese Pandemie eine andere gewesen.

Eindeutig ist die Lage indes nicht. Für jedes Argument, das die Möglichkeiten der Digitalisierung feiert, gibt es ein anderes, welches ihre Gefahren beschwört. Ja, wir haben neue, individuelle Freiheiten. Viele von uns können nun arbeiten, wo sie wollen, unbegrenzt kommunizieren, Angebote vergleichen und quer durch das Netz shoppen. Dank der Plattform-Ökonomie lässt sich theoretisch aus allen Winkeln der Erde ein Weltmarkt erschließen. Man kann Server-Kapazitäten in Daten-Wolken mieten, noch vor dem Aufstehen seine Bankgeschäfte tätigen und sich günstig weiterbilden. Verglichen mit allem, was der Kapitalismus den Bewohnern der rein analogen Welt abverlangt hatte, haben die digitalen Strukturen Konsumenten und Entrepreneure ermächtigt. Und auch die bürgerlichen Freiheiten sind gewachsen. Wir alle können uns über verschiedenste Kanäle informieren, äußern, darstellen, politisch einmischen und notfalls rund um den Globus Verbündete suchen.

Die Bedeutung der Druckerpresse schwindet, jeder kann sein eigener Verleger sein.

Digitalisierung verändert die Welt, wie wir sie kennen

Aber die Digitalisierung beendet auch die Freiheit, wie wir sie kennen. Wenn alles miteinander vernetzt ist, kann kaum jemand unerkannt agieren. Unsere Wege, unsere Gewohnheiten, unsere Vorlieben, unsere Ausgaben, unsere Leistungen – mehr und mehr von dem, was früher ohne Spuren blieb oder in vereinzelten Akten verschwand, füttert heute Datenberge, von denen wir nicht wissen, ob sie irgendwann zu Friedhöfen oder gegen uns verwendet werden. Wo Algorithmen ohne Unterlass Datenpunkte sortieren, Bestseller zu Top-Sellern machen und weniger Gefragtes auf die Halde des Vergessens schieben, fragen wir uns zuweilen, was wir noch selbst entscheiden und wo in Wirklichkeit für uns entschieden wird. Bewerbungen oder Kreditanfragen werden von Software aussortiert, bevor ein Mensch sie gesichtet hat. Das Individuum und seine Potentiale verschwinden in Hochrechnungen. Wer Dave Eggers Roman »The Every«[1] liest – eine bitterböse Dystopie über einen alles steuernden Konzern –, dem vergeht das Lachen. Noch behauptet sich in der realen Welt das analoge Buch, in dem man ohne Nachverfolgung lesen kann. Das Bargeld dagegen, einst Schlüssel zur Freiheit, ist mancherorts schon ausgemustert. Es gibt durchaus Anlass, uns um die Freiheit in der digitalisierten Welt zu sorgen.

Es ist umstritten, wer diese Freiheit am stärksten bedroht. Sind es die Tech-Konzerne des Silicon Valley, deren Geschäftsmodelle in den sozialen Netzwerken das Laute und Krasse belohnen und damit kultivierte Debatten so schwierig machen? Viele fühlen sich vom Bürger zum Konsumenten degradiert, den die Bequemlichkeit digital verfügbarer Dienstleistungen so schläfrig macht, dass er gar nicht spürt, wie er an der Leine der Algorithmen geführt wird. Die kritische Literatur zu den Tech-Giganten ist zum eigenen Genre geworden, selbst ehemalige Größen des Geschäfts stricken mit an diesem Narrativ.

In Ländern, in denen Despoten und Autokraten regieren, fällt das Urteil über Facebook (neuerdings Meta) und Google milder aus. Wo Überwachung, Kontrolle und Propaganda zum Alltag gehören und man Stück für Stück um

1 Eggers, Dave: The Every, New York: Hamish Hamilton 2021.

Informationen und Meinungsfreiheit ringt, da ergreifen viele jede Chance, sich zu vernetzten. Die digitale Welt ermöglicht ihnen ein offeneres Leben, im Idealfall Solidarität. Die Nebenwirkungen nehmen sie in Kauf, selbst wenn viele wissen: Jeder Schritt im Netz macht sie durchschaubarer, kontrollierbarer, angreifbarer. Das Internet bietet beides: die Möglichkeit subversiver Information und Aktion wie das die Möglichkeit umfassender Kontrolle, ja eines digitalen Totalitarismus. China ist Vorreiter auf diesem Weg, andere folgen.

Digitalisierung gestalten

Doch es geht anders. Es muss anders gehen. Wir müssen die digitale Welt gestalten, statt uns gestalten zu lassen. Es gilt, nachzuarbeiten. Die frühen Propheten der Digitalisierung hatten zwar Freiheit gerufen, sie aber nicht zu Ende gedacht. Die »Weisheit der Vielen« wurde schnell zur Tyrannei der Lauten. Freiheit ohne Regeln gibt das Recht den Stärksten, sie mündet in Anarchie oder Diktatur. Hass und Hetze im Netz machen mundtot, statt zu ermächtigen. In der Demokratie gehört das Recht zur Freiheit wie die Tür zur Wohnung. Meinungsfreiheit ist elementar, aber ohne Gewaltenteilung und Rechtsstaat steht das Individuum schutzlos da. Zwar gilt das Recht auch in der digitalisierten Welt, es ist nur zu langsam. Gebraucht wird eine neue Ethik der Digitalisierung, die für alle gilt: Regierungen, Unternehmen und jeden einzelnen Bürger. Freiheit, Recht und Verantwortung – erst als Dreigestirn dienen sie dem Menschen.

Es macht Hoffnung, dass Politik und Gesellschaft es nicht länger den Tech-Konzernen überlassen, was geht und was nicht gehen sollte im digitalen Raum. Technik ist nur ein Mittel. Sie kann gesellschaftliche Probleme verstärken, aber auch zu deren Lösungen beitragen. Die Verantwortung dafür liegt nicht bei den Internet-Konzernen allein. Wie sich technologischer Fortschritt mit Werten unterfüttern ließe, hat zum Beispiel das Projekt »Ethik der Digitalisierung«[2] ergründet. Unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier waren Internet-Forschungsinstitute rund um den Globus daran beteiligt. 151 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 51 Ländern weltweit hatten sich über zwei Jahre den Kopf über zentrale

2 Siehe »Ethik der Digitalisierung – von Prinzipien zu Praktiken«, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. https://www.hiig.de/project/ethik-der-digitalisierung/

Fragen zerbrochen: Wie lassen sich Debatten in den sozialen Netzwerken so moderieren, dass die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt und Hass minimiert wird? Wie müssen Algorithmen entwickelt werden, damit sie nicht diskriminieren? Wie könnte eine vernetzte Stadt aussehen, die den Menschen dient und sie nicht zum Beiwerk einer Tech-Utopie degradiert? Wie kann und muss digitale Bildung strukturiert sein, damit alle davon profitieren? Allein die Vielfalt der Themen, die dieses Projekt nur antippen konnte, zeigt, wie breit und tief die Debatte geführt werden muss. Und der globale Ansatz macht deutlich, dass sie befreit werden muss aus dem Pingpong zwischen Europa und den USA mit China als lachendem Dritten am Spielfeldrand. Länder in Afrika und Südostasien haben von der Digitalisierung jeweils anderes zu gewinnen und zu verlieren als jene der westlichen Welt.

Aber wie müsste eine Ethik der Digitalisierung in einer liberalen Welt aussehen? Dafür gibt es keine Blaupause, aber ein paar Grundsätze sollten gelten. Hier sind sieben, die ein Anfang sein könnten:

Erstens, die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen muss abgesichert werden. Eine liberale Gesellschaft vertraut auf die Kraft von Individuen und deren Zusammenspiel in einem fairen, pluralistischen Wettbewerb. Vielfalt ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Innovation und Prosperität. In einer Welt der digitalen Bewertungen, Likes und Klicks, in der Rankings und Hochrechnungen stets den Bestseller fördern und weniger populäres automatisch aussieben, bleibt Individualität auf der Strecke. Auch Menschen diskriminieren und schüchtern ein, aber Software tendiert dazu, Stereotype und Fehler zu potenzieren. Künstliche Intelligenz stellt so manches Mal Weichen fürs Leben. Algorithmen müssen deshalb regelmäßig auf Diskriminierungsfreiheit überprüft werden. Menschen brauchen Möglichkeiten, im Zweifelsfall schnell und unkompliziert zu ihrem Recht zu kommen. Keine Frage, aus Datenfülle lassen sich segensreiche Erkenntnisse schöpfen. Aber Vorsicht, Kalkulationen sind keine Fakten. Auch in der digitalen Gesellschaft muss der Einzelfall gewürdigt werden.

Zweitens, wir brauchen Kommunikationsplattformen, die Qualität fördern und Vertrauen bilden. Milliarden Menschen sind dieser Tage auf sozialen Netzwerken und Suchmaschinen unterwegs, aber nur etwa jeder Vierte gibt an, ihnen auch zu vertrauen.[3] Kein Wunder, denn dort lässt sich nur schwer

3 Siehe zum Beispiel Digital News Report, fortlaufende Untersuchung des Reuters Institute for the Study of Journalism, Universität Oxford. http://www.digitalnewsreport.org

auseinanderhalten, was seriöse Inhalte sind und was wegen anderer Eigenschaften in die Timeline gespült wurde, vor allem, weil es irgendwie schrill oder voyeuristisch ist. Die auf Anzeigenerlöse bauenden Geschäftsmodelle der Plattform-Konzerne sorgen dafür, denn sie zielen auf die Masse der Blicke und Interaktionen. Es ist naiv zu glauben, dass man Nutzer per Ansage von einer auf eine andere, »bessere« Plattform umleiten kann – schließlich sind die meisten irgendwo unterwegs, weil es ihre Bekannten, Kolleginnen, Freunde oder Liebsten auch sind, oder weil sie, wie zum Beispiel Medienmarken, bestimmte Nutzer erreichen wollen. Also müssen innerhalb der Plattformen Grundregeln gelten.

Zu den cleversten Ideen gehört es, statt sich vor allem mit dem Moderieren und Löschen von anstößigen oder illegalen Inhalten zu beschäftigen, verstärkt jene Beiträge mit Qualitätssiegeln zu versehen, die von vertrauenswürdigen Institutionen kommen und auf diese Weise bei der automatischen Sortierung aufzuwerten. Dies ist Kern der Journalism Trust Initiative[4], die von Reporter ohne Grenzen mit Unterstützung der European Broadcasting Union und der Nachrichtenagentur AFP initiiert wurde. Organisationen, die ein solches Siegel wollen, müssen sich zertifizieren lassen, Vorbild ist die Selbstregulierung der Industrie durch DIN-Normen. Problematische Beiträge auf diese Weise weniger sichtbar zu machen, statt sie zu löschen, stärkt die Qualität und die Meinungsfreiheit gleichermaßen. Das größte Politikum ist die Frage: Was muss weg aus dem Netz? Die einen fordern, dass die sozialen Netzwerke »schädliche Inhalte« löschen sollten. Diejenigen, die unter repressiven Regierungen leiden, befürchten dadurch aus leidvoller Erfahrung ein Einfallstor für Zensur. Einig sind sich alle nur darin, was auch der Europarat empfiehlt.[5] Konsequent und zügig entfernt werden sollte das, was gegen Gesetze verstößt.[6] Auch im digitalen Zeitalter bleibt Meinungsfreiheit ein Grundrecht und eine Säule der Demokratie.

---

4 Siehe »Journalism Trust Initiative«. https://www.journalismtrustinitiative.org/

5 Committee of experts on freedom of expression and digital technologies: »Draft Recommendation of the Committee of Ministers to member States on the impacts of digital technologies on freedom of expression«, Council of Europe vom 21.9.2021. https://rm.coe.int/msi-dig-2020-05-draft-recommendation-on-the-impact-of-digital-technolo/1680a43c8e

6 Die Autorin war Expertin und Berichterstatterin im Experten-Ausschuss »Freedom of Expression and Digital Technologies« des Europarats in der Periode 2020/2021 und deshalb an der entsprechenden Empfehlung beteiligt.

Drittens, die technologische Logik darf Menschlichkeit und Kreativität nicht mit Effizienz erdrücken. Die Logik der Technik ist die der Optimierung. Künstliche Intelligenz berechnet Lösungen aus Daten, je mehr davon vorhanden sind, desto genauer die Empfehlung. Wir kennen das aus den digitalen Routenplanern: Alles steuert auf eine scheinbar optimale Lösung zu. Was rechts und links des Weges liegt, wird ignoriert. Das Ziel ist größtmögliche Effizienz. Aber so seltsam es klingen mag: Effizienz ist die Feindin der Innovation. Innovation erfordert Experimentierfreude, die Fähigkeit, Dinge zu verknüpfen, die auf den ersten Blick nicht zusammengehören, Probleme radikal anders zu lösen, als vorhandene Techniken dies nahelegen. Hätte Apple nur das Mobiltelefon optimiert, gäbe es das iPhone nicht. Wer immer nur Kohlekraftwerke sauberer macht, schafft keine Energiewende. Viele große Erfindungen bauten auf überraschenden Beobachtungen. In ihrem Buch »The Imagination Machine«[7] beschreiben Martin Reeves und Jack Fuller, wie Organisationen sich vom Korsett der Effizienz befreien und systematisch Vorstellungskraft trainieren können. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt vom Denken, das Grenzen sprengt. Das Leben ist begrenzt berechenbar.

Viertens, gesellschaftliche Probleme müssen von der Gesellschaft gelöst werden, nicht von Technik. Technik ist verführerisch. Wer wünscht sich nicht, dass sich Hindernisse auf Knopfdruck beseitigen, alle Krankheiten mit einer Tablette heilen lassen – und das möglichst nebenwirkungsfrei. Technik kann ein Segen sein, aber sie verleitet dazu, zu stark auf sie zu bauen. So manch ein Unternehmen glaubt, mit der richtigen Technik ist die Digitalisierung ein gemachtes Bett. Dass digitaler Wandel vor allem Kulturwandel ist, der die Machtverhältnisse zwischen Sendern und Empfängern berührt, müssen viele erst schmerzlich lernen. Eine strahlend-schöne Technikwelt kann einiges kaschieren, verlassen sollte man sich darauf nicht. Das automatisierte Löschen in den sozialen Netzwerken demonstriert, an welche Grenzen Technik stößt, wenn es um Nuancen geht, kulturelle Vielfalt und unterschiedliche Empfindlichkeiten. Ohne Menschen läuft da nichts. Manchmal fördert Technik erst zutage, wo Probleme liegen. Die amerikanische Gesellschaft war schon polarisiert, lange bevor es soziale Netzwerke gab. Aber die Möglichkeit für Gruppen, sich nun schneller und effektiver zu verbünden, hat den Konflikt über-

---

7 Reeves, Martin/Fuller, Jack: The Imagination Machine. How to Spark Ideas and Create Your Company's Future, Watertown: Harvard Business Review Press 2021.

groß gemacht. Mit etwas Mut könnte man sagen, das ist gut, denn nur wo Bruchstellen sichtbar sind, kann die Reparatur beginnen.

Fünftens, die liberale Gesellschaft braucht bürgerschaftliches Engagement. Politische Beteiligung in der digitalen Gesellschaft, das sieht nach einer bequemen Sache aus. Eine Petition ist schnell geliked, ein Kommentar gepostet. Ich tweete, also bin ich? Das ist eine Scheinwelt. Bürgerschaftliches Engagement, politische Beteiligung sind und bleiben anstrengend. Sie fordern Einsatz, Arbeit, Mühe und Liebe zum Detail. Im Silicon Valley gibt es jene, die glauben, Politik habe ausgedient. Eine Art digital gesteuerte Super-Verwaltung sei alles, was der Bürger brauche. Dies verkennt, dass Politik die Kunst des Aushandelns zwischen unterschiedlichen Auffassungen und Interessen ist. Demokratie gedeiht im Ringen um die Lösung, die am besten zwischen divergierenden Interessen vermittelt.

Sechstens, im Zentrum der freiheitlichen Gesellschaft steht Bildung – digitale Bildung für alle. Bildung ist ein Aufstiegsversprechen, sie ist der Schlüssel, um gesellschaftliche Klassen zu überwinden. Noch nie waren die Möglichkeiten zur Bildung so hoch wie in der digitalen Welt, wo es unendlich viele Angebote kostenfrei über das Internet gibt. Und doch werden sie selten von denen genutzt, die davon am meisten profitieren könnten. Es muss darum gehen, Menschen aller Schichten Lust auf lebenslange Bildung zu machen. Die Formate dafür sind vielfältiger denn je, vom linearen Lesen übers Podcast-Hören bis hin zum Gaming und der virtuellen Realität dürfte jede und jeder das finden, was den eigenen Lernbedürfnissen entspricht. Generationen können voneinander lernen, was für eine Chance! Digitale Bildung gehört zur Grundbildung. Wie recherchiert man im Netz, wie verhält man sich dort, wie überprüft man Informationen, was kann man tun, und was sollte man lassen? Dies müssen Kulturtechniken für alle werden. Wenn wir die digitale Welt gestalten wollen, müssen wir sie verstehen.

Siebtens, unabhängige Medien brauchen Schutz und Stärkung. Journalismus wird oft als vierte Gewalt bezeichnet, auf jeden Fall ist er eine Säule der Demokratie. Dort, wo Menschen unabhängige Medien zur Verfügung stehen, gehen sie häufiger zur Wahl, kandidieren öfter für politische Ämter, werden Gemeindefinanzen besser gemanagt, weil eine Instanz von außen den Handelnden auf die Finger schaut. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk – und

nicht ein als solcher verkleideter Staatsfunk – stabilisiert die Demokratie.[8] Die Zeit der Gatekeeper sei abgelaufen, argumentieren manche, dank der sozialen Netzwerke bekämen die Menschen die große Debatte auch ohne Hilfe hin. Die Flut der Behauptungen und Lügen, die durch das Netz schwappt, demonstriert das Gegenteil. Menschen brauchen verlässliche Informationen, um sich zu orientieren, eine Meinung zu bilden, sich zu entscheiden. Die Pandemie hat gezeigt, dass dies im Zweifel Leben retten kann.

8 European Broadcasting Union: »News Report: What's Next? Public Service Journalism in the Age of Distraction, Opinion and Information Abundance« vom 22.11.2021. https://www.ebu.ch/publications/strategic/loginonly/report/news-report---whats-next-public-service-journalism-in-the-age-of-distraction-opinion-and-information-abundance

Freiheitspolitik als Demokratiepolitik

Christopher Gohl

Im Jahre 2022 finden sich liberale Demokratien im vierfachen Stresstest: polarisiert von innen, bedroht durch Systemfeinde von außen, herausgefordert durch Megatrends wie den Wandel von Klima und Demografie. Die vierte Front ist hausgemacht: Die Versäumnisse, von unfruchtbaren Orthodoxien Abschied zu nehmen und zeitgemäße Formen liberalen Zusammenlebens zu begründen.

Hier dürfte aber auch der Weg beginnen, liberale Demokratien wieder zu ertüchtigen. Wir sollten uns dafür auf die große Stärke liberaler Systeme besinnen – auf ihre Lernfähigkeit. Spätestens seit Kant die Mutter aller Emanzipation, beginnt sie mit Selbstkritik. Sie gehört zugleich zum Quellcode stets wachsamer Freiheitspolitik, mit der wir liberale Such- und Lernsysteme pflegen und weiterentwickeln. Freiheitspolitik ist zuerst Demokratiepolitik, und sie muss zur Stärke im Stresstest werden – mit dem Leitbild der lernenden Demokratie.

Selbstkritik eröffnet neue Wege

Selbstkritik, daran erinnert Timothy Garton Ash, ist schon seit der »Selbstkritik des Liberalismus« von Arnold Ruge von 1843 eine liberale Stärke.[1] Ash selbst bemängelt die Selbstverzerrung des Liberalismus auf eine eindimensionale Apologie freier Märkte und privaten Kapitals. Zu Recht stellt er fest, der Liberalismus habe die Sorge um Gemeinschaft und Identität den Konservativen und die Sorge um Gleichheit und Solidarität den Sozialisten überlas-

1 Ash, Timothy G.: »The Future of Liberalism«, in Prospect Magazine vom 9.12.2020. https://www.prospectmagazine.co.uk/magazine/the-future-of-liberalism-brexit-trump-philosophy

sen, statt Antworten aus dem reichen Fundus liberaler Traditionen zu geben. Er macht dafür eine plutokratisch vereinnahmte Elite liberaler Davos-Gänger verantwortlich, namentlich die Clintons und Tony Blair.

Die müssen sich auch von Michael Sandel kritisieren lassen. In seiner »Tyrannei der Meritokratie« nennt er zudem Barack Obama und Gerhard Schröder.[2] Sie alle hätten das puritanische, von Ronald Reagan neu popularisierte Motiv der Leistungsgerechtigkeit des Marktes vertreten, dem zufolge die arme Unterschicht ihr eigenes Glück nicht gut genug geschmiedet (etwa nicht genug Bildung aufgesogen) hätte; wofür sie selbst die moralische Schuld trage. Es gehört wenig Fantasie dazu, Sandels Kritik auch auf Guido Westerwelles Satz von der »spätrömischen Dekadenz« des Hartz IV-Bezugs von 2010 zu beziehen. Für Sandel zeigt sich darin die »Tyrannei der Meritokratie«: Arrogant gewordene Kompetenzeliten verachten die breite Masse (Hillary Clintons »*basket of deplorables*«), was dann illiberalen Populismus auslöst. Dem setzt Sandel die Idee des Respekts entgegen, mit der er 2021 den Wahlkampf der SPD inspirierte.

Auch wenn man diese Kritik für überzogen hält, kann sie sensibilisieren. Ähnlich klingen ja die Unterscheidungen von *Globalists vs. Localists* und *Virtuals vs. Practicals* oder die von George Packer unterschiedenen Narrative des libertär-konservativen *Free America* und des meritechnokratischen *Smart America* (beide freiheitsbegeistert), die vom weißen, christlichen und nationalistischen *Real America* und dem woken *Just America* kritisiert werden.[3] Packer hofft auf das *Equal America* eines *fair shakes*, dass er Joe Biden souffliert[4] – womit er wiederum Sandels Hoffnung nahekommt, Biden möge sich doch wie schon Olaf Scholz das von Sandel gestiftete Motiv des Respekts zu Eigen machen.[5]

Vielleicht liegt die hier kritisierte Sozialvergessenheit liberaler Eliten am traumseligen Koma des liberalen Sieges von 1989 (so ja Amichai Magen in die-

---

2 Sandel, Michael J.: The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good? London: Penguin Books 2020.

3 Packer, George: »How America Fractured into Four Parts«, in: The Atlantic, Juli/August Ausgabe (2021). https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2021/07/george-packer-four-americas/619012/

4 Packer, George: The Fifth Narrative, in: The Atlantic vom 15.8.2021. https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2021/08/bidens-agenda-is-equal-america/619751/

5 Wallace-Wells, Benjamin: »A Political Philosopher Is Hopeful About the Democrats«, in: The New Yorker vom 17.12.2021. https://www.newyorker.com/news/annals-of-inquiry/a-political-philosopher-is-hopeful-about-the-democrats

sem Band). Denn auch wenn mit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro von 1992 erstmals die Idee nachhaltiger Entwicklung innerhalb planetarischer Grenzen die breite Öffentlichkeit erreichte, schien dem Siegeszug der Freiheit in Gestalt einer »Freihandelszone von Vancouver bis Wladiwostok« nichts im Wege zu stehen: Liberale Verfassungen, Verträge und Regulierungsabbau würden erst schmerzhaften Strukturwandel, aber dann Wohlstand über eine Welt fleißiger und gebildeter Menschen bringen.

Die enttäuschten Erwartungen eines globalen Siegeszugs der Freiheit nahm der Tübinger Freiheitsphilosoph Claus Dierksmeier schon 2016 zum Anlass, einen zentralen Defekt im Quellcode liberaler Theorie und Praxis herauszuarbeiten: Eine reduktionistisch verdummte, an Kontexten und Zwecken gänzlich uninteressierte und im Effekt unverschämt imperiale Idee »quantitativer Freiheit«.[6] Slogans wie »Mehr Freiheit, weniger Staat« und die neoliberalen Deregulierungsprogramme des *Washington Consensus* führt Dierksmeier zurück auf eine ökonomistische Entkleidung der Freiheit, der zufolge Freiheit proportional an der Abschaffung von moralischem Drang, sittlichem Hang und gesetzlichem Zwang aufwächst: »Je mehr Freiheit, desto besser«.

In der Folge könnten liberale Vertragstheorien oder Rational Choice-Denken, aber auch liberale Parteien Ansprüche auf Solidarität, ökologische Verantwortung, Gemeinwohl, Generationengerechtigkeit, Sicherheit oder gar Chancengerechtigkeit und sogar alltägliche Rücksicht nur als quantitatives Minus von Freiheit verstehen, nicht als deren Ausdruck. Freiheit wird zur möglichst großen Blase der Unabhängigkeit, die da enden soll, wo die Unabhängigkeit des Nächsten beginnt – eine statische Vorstellung, die die intelligente Gestaltung von Freiheitsbedingungen in einer freiheitlichen, offenen, vielfältigen und gerade deshalb auch interdependenten Welt verhindert.

Freiheitspolitik zwischen Lähmung und Emanzipation

Mit der Empfehlung, Freiheit nicht zuerst als quantitatives Stoppschild, sondern als qualitative Wegweisung zu verstehen (»je besser, desto mehr«), will Dierksmeier zugleich das lähmende Gift der Unterscheidung zwischen negativer und positiver Freiheit überwinden. Freiheiten haben, darauf weist er hin, stets eine negative und eine positive Dimension: Erst positiv ausgezeich-

6 Dierksmeier, Claus: Qualitative Freiheit, Bielefeld: transcript 2016.

nete Formen der Freiheit können auch negativ vor ihrer Einschränkung geschützt werden. Die kategorisch unsinnige Entgegensetzung beider Formen der Freiheit erweist sich praktisch als ein Schuss ins Knie liberaler Politik.

Zwar ist die Entgegensetzung negativer und positiver Freiheit praktisch beliebt. Die negative Freiheit entspricht der moralischen Intuition, Fremdbestimmung schlecht zu finden.[7] Sie eignet sich für schnelle liberale Reflexe. Aber die (oft konservativen) Freunde der negativen Freiheit bestehen damit allzu gerne nur auf den Schutz des Status quo oder auf die Maximierung ihrer eigenen Freiheit, ohne die Freiheitsansprüche anderer anzuerkennen. Die (oft progressiven) Freundinnen der positiven Freiheit wollen dagegen – ihrerseits moralisch von Motiven der Fairness und der Fürsorge motiviert – im Namen der von ihnen besonders geliebten Freiheiten gerne die Freiheiten anderer einschränken.

Dieser *Clash of Freedoms* folgt der quantitativen Logik des Nullsummenspiels. Die Disjunktion negativer und positiver Freiheit lähmt ihre Anhänger, weil sie die Mittel und Bedingungen einer konstruktiven freiheitlichen Konfliktbearbeitung nicht auszuweisen vermag. Statt wie Ash und Möllers[8] die historische Vielfalt der liberalen »Tradition der Traditionen«[9] als einen konstitutiven und kraftvollen Quell freiheitlichen Fortschritts zu begreifen, bleibt liberale Ideengeschichte nur die Chronik eines unversöhnlichen Stellungskrieges um die konsequente (negative oder positive) Auslegung eines wahrhaft »klassischen Liberalismus«.

Anders Dierksmeier. Er begründet die Notwendigkeit und Bedingungen einer alltäglichen Freiheitspolitik, die verschiedene Freiheitsansprüche und Freiheitsvollzüge zu wiegen, würdigen, ordnen, organisieren, regulieren, schützen, stärken, kritisieren und zu korrigieren weiß. »Selbstbestimmung in weltbürgerlicher Verantwortung«, wie der Untertitel seines Buches lautet, bedarf ergebnisoffener Such- und Lernprozesse, in denen die Freiheit zum Modus und Maß ihrer Selbstkorrektur wird. Dierksmeier nennt das im Anschluss an Karl Christian Friedrich Krause, John Dewey und Amartya Sen

7 Haidt, Jonathan: The Righteous Mind: Why Good People are Divided by Politics and Religion, London: Penguin Books 2012.

8 Möllers, Christoph: Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen politischen Mechanik, Berlin: Suhrkamp 2020.

9 Shklar, Judith N./Bajohr, Hannes (Hg.): Der Liberalismus der Rechte, Berlin: Matthes & Seitz 2017.

»Freiheit als Methode«: Freiheitliche Zwecke sollen mit freiheitlichen Mitteln ausbestimmt werden, die Idee der Freiheit immer wieder auf Begriffe gebracht werden, die den zeitgeschichtlichen Umständen entsprechen. Nicht durch die Philosophie, sondern, da schließt sich Dierksmeier Sens Lebenschancenansatz an, bürgerschaftlich und politisch von den Betroffenen selbst.[10]

So schafft alltägliche Freiheitspolitik im Geiste »qualitativer Freiheit« die Bedingungen steter Selbstbefreiung. Sie gewährleistet, was Christoph Möllers »eine Praxis der Ergebnisoffenheit« nennt, »die Prozesse ermöglicht, von denen unklar sein muss, wohin sie führen«.[11] Zur Begründung rekonstruiert Dierksmeier die liberale Tradition selbst als einen zivilisatorischen Such- und Lernprozess, dessen Gegenstand Ideen und Begriffe der Freiheit sind, die sich im freiheitlichen Zusammenleben dauerhaft bewähren. Das entspricht dem »lernfähigen Liberalismus«[12] Stefan Kolevs und macht konkret, was Amichai Magen mit der Selektion geltender Freiheitsordnungen durch »kalte evolutionäre Logik« eher abstrakt beschreibt.

Freiheitspolitik heißt zunächst (1) *Ordnungspolitik* als Sorge um die Grundordnung fairer und humanisierender Institutionen und Verfahren, Regeln und Rechte. Sie umfasst zugleich (2) *Chancenpolitik* mit dem Ziel, jedem Menschen Lebenschancen gewährleisten, sowie die (3) *Kultivierung von Lebensformen verantworteter Freiheit*. Die ersten zwei dieser drei Zacken der Freiheitspolitik hat sich etwa die FDP, von Dierksmeier inspiriert, schon mit der ersten These ihres aktuellen Grundsatzprogramms von 2012 vorgenommen. Der ganze Dreizack findet sich dann im Andorra Manifesto der Liberalen Internationalen von 2017.

Freiheitspolitik heißt, sich im Zusammenspiel der drei Zacken um die praktische Geltung, Gewährleistung, Balancen und Verträglichkeiten von formalen Freiheitsrechten und nutzbaren Lebenschancen zu kümmern. Die Freiheitsbilanz immer wieder zu optimieren, ist zivilisatorische Sisyphosarbeit, ein stetes Such-, Lern-, Ausgleichs- und Friedensprojekt. In der Wirtschaft bleibt die irenische Formel der Sozialen Marktwirtschaft Auftrag

---

10 Sen, Amartya: Development as Freedom, Oxford: University Press 1999.

11 Möllers, Christoph: Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen politischen Mechanik, Berlin: Suhrkamp 2020.

12 Kolev, Stefan: »Giftschrank oder Schatztruhe? Warum jede Generation ihren eigenen Neoliberalismus benötigt«, in diesem Band.

einer solchen Freiheitspolitik, zu der nicht nur die ordoliberale Tradition, sondern auch Chancenpolitik am Arbeitsmarkt für Ein-, Auf- und Ausstiege sowie die Kultivierung von Unternehmensverantwortung und Sozialpartnerschaft beitragen.

Freiheitspolitik als Demokratiepolitik

Freiheitspolitik muss aber in erster Linie dem politischen Raum gelten, in dem wir Wirtschaftspolitik (und Politik überhaupt) erst machen können. Also den offenen Such-, Lern- und Gestaltungsprozessen der Demokratie. Freiheitspolitik muss immer auch Demokratiepolitik, und Demokratiepolitik sollte immer Freiheitspolitik sein: Die Sorge um Institutionen, Verfahren, Öffentlichkeiten, Assoziationen, Kultur und Personal freiheitlicher Such-, Lern und Gestaltungsprozesse. Demokratie ist dann Freiheit zum Mitmachen, eine gemeinsame Praxis weltwirksamen Selbstvollzugs. Und liberale Demokratiepolitik wäre in diesem Sinne die metapolitische Praxis der Gestaltung der Bedingungen einer liberalen Demokratie als Herrschafts-, Regierungs- und Lebensform.[13]

Der frontale Angriff Putins auf die Ukraine und auf die besten Hoffnungen der liberalen Demokratien Europas kann jetzt ein vitalisierender Schock werden. Wir werden wohl zunächst über die »wehrhafte Demokratie« reden, die im Wesentlichen eine innen-, sicherheits- und rechtspolitische Agenda der Verteidigung der Demokratie als Herrschaftsform bedeutet. Wir werden aber hoffentlich rasch auch über die Stärkung einer vielfältigen, lebendigen, tüchtigen und lernenden Demokratie als Regierungs- und Lebensform diskutieren. Und wir sollten damit endlich das Politikfeld der »Demokratiepolitik« aufbauen, das zurück geht auf einen Vorschlag der Liberalen Hildegard Hamm-Brücher.[14]

Immerhin steht der Begriff der »Demokratiepolitik« bereits im Koalitionsvertrag der Ampel. Dort findet sich auch eine ehrgeizige demokratie- und engagementpolitische Agenda: Umfassende Reformen des Wahlrechts,

---

13 Gohl, Christopher: »Agenda zwischen Ambition und Abseits? Zur Demokratiepolitik der Ampel-Koalition.«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 35: 1-2 (2022), S. 82-123.

14 Hamm-Brücher, Hildegard: Rede beim Stuttgarter Stiftungstag. Unveröffentlichtes Dokument. Theodor-Heuss-Stiftung (1998).

eine Stärkung des Parlaments und dessen Beratung durch Bürger und die Ertüchtigung demokratischer Regierungsfähigkeit durch ein Planungsrecht mit partizipativen Verfahren gehören dazu. Die Beteiligungskompetenz der Verwaltung soll erhöht werden, ein Demokratiefördergesetz soll gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und dem Extremismus vorbeugen, eine neue nationale Engagementstrategie soll entstehen, bürgerschaftliche Infrastrukturen erneuert, Migrantinnen und Migranten, Kinder und Jugendliche besser beteiligt und historisch-politische Bildungsarbeit ausgebaut werden. Und noch viel mehr.[15]

Leider sind diese Maßnahmen im Koalitionsvertrag aber völlig zerstreut genannt. Leider gibt es keinen zentralen Ausschuss, der als Forum der Verständigung und Treiber der Veränderung Demokratiepolitik fokussieren könnte. Und leider schweigt der Koalitionsvertrag sowohl zum Leitbild einer liberalen Demokratie als auch zu der vielleicht größten demokratischen Herausforderung des jungen Jahrzehnts, die disruptiven Umbrüche der sozial-ökologisch-ökonomischen Transformation in friedliche Aufbrüche zu überführen. Bundespräsident Steinmeier hat diese Herausforderung in der großen Rede zu seiner Wiederwahl am 13. Februar 2022 besonders herausgearbeitet. Wenn hier nicht demokratische Regierungsfähigkeit gelingt, droht unsere liberale Demokratie in der Unfreiheit von verschärften Verteilungskämpfen, ökologischem Desaster und zunehmender Polarisierung zu verenden.

Ausblick: Die liberale Demokratie als lernende Demokratie

Eine als Herrschaftsform verteidigte, als Regierungsform besser organisierte und als Lebensform vertiefte liberale Demokratie bietet uns, so meine ich, emanzipative Chancen auf dauerhaft selbstwirksames, ergebnisoffenes und transformatives Handeln. Die liberale Demokratie sollten wir als lernende Demokratie begreifen und ausgestalten: Als eine dezentrale experimentelle Praxis dialogisch verantworteten Freiheitsgebrauchs. Und zwar, indem wir

- Die maximierte Selbstbestimmung der vielen (freien und an Rechten gleichen) Einzelnen in Formen optimierter Mitbestimmung und einge-

15 Gohl, Christopher: »Agenda zwischen Ambition und Abseits? Zur Demokratiepolitik der Ampel-Koalition«.

grenzter, repräsentativer und rechtfertigungspflichtiger Regierungsgewalt einbetten, die manchen als Fremdbestimmung erscheint, weil sie auch die Einschränkung individueller Freiheiten beinhaltet;

- Politische Macht und Herrschaft mit Bürgerechten und Verfahrensordnungen zivilisieren, aber zugleich im gemeinsamen intelligenten Handeln auch Gestaltungsmacht und damit Freiheiten gewinnen, die wir allein nicht haben;
- Den vielfältigen und öffentlichen Vernunftgebrauch zur Abklärung moralischer Gefühle und zur Aufklärung und Qualitätssicherung gut informierter, kluger Entscheidungen nutzen;
- Informelle wie gesetzliche Normen des freiheitlichen Zusammenlebens immer wieder kritisch auf den Prüfstand stellen und anpassen können;
- Dabei einerseits die Bedingungen, Ansprüche und Rechte auf bessere Lebenschancen von mehr Menschen im piecemeal-Meliorismus öffentlicher Kritik und Korrektur vernünftig erkunden und verändern können; und
- Dabei andererseits die Risiken und Paradoxien des Freiheitsgebrauchs für den Fortbestand freiheitlicher Gesellschaften sichtbar machen, verhandeln und kontrollieren können.

Wie die Soziale Marktwirtschaft als dritter Weg zwischen unreguliertem Kapitalismus und planwirtschaftlichem Sozialismus entstanden ist, wäre die lernende Demokratie ein dritter Weg zwischen smarter technokratischer Elitenherrschaft und autoritär-populistischer Massenverdummung. Wie der faire Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft wäre der offene Dialog eine Form des zivilen, produktiven und gemeinsamen Freiheitsvollzugs. Wenn wir eine moderne, digital vernetzte Demokratie als intelligentes Spiel der »Freiheit als Methode« programmieren, dann könnten wir den vielfältigen Druck auf liberale Demokratien umwandeln in einen Schub des Fortschritts. Am Ende gibt es keine Friedensfähigkeit ohne Dialogfähigkeit, keine Dialogfähigkeit ohne Lernfähigkeit – und keine Lernfähigkeit ohne die Chancen und den Schutz der Freiheit.

Bildungsgrundeinkommen als soziales Bürgerrecht

Ralf Fücks & Rainald Manthe

Unsere Welt verändert sich in rasantem Tempo.[1] Was gestern noch sicher schien, kann sich morgen schon ändern. In den westlichen Gesellschaften ist eine wachsende Verunsicherung spürbar, die auch breitere Teile der Mittelschichten erfasst. Ein Teil der Bevölkerung reagiert mit Abwehr auf das Neue. Eine Mehrheit sieht eher pessimistisch als zuversichtlich in die Zukunft. Das ist der Boden für autoritäre, nationalistische und fremdenfeindliche Strömungen. Sie versprechen Sicherheit durch Rückzug in die nationale Wagenburg, durch Abschottung vor internationaler Konkurrenz und vor der Zuwanderung von Fremden. Identitäre Bewegungen völkischer oder religiöser Provenienz haben Zulauf. Die Proteste gegen Corona-Restriktionen waren der Treibsatz einer neuen Systemopposition.

Gesellschaften brauchen Sicherheit im Wandel

Vieles deutet auf eine wachsende soziale und kulturelle Polarisierung in westlichen Gesellschaften hin. In Zeiten rasanter Veränderungen wächst auch die Verunsicherung in breiten Schichten der Gesellschaft. Liberale Demokratien müssen das konservative Bedürfnis nach Sicherheit ernst nehmen, ohne eine Fortsetzung des Status quo zu versprechen. Wir können uns nicht gegen die großen Veränderungen unserer Zeit abschirmen, sondern müssen sie als *Gestaltungsaufgabe* annehmen.

Nicht Sicherheit durch Abschottung, sondern Sicherheit im Wandel respektive *durch* Wandel muss die Leitlinie demokratischer Politik sein. Das

1 Eine erste Fassung dieses Beitrags erschien am 26.01.2021 in Der Tagesspiegel. https://www.tagesspiegel.de/politik/zukunft-der-demokratie-1200-euro-fuer-jeden/26854188.html

bedeutet mehr als bloße Anpassung an vermeintliche Sachzwänge. Wenn globaler Wettbewerb, technische Umwälzungen oder die massenhafte Zuwanderung von Menschen aus anderen Weltgegenden als bloße Naturereignisse erlebt werden, die über uns hereinbrechen, zerstört das die Legitimation liberaler Demokratien.[2]

Den Wandel gestalten heißt Menschen zu befähigen, mit technischen, sozialen, kulturellen Veränderungen Schritt zu halten, Prozesse politisch zu steuern und Märkte zu regulieren. Niemand soll den Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft schutzlos ausgeliefert sein, alle haben den Anspruch auf Solidarität und Teilhabe.

Zugleich kommt es entscheidend darauf an, der Spaltung unserer Gesellschaften in Gewinner und Verliererinnen des technischen, kulturellen und ökologischen Wandels entgegen zu wirken. Sie untergräbt das Versprechen der liberalen Demokratie auf gleiche Freiheit für alle. Wenn wachsende Unsicherheit mit wachsender Ungleichheit zusammentrifft, entsteht eine explosive Gemengelage. Politik muss Chancen für alle Schaffen, ihr Leben selbst zu gestalten – für welche Gestaltung auch immer sie sich entscheiden.

Arbeit wird sich zentral verändern

Arbeit ist zentral im Leben vieler Menschen. Sie vermittelt Einkommen und Wertschätzung, stiftet Sinn, schafft Werte und ermöglicht Selbstverwirklichung. Die Arbeitswelt steht im Zentrum des ökonomisch-technischen Strukturwandels. Er wird sich in den nächsten Jahren noch beschleunigen. Die Digitalisierung führt zu massiven Umbrüchen am Arbeitsmarkt. Die Spanne, die verschiedene Studien aufmachen, liegt zwischen der Gefährdung von 43 Prozent der heutigen Tätigkeiten und der Entstehung von 18 Millionen neuen Arbeitsplätze in Deutschland. Ein zweiter Megatrend kommt hinzu: Der Klimawandel erzwingt die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Energiesektor verändert sich von Grund auf, die Automobilbranche ist im Umbruch, neue Berufsbilder entstehen. Unerwartete Einschläge wie die Coronapandemie oder geopolitische Krisen verstärken das Grundgefühl einer unsicheren Zukunft. Die Weltwirtschaft verändert sich

2 Zentrum Liberale Moderne (Hg.): Abschlussbericht der Kommission Sicherheit im Wandel – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderungen, Berlin 2019.

dadurch schlagartig, Produktionen werden nach Europa zurückverlagert, Arbeitskräfte in neuen Bereichen werden dringend gesucht. Ein eklatanter Arbeitskräftemangel zeichnet sich etwa im Bereich grüner Energie ab.

Bildung und Weiterbildung sind zentral, um Menschen Sicherheit im Wandel zu geben: Sie befähigen die Einzelnen, mit rapiden Veränderungen Schritt zu halten und ihr Leben in die Hand zu nehmen. Bildung muss auf einen souveränen Umgang mit Veränderungen vorbereiten; Weiterbildung kann Brüche in der Berufsbiografie abfangen und neue Perspektiven eröffnen.

Um den auf uns zurollenden Strukturwandel zu bewältigen und einer möglichst großen Zahl von Menschen die Chance auf berufliche Weiterentwicklung zu geben, braucht es Weiterbildung in großem Stil. Allein: Der Sektor ist unübersichtlich, die Finanzierungsinstrumente so aufgesplittert wie bürokratisch.

Vom Bildungsurlaub über »Arbeitslosengeld Q«, von berufsspezifischen oder betrieblichen Programmen bis zum Erwachsenen-BAföG und im neuen Koalitionsvertrag das Lebenschancen-BAföG gibt es viele spezielle Regelungen und noch mehr Ideen, Weiterbildung zu finanzieren – und doch keine, die auf den gesellschaftlichen Strukturwandel ausreichend reagiert. Die Zergliederung der Zugangsregeln führt auch dazu, dass Weiterbildung nicht als zielgerichtetes Instrument zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben eingesetzt werden kann. Selbst, wenn man gern breit investieren würde – es fehlen schlicht die Instrumente.

Weiterbildung ist für viele Menschen bereits gelebte Praxis. Das Jahr über nimmt rund die Hälfte der Erwerbsbevölkerung an Lehrgängen, Schulungen und Kursen teil. Ein großer Teil entfällt dabei auf betriebliche Weiterbildung, nur ein kleiner Teil auf Bildungsmaßnahmen, die primär den persönlichen Neigungen und Interessen folgen. Gerade dieser Teil wird im Strukturwandel jedoch immer wichtiger.

Ein weiterer wichtiger Befund lautet: Weiterbildung ist ungleich verteilt. Sie ist vor allem eine Domäne höher qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in besser abgesicherten Berufen und größeren Betrieben. Auch regional bestehen große Unterschiede, wie die Bertelsmann-Stiftung in ihrem »Weiterbildungsatlas« zeigt.[3] Finanziert wird Weiterbildung bisher

3 Bertelsmann Stiftung (Hg.): Deutscher Weiterbildungsatlas. Teilnahme und Angebot in Kreisen und kreisfreien Städten, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2018.

zu mehr als zwei Dritteln privat, also durch Betriebe und Privatpersonen. Der Staat übernimmt nur einen kleineren Anteil der Finanzierung.

Ein Bürgerrecht auf Weiterbildung

Aus all diesen Gründen brauchen wir eine andere Weiterbildungsfinanzierung. Eine, die es einer größeren Zahl von Menschen erleichtert, sich beruflich weiterzuentwickeln und die ihnen die Chance eröffnet, in ihrem Leben auch noch einmal etwas ganz anderes zu machen.

Wir schlagen deshalb ein Bildungsgrundeinkommen (BGEK) vor.[4] Es realisiert ein Recht auf Weiterbildung und unterfüttert es mit einem Freistellungsanspruch und einer finanziellen Grundsicherung.

Das BGEK kann bis zu 36 Monate im Verlauf des Erwerbslebens bezogen werden. Die Interessierten erhalten eine qualifizierte Weiterbildungsberatung. Wichtig ist: Sie können frei entscheiden, wofür sie das Grundeinkommen verwenden. Die Beratung müssen sie zwar in Anspruch nehmen, sie sind aber nicht an deren Ergebnis gebunden. Das stärkt die Freiheitsgrade, lässt sie aber nicht blind durch die Vielzahl der Angebote laufen. Gerade für Menschen, die Bildung und Weiterbildung nicht als selbstverständlichen Teil ihres Lebens ansehen, kann ein qualitativ hochwertiges und leicht zugängliches Beratungsangebot den Ausschlag für eine Weiterbildung geben.

Wichtig ist nur: Es muss sich um beruflich verwertbare Qualifikationen handeln. Die Bildungsmaßnahme muss mindestens drei Monate am Stück dauern, auch um den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen zu halten. Durch begleitende Maßnahmen wie eine bundesweite Zertifizierung wird die Vergleichbarkeit der Weiterbildungsangebote verbessert. Zugleich ist es wichtig, die Qualität der Angebote stetig zu verbessern, etwa durch angemessene Investitionen in Struktur und vor allem Personal.

Die Empfänger des Bildungsgrundeinkommens erhalten pauschal 1200 Euro im Monat. Dazu kommen ergänzende Zuschläge für Kinder oder besondere Beeinträchtigungen. Kurs-, Material- und Fahrtkosten werden übernommen und die Sozialabgaben während der Bezugsdauer weiter-

4 Vgl. Zentrum Liberale Moderne: Das Bildungsgrundeinkommen. Vorschlag für eine neue Weiterbildungsfinanzierung, Berlin 2021.

gezahlt. Damit wird sichergestellt, dass man bei der Rente später nicht schlechter dasteht als ohne Weiterbildung.

Dennoch wird das unter dem Strich für viele eine kurzzeitige Schlechterstellung bedeuten, sodass Rückgriffe auf eigene Ersparnisse oder Zuschüsse des Arbeitgebers zur Sicherung des Lebensstandards erforderlich sind. Weiterbildung ist auch eine Investition in die eigene Zukunft, die sich für die allermeisten auszahlt. Geringverdienende werden dagegen kaum weniger Geld haben als zuvor – was ihre Bereitschaft zur Weiterbildung erhöhen könnte. Die einfache Zugänglichkeit des Instruments soll weitere Hürden abbauen.[5]

Höhere Steuereinnahmen würden das Bildungsgrundeinkommen teilweise refinanzieren

Finanziert wird das Bildungsgrundeinkommen aus Steuermitteln. Das ist aufgrund der immensen Bedeutung von Weiterbildung für die Bewältigung des Strukturwandels und ihrer positiven Effekte auf Produktivität und Beschäftigung angemessen. Ein guter Teil der Ausgaben wird sich durch höhere Steuereinnahmen bzw. geringere Aufwendungen für Arbeitslosigkeit mit der Zeit refinanzieren.

Ein Bildungsgrundeinkommen wird einer deutlich größeren Zahl von Menschen ermöglichen, sich beruflich weiterzuentwickeln oder sich neu zu orientieren. Dabei sind sie weder den oft kleinteiligen Programmen unterworfen noch an die Präferenzen ihres Arbeitgebers gebunden. Sie können frei entscheiden, welche Richtung sie ihrem Leben geben wollen. Mit seiner niedrigen Zugangsschwelle und der finanziellen Grundsicherung kann das Bildungsgrundeinkommen mehr Menschen motivieren, sich weiterzubilden.

5 Siehe dazu die neue Machbarkeitsstudie im Auftrag von Bertelsmann-Stiftung und Zentrum Liberale Moderne: Prognos: Wege zu einem zukunftsfähigen Weiterbildungssystem. Die Umsetzung eines Bildungsgrundeinkommens, Berlin 2022.

Jeder sollte sein Leben selbst in die Hand nehmen können

Das Bildungsgrundeinkommen hat großes emanzipatorisches Potential. Es birgt die Möglichkeit zu mehr Selbstbestimmung in einer Welt rascher Veränderungen. Ein finanziell abgesichertes Recht auf Weiterbildung ist nicht nur eine Investition in das »Humankapital«. Es stärkt die Fähigkeit, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und damit auch das Vertrauen in die liberale Demokratie. Auf internationaler Ebene könnte ein Bildungsgrundeinkommen beispielsweise über Fonds für Weiterbildung finanziert werden, wenn Ländern die Finanzmittel fehlen, dies selbst zu stemmen.

Das Bildungsgrundeinkommen ist ein Beispiel dafür, wie Politik Sicherheit in Zeiten rasanten Wandels sicherstellen kann. Es gibt Menschen Zeit, Geld und Beratung an die Hand, um sich selbstständig weiterzuentwickeln. Es ist leicht zu verstehen und zugänglich, es ermöglicht selbstbestimmte Entscheidungen und vermittelt zwischen den Bedürfnissen nach Sicherheit und Freiheit.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Alexandra Borchardt ist Journalistin, Buchautorin, Dozentin und Beraterin. Sie ist Co-Leiterin des Journalism Innovators Program an der Hamburg Media School, Honorarprofessorin für Leadership und Digitalisierung an der TUM School of Management der TU München und Senior Research Associate am Reuters Institute for the Study of Journalism an der University of Oxford. Ihr neuestes Buch »Mehr Wahrheit wagen – Warum die Demokratie einen starken Journalismus braucht« erschien im März 2020 im Dudenverlag. Mit dem Thema Digitalisierung und Freiheit beschäftigte sie sich in »Mensch 4.0 – Frei bleiben in einer digitalen Welt« (Gütersloher Verlagshaus 2018).

Sabine Döring ist Professorin für Philosophie mit dem Schwerpunkt Praktische Philosophie an der Universität Tübingen. Sie veröffentlicht regelmäßig Aufsätze zu ihren Forschungsschwerpunkten. Sie arbeitet derzeit an einem Buch über Freiheit und Gemeinwohl.

Gabriel Felbermayr ist seit Oktober 2021 Direktor des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien und Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Zuvor war er Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des Statistikrats der Statistik Austria, Mitherausgeber des »European Economic Review«. Er beschäftigt sich vor allem mit Fragen der internationalen Handelstheorie und -politik, der Arbeitsmarktforschung und der europäischen Wirtschaftsintegration.

Ralf Fücks ist Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne in Berlin, das sich als Think-Tank und Diskussions-

plattform zur Erneuerung der liberalen Demokratie versteht. Zuvor war er 21 Jahre lang Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in der er sich für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika verantwortlich zeichnete. Er publiziert in deutschen und internationalen Medien zu Fragen nachhaltiger Entwicklung, politischer Strategie und internationaler Politik.

Timothy Garton Ash ist Historiker für neuere europäische Geschichte und Autor. Er schreibt regelmäßig für seine Kolumne im Guardian wie für weitere wichtige internationale Zeitungen und Zeitschriften. Er ist Senior Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. Sein neuestes von zehn Büchern »The Magic Lantern« beschäftigt sich mit der Revolution 1989 in Berlin sowie in drei osteuropäischen Städten der ehemaligen Sowjetunion.

Christopher Gohl ist Politikwissenschaftler. Er lehrt und forscht seit 2012 am Weltethos-Institut in Tübingen. Er saß für die FDP im Bundestag, ist ihr Ombudsmitglied und leitet die Kommission Freiheit und Ethik für den Bundesvorstand der Partei. Er wirkte am aktuellen Grundsatzprogramm der FDP sowie am Andorra Manifesto der Liberalen Internationalen mit. Gohl publiziert regelmäßig zu grundsatzprogrammatischen Fragen des Liberalismus und der Demokratieentwicklung.

Rainer Hank ist Publizist und Kolumnist und leitete die Wirtschafts- und Finanzredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Er promovierte über die Literatur der Wiener Moderne. Er ist Preisträger Karl-Hermann-Flach-Preises, Jurymitglied des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sowie Mitglied des Wilhelm-Röpke-Instituts. Zuletzt veröffentlichte er 2021 das Buch »Die Loyalitätsfalle: Warum wir dem Ruf der Horde widerstehen müssen« im Penguin Verlag.

Karen Horn lehrt ökonomische Ideengeschichte und Wirtschaftsjournalismus an der Universität Erfurt. Außerdem ist sie Publizistin und renommierte Wirtschaftsjournalistin. Sie schreibt unter anderem für die Neue Zürcher Zeitung und die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zudem verfasst sie regelmäßig Essays und Bücher, zuletzt 2019 »Doktor Karen Horns Ökonomische Hausapotheke. Theorien für den Hausbedarf.« Karen Horn ist Mitinitiatorin und Koordinatorin des internationalen akademischen Netzwerks »NOUS«.

Stefan Kolev ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. Er ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Wilhelm-Röpke-Instituts, Beiratsmitglied der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sowie Research Fellow des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitutes. Kolev ist Mitherausgeber des ORDO Jahrbuches für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des Journal of Contextual Economics – Schmollers Jahrbuch. Im Jahr 2015 hat er das Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie NOUS mitgegründet. Kolevs Forschungsschwerpunkte sind Geschichte des ökonomischen Denkens, Ordnungs- und Institutionenökonomik sowie Wirtschaftssoziologie.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Bundesjustizministerin a.D. und stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie ist außerdem erste Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen und seit 2019 Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Sie publiziert regelmäßig zu Themen an der Schnittstelle von Recht und Demokratie, beispielsweise »Angst essen Freiheit auf. Warum wir unsere Grundrechte schützen müssen.« Ihr neuestes Buch »Unsere gefährdete Demokratie« befasst sich damit, wie Hass und Hetze gegen Politikerinnen und Politiker sowie Journalistinnen und Journalisten begegnet werden kann.

Amichai Magen ist Dozent und Direktor des Programms für demokratische Resilienz und Entwicklung an der Lauder School of Government, Diplomacy and Strategy, am Interdisciplinary Center (IDC), Herzliya, Israel, sowie Vorsitzender des Governance & Political Violence Programms am Institute for Counter-Terrorism (ICT) in Herzliya. Er forscht und publiziert zu Staatssouveränität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Regieren in Räumen begrenzter Staatlichkeit und politische Gewalt.

Rainald Manthe ist Soziologe, Autor und Programmdirektor für den Bereich Liberale Demokratie am Zentrum Liberale Moderne. Er hat über die transnationalen Großtreffen sozialer Bewegungen promoviert und schreibt regelmäßig zu Fragen der (Weiter)Entwicklung von Demokratie.

Christoph Möllers ist Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Permanent Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Seine Forschungen bewegen sich in den Be-

reichen deutsches, europäisches und vergleichendes Verfassungsrecht, Demokratietheorie und Theorie sozialer Normen. Er ist Träger des Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preises der DFG 2016.

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte in Princeton. Zu seinen Publikationen zählen »Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit: Wie schafft man Demokratie?« sowie »Furcht und Freiheit: Für einen anderen Liberalismus«.

Jacques Rupnik ist Professor am CERI-Sciences Po in Paris und Gastprofessor am Europakolleg in Brügge. Er ist Experte für ost- und mitteleuropäische Geschichte und europäische Integration.

Cornelia Schu ist promovierte Germanistin und verfügt über langjährige Erfahrung an den Schnittstellen von Wissenschaft, Politik und dem Stiftungssektor. Seit 2014 führt sie die Geschäfte des Sachverständigenrats für Integration und Migration gGmbH [zuvor: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration GmbH]. Eine breite integrationspolitische Expertise hat sie als Leiterin des Themenschwerpunkts Integration bei der Stiftung Mercator gewonnen.

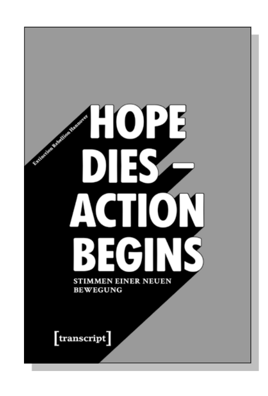
Daniela Schwarzer leitet die Open Society Foundations in Europa und Eurasien. Zuvor war sie Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Sie ist Honorarprofessorin an der Freien Universität Berlin. Ihr jüngstes Buch »Final Call – Wie Europa sich zwischen China und den USA behaupten kann« ist im Campus Verlag erschienen.

Achim Wambach ist seit 2016 Präsident des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. 2014 bis Juni 2022 war er Mitglied der Monopolkommission, von 2016 bis 2020 ihr Vorsitzender. Er gehört dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums an, dessen Vorsitz er von 2012-2015 innehatte. 2018-2019 war er Ko-Vorsitzender der Kommission »Wettbewerbsrecht 4.0« des Bundeswirtschaftsministeriums. In seiner Forschung beschäftigt sich Achim Wambach unter anderem mit Fragen der Wettbewerbspolitik und dem Marktdesign.

Karolina Wigura ist Historikerin, Soziologin und politische Redakteurin von *Kultura Liberalna*, Polens führender politischer und kultureller Online-Wochenzeitung. Sie ist Dozentin am Institut für Soziologie der Universität Warschau und beschäftigt sich mit der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, Emotionen in der Politik sowie mit der Soziologie und Ethik von Erinnerung.

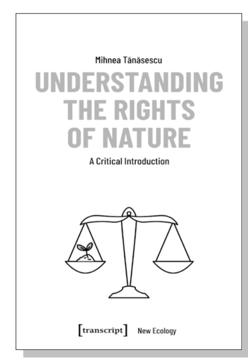
Michael Zürn ist Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin. Er ist gemeinsam mit Tanja Börzel Sprecher des Exzellenzclusters »Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS)«. Er forscht und publiziert zu Fragen von Global Governance, Politischer Soziologie, der Internationalen Beziehungen und Internationaler Politischer Theorie.

Politikwissenschaft



Extinction Rebellion Hannover
»Hope dies – Action begins«:
Stimmen einer neuen Bewegung

2019, 96 S., kart.
7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5070-3
EPUB: ISBN 978-3-7328-5070-9



Mihnea Tanasescu
Understanding the Rights of Nature
A Critical Introduction

February 2022, 168 p., pb.
40,00 € (DE), 978-3-8376-5431-8
E-Book: available as free open access publication
PDF: ISBN 978-3-8394-5431-2



Gregor Ritschel
Freie Zeit
Eine politische Idee von der Antike bis zur Digitalisierung

2021, 274 S., kart.
28,00 € (DE), 978-3-8376-5572-8
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5572-2
EPUB: ISBN 978-3-7328-5572-8

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de